

Philip Manow  
**Spaltungslinien**

EDITION  
**MERCATOR**  
C·H·Beck



Philip Manow

# Spaltungslinien

Europas Parteiensysteme und die  
Dekonsolidierung des Nationalstaats

C.H.Beck

EDITION  
MERCATOR  
C·H·Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026

Wilhelmstraße 9, 80801 München, [info@beck.de](mailto:info@beck.de)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses

Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung und Illustration: buxdesign | München,

Daniela Hofner

Umschlagkonzept: Hanna Kronberg, GROOTHUIS Gesellschaft

der Ideen und Passionen mbH

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 84621 2



[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

[produktsicherheit.beck.de](http://produktsicherheit.beck.de)

Für Nevin



# Inhalt

1. Rechte Arbeiterklasse gegen linkes Bürgertum/  
linkes Bürgertum gegen rechte Arbeiterklasse? 9
2. À la recherche du centre perdu 24
3. Spaltungen, alt und neu 46
  - 3.1 Rinks und Lechts 46
  - 3.2 *Eine* neue Spaltungslinie? 71
4. Offene Märkte, offene Identitäten 84
  - 4.1 Die ökonomischen Handlungen und die politischen  
Haltungen 84
  - 4.2 Die eigene Gestalt als Antwort 103
5. Das Offene, das Geschlossene und der  
Extremismus der Mitte 121
6. Die doppelte Transformation 138

Danksagungen 142

Literatur 143

Anmerkungen 156



# 1.

## Rechte Arbeiterklasse gegen linkes Bürgertum / linkes Bürgertum gegen rechte Arbeiterklasse?

«Wenn die Menschen ... wie in einem Spiegel sehen, wo sie das Linke rechts und das Rechte links meinen.» (Thomas Hobbes, *De Cive, Dedicatio* [1642])<sup>1</sup>

Umbruchzeiten sind immer auch Zeiten von Begriffskrisen. Mit den Verhältnissen wird das Vokabular ihrer Selbstbeschreibung ebenfalls fraglich. Zugleich scheint das Neue noch nicht angemessen ‹auf den Begriff gebracht›. Das kann natürlich daran liegen, dass sich die Verhältnisse selber noch nicht neu sortiert haben, sich weiterhin im Fluss befinden. Wer es aber nicht bereits für eine Diagnose hält, das Phänomen als ‹Umbruch›, ‹Disruption› oder ‹Unübersichtlichkeit› zu benennen, wen die Feststellung unbefriedigt lässt, dass die Verhältnisse komplexer und widersprüchlicher geworden seien, wird sich womöglich die Frage stellen, aus welchem Blickwinkel, mit welchen Konzepten, vor dem Hintergrund welcher Unterscheidungen sich die Verhältnisse klarer analysieren lassen. Dazu will das Buch einen Vorschlag machen.

Sein Thema sind unsere gegenwärtigen politischen Konflikte. Das ‹unsere› bezieht sich vor allem auf Europa. Es soll also im Folgenden um die politischen Konflikte in Europa gehen – genauer: um die Linien, entlang derer sich der politische Streit gegenwärtig neu ordnet. Der Verlauf dieser Linien, so der Eindruck, ist mit den hergebrachten Begrifflichkeiten unserer politischen Diskurse nicht mehr angemessen zu erfassen. Der Verdacht liegt nahe, dass die bemerkenswerte Entkopplung von Sprache und Feld daher rührt,

dass sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die die Begriffe zugreifen, grundlegend gewandelt haben.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand, grob gesprochen, in den politischen Konflikten über die Ausgestaltung des Kapitalismus eine *working-class left* gegen eine *bourgeois right* (Zakaria, 2024, S. 239, und Kapitel 8), nachdem sich das Bürgertum im konstitutionellen Staat des 19. Jahrhunderts vor allem wirtschaftliche Freiheitsrechte erkämpft hatte. Heute wählen Arbeiter auf einmal rechts und nicht mehr links – geht es ihnen also gar nicht mehr um die Bändigung des Kapitalismus? Die rechtspopulistischen Parteien selbst scheinen sich dabei mehr und mehr programmatisch umorientiert zu haben, setzen nun öfter auf Protektionismus statt auf Freihandel, auf Umverteilung statt neoliberales *laissez-faire* – wenngleich der Sozialstaat in ihrer Vorstellung möglichst nur den *Einheimischen* und nicht den *„jüngst Zugewanderten“* zugutekommen soll. Während noch darüber gestritten wird, wie weit oder ob überhaupt die populistischen Parteien in Fragen von Sozialstaat und Wirtschaft nach links gerückt sind, verdichten sich die empirischen Belege, dass sie das in den letzten Jahren tatsächlich getan haben (siehe unten, Kapitel 3) – so dass sie nun zunehmend für eine neuartige Kombination aus rechter Gesellschaftspolitik und linker Verteilungspolitik stehen (Afonso und Rennwald, 2018; vgl. Ennser-Jedenastik, 2018; Rathgeb und Busemeyer, 2022; Rathgeb, 2024).

Im selben Zeitraum haben sich linke Parteien oft zu Parteien urbaner Bildungseliten gewandelt, und dort wird mitunter eine tiefe Verachtung für genau jenes proletarische Milieu artikuliert, auf dessen Mobilisierung *die Linke* früher im Kern gezielt, aus dem sie sich vornehmlich rekrutiert und für das sie schließlich vor allem auch Politik gemacht hatte (oder – im Oppositionsfall – machen wollte). Zugleich formulieren diese Bildungseliten immer wieder eine teils fundamentale Kritik an *dem* *„Neoliberalismus“* –

geht es diesen Bürgern also gar nicht mehr um die Verteidigung der liberalen Eigentumsordnung?

Im Ergebnis zumindest sehen unsere aktuellen Konflikte nun oftmals eher nach *«working-class right»* gegen *«bourgeois left»* aus – und vice versa. Wobei die Links-Rechts-Zuordnungen nicht nur auf Seiten der neuen Rechten, die sich eben zunehmend verteilungspolitisch links orientiert, irritierend uneindeutig bleiben. Denn auch auf Seiten der neuen Linken vermag die gängige Kritik an den spätkapitalistisch-neoliberalen Verhältnissen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass jene, die diese Kritik artikulieren, oft ganz gut mit und in diesen Verhältnissen leben können. Was obendrein die Frage aufwirft, ob die europäischen Gesellschaften der Gegenwart denn als neoliberal überhaupt zutreffend beschrieben sind<sup>2</sup> oder ob auch hier zu analysieren bleibt, wie die Perspektive auf die Verhältnisse von den Begriffen bestimmt wird, die zu ihrer Beschreibung herangezogen werden. Durchaus möglich, dass der in Europa keineswegs schrumpfende, stattdessen nachweislich anwachsende staatliche und staatsnahe Sektor<sup>3</sup> in großer Zahl Mitglieder einer neuen Klasse produziert, denen die Chiffre *«Neoliberalismus»* im Kontext der permanenten Statuskonkurrenz, in der sie sich bewegen, subjektiv plausibel wird – und darüber hinaus ihnen deswegen politisch willkommen ist, weil sie ihrer Tätigkeit und der Ausweitung ihres Tätigkeitsbereichs gesellschaftliche Legitimität verleiht.

Womöglich, auch diese Hypothese ist schon prominent formuliert worden, führt die neue Mittelschicht mit ihren Singularisierungsbestrebungen und ihrer *«psychologisierte(n) Selbstperformance»* (Nickel, 2023, S. 106) dem Kapitalismus schlicht nur eine neue Produktivkraft zu (Boltanski und Chiapello, 2006; Reckwitz, 2017). Thomas Piketty hatte die Lage ja gerade als Konstellation beschrieben, in der eine linke Bildungselite (*«Brahmin Left»*) und eine rechte Besitzelite (*«Merchant Right»*) zumindest in Fragen

von Globalisierung und europäischer Integration eine Koalition eingegangen sind, einen *«bloc bourgeois»* formen (Piketty, 2018) – was nun wiederum einen Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern dieses Projekts ins Leben ruft, dem zwei Wählerwanderungsbewegungen zugrunde liegen, die derjenigen mit höheren Bildungsabschlüssen nach links und die derjenigen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen nach rechts (vgl. Gethin, Martínez-Toledano und Piketty, 2021, S. 38). Und als Beobachtung des inhärenten Zusammenhangs von neoliberaler Wirtschaftsprojekte und linksliberalem Gesellschaftsprojekt herrscht die identische Diagnose ebenfalls in der aktuellen Debatte um den Postliberalismus vor (Deneen, 2023; Borg, 2024; Pabst, 2024).<sup>4</sup> Auch Andreas Reckwitz hat bereits vor geraumer Zeit von «zwei Dimensionen des Liberalismus» gesprochen, eine «primär wirtschafts- und sozialpolitische, die ihn *eher auf der Mitte-rechts-Seite des politischen Spektrums* verortet, und eine gesellschaftspolitische, die *eher im Bereich links von der Mitte* zu finden ist» (meine Hervorhebungen), nur um zu ergänzen: «Aus etwas größerer Distanz wird jedoch deutlich, dass sich beide Komponenten zu einem politischen Paradigma umfassender Liberalisierung verbinden.» (Reckwitz, 2017, S. 375) Und um ebenfalls hervorzuheben, dass beide Spielarten «entschieden globalisierungsfreundlich» auftreten (Reckwitz, 2019 a, S. 250).

Eine solche globalisierungsfreundliche Koalition aus Besitz- und Bildungselite könnte aus anderer Perspektive wie eine Bestätigung des populistischen Diskurses (*«Die da oben, wir hier unten!»*) gelesen werden<sup>5</sup> – was nur einmal mehr zeigt, dass die hergebrachten Kategorien, insbesondere die Unterscheidung nach *«links und rechts»* (und damit zusammenhängend die Unterscheidung nach *Mitte und Rändern*), uns gegenwärtig nicht mehr gut zu orientieren scheinen, weil wir ungewohnte, neue Kombinationen aus beiden Segmenten sowohl *«oben»* als auch *«unten»* vor-

finden. Es kann nicht als gänzlich neue Einsicht durchgehen, dass das «gängige Links-rechts-Schema allein zum Verständnis der politischen Entwicklungen nicht mehr taugt» (Reckwitz, 2019 a, S. 240–241).

Der Eindruck, die scharfe Kritik am «Neoliberalismus» sei nur äußerst locker geknüpft an ein ernst gemeintes Projekt der grundlegenden Transformation gesellschaftlicher Besitz- und Einkommensverhältnisse, *vor allem nicht an eine auch nur teilweise Abkehr von einem prinzipiell auf Offenheit setzenden wirtschaftlichen Wachstumsmodell* – wie auch der daraus abgeleitete Vorwurf, die Kritik sei deswegen eher als Teil einer Selbstillusionierung zu verstehen, die es der Mittelschicht erlaubt, ihre im Großen und Ganzen ökonomisch kommode Lage mit einem kritisch-moralischen Habitus zu verbinden –, all das umreißt dann die zur rechtsgewendeten Arbeiterbewegung komplementäre Widersprüchlichkeit der *bürgerlichen Linken*: Sie scheint faktisch-praktisch einverstanden mit den spätkapitalistischen Verhältnissen, die sie so grundlegend zu kritisieren glaubt. Damit wäre die komplementäre Kombination aus linker Gesellschaftspolitik und rechter Wirtschafts- und Verteilungspolitik umrissen.

Von Interesse wäre das im Kontext dieses Buches und seines Arguments allerdings nicht als mutmaßliche Heuchelei eines Milieus oder einer Schicht, die man moralisch skandalisieren könnte (um sie dann womöglich populistisch – «die da oben» – auszubeuten), sondern als Hinweis auf mögliche *strukturelle Gründe* für diese Widersprüchlichkeit. Nur diese sollen hier interessieren. Wie ich in Kapitel 4 näher argumentieren möchte, sollten wir die Widersprüchlichkeit unserer Konfliktlinien und ihrer Deutungen als Ausdruck der zunehmend unter Druck geratenden Beziehungen zwischen nationalstaatlichen Voraussetzungen und Orientierungsrahmen einerseits und supranationalen Bindungen und Festlegungen andererseits fassen. Die daraus resultierenden Span-

nungsverhältnisse haben mit den Verteilungs- und Mitbestimmungsimplicationen solcher Veränderungsprozesse zu tun, gehen aber nicht in ihnen auf. Ihre Beschreibung im Schema von ‹links› und ‹rechts› verschärft die Konsequenzen, die mit den Widersprüchen einhergehen, sie trifft aber weder ihre historische Genese noch ihre ökonomischen Wirkungen.

Aber wie ließe sich stattdessen diese neue Gemengelage abbilden, sofern man nicht einfach nur zu dem insgesamt wenig hilfreichen Urteil kommen will, dass unsere Kategorien und Begriffe mit der Zeit inkonsistent geworden sind?

In den Versuchen, die ungewohnten Positionen, die neuen Synkretismen aus links und rechts inklusive ihrer neuen, teils überraschenden Lager- und Koalitionsbildungen zu klären und sie analytisch einzuordnen, begegnen uns zunächst und mit einer gewissen Folgerichtigkeit Begriffsbildungen, die das zuvor als unvereinbar Angesehene, das Gegensätzliche, miteinander verbinden. Von links: ‹progressiver Neoliberalismus› (Nancy Fraser). Aus konservativer Warte: ‹Woke Capitalism› (Patrick Deneen).<sup>6</sup> Diese werden auf Seiten der bürgerlichen Besitz- und Bildungseliten verortet – entsprechend ‹Linkskonservatismus› oder ‹links-rechter Populismus› (vgl. Biebricher, 2023; Nachtwey, 2024), die auf Seiten der neuen populistischen Arbeiterparteien ausgemacht werden.<sup>7</sup> In diesen Zusammenhang gehört auch die politikwissenschaftliche Entdeckung des ‹links-autoritären› Wählers (vgl. Lefkofridi, Wagner und Willmann, 2014). Das allerdings beschreibt die neuen ideologischen Kombinationen nur, erklärt aber noch nicht, wie es zu ihnen gekommen ist und warum sie sich dauerhaft als so attraktiv erweisen. Auf diese Frage wird auch in den Debatten um den Postliberalismus meist nur unbefriedigend geantwortet, wenn die liberale Koalition dort – den populistischen Diskurs einfach nur doppelnd – schlicht als Ergebnis einer Elitenverschwörung interpretiert wird.<sup>8</sup> Damit bleibt zudem un-

geklärt, warum diese ideologischen Kombinationen nicht schon früher auftraten und in Wahlen Erfolg hatten, warum sie neue, *gegenwärtig* attraktive Kombinationen darstellen.

Alternativ zum Amalgam von Gegensatzpaaren – progressiv/neoliberal, links/konservativ – verhält sich der Versuch, die Konflikte in einem gänzlich anderen Register einzutragen. Das scheint – unter anderem – den Vorteil zu haben, dass sich damit zugleich unterstellen lässt, die politischen Ordnungsbegriffe würden in dem alten, vertrauten Register weiterhin wie gewohnt funktionieren. Dann heißt es, in den Konflikten der Gegenwart ginge es nicht mehr um Interessen, sondern um Identitäten. So lässt sich das neue Konfliktpotenzial in einer sogenannten ‹zweiten Dimension› der Politik eintragen, und man kann so tun, als ob die ‹erste› davon mehr oder weniger unberührt bliebe. Sie kann dann vielmehr dazu dienen, die Unvernunft der zweiten zu ermessen. Hier die *politics as usual*, ‹wer bekommt was?›, die rationale Orientierung an den eigenen Interessen. Im Kontrast dazu die neuen kulturalisierten Politiken, die irrationalen Identitäten, die Affekte, die atavistischen Impulse, das Ressentiment, die Wut und Intoleranz, die Zerstörungslust, deren Unvernunft gerade daran evident zu werden scheint, dass sie sich sogar *gegen die eigenen Interessen* durchzusetzen vermögen.<sup>9</sup> ‹Kulturell› oder ‹identitär› werden dann zu Platzhaltern für das, was nicht in Nutzenkalkülen aufzugehen, ja sie sogar flagrant zu verletzen scheint. Das zumindest ist eine überaus beliebte Trope der Debatte: Die populistischen Wähler – wutvernebelt, völlig außer sich, von ihren Affekten überwältigt – wählen die, die ihre ökonomischen Interessen nicht vertreten, sondern verraten.<sup>10</sup>

Das soll wohl heißen: Wenn sich die neue Wirklichkeit mit den Kategorien von links und rechts nicht mehr verstehen lässt, umso schlimmer für die Wirklichkeit! Wie sehr wir in gewandelten Zeiten leben, könnte man also auch daran ablesen, dass sich nun aus-

gerechnet die Bourgeoisie sorgenvoll über das Proletariat beugt und ihm ›Rückschrittlichkeit‹ attestiert (und damit für sich automatisch ›Fortschrittlichkeit‹ reklamiert). Arbeiter können *als Arbeiter*, darauf laufen diese Analysen offenkundig hinaus, ihre wahre Klassenlage nicht erkennen, Affekte und Ressentiments verschleiern ihnen den Blick (vgl. unten, Kapitel 4.1). Dem Proletariat misslingt heutzutage also nicht nur der Schritt von der ›Klasse *an sich*‹ zur ›Klasse *für sich*‹, sondern es vollzieht sogar den zur ›Klasse *gegen sich*‹. So zumindest lautet die Diagnose der sich besorgt gebenden und in dieser Besorgnis wie selbstlos erscheinenden Beobachter auf den bürgerlichen Rängen: *linkes Bürgertum vs. rechte Arbeiterklasse*.

In der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Literatur firmiert diese ›zweite Dimension‹ der Politik mit ihren Konflikten jenseits der hergebrachten, ›klassischen‹ und klassische Verteilungskonflikte bezeichnenden Links-Rechts-Unterscheidung unter vielen Namen: wahlweise (vgl. Borbáth, Hutter und Leininger, 2023) als ein Konflikt zwischen Libertären und Autoritären (Kitschelt, 1995, 1997; Kitschelt und McGann, 1995) oder als neue Spaltungslinie entlang der Pole ›Integration‹ und ›Demarkation‹ (Kriesi *u. a.*, 2008; Hutter und Kriesi, 2019). Es heißt, Universalismus/Kosmopolitismus auf der einen Seite stünden gegen Partikularismus/Kommunitarismus (›parochialism‹) auf der anderen (Bornschieer, 2010; de Wilde *u. a.*, 2019; de Vries *u. a.*, 2021; Bornschieer *u. a.*, 2024), GAL [grün, alternativ, libertär] gegen TAN [traditionell, autoritär, nationalistisch] (Hooghe und Marks, 2017) – und so weiter und so fort.

Entsprechend stellt man sich die Gesellschaft als in neue antagonistische Gruppen sortiert vor. Sie wäre nun eingeteilt entweder in ›Somewheres‹ oder ›Anywheres‹ (Goodhart, 2017), in ›Sesshafte‹ oder ›Nomaden‹ (Fourquet, 2019), ›Nativisten‹ oder ›Globalisten‹ (Piketty, 2020), ›Kommunitaristen‹ oder ›Kosmopo-

liten» (de Wilde *u. a.*, 2019), in die «Identity Conservatives» auf der einen und die «Identity Liberals» auf der anderen Seite (Sobolewska und Ford, 2020), «libertäre Pluralisten» stünden gegen «autoritäre Populisten» (Norris und Inglehart, 2019), Universalisten gegen Partikularisten (Beramendi *u. a.*, 2015; Westheuser und Zollinger, 2025), «kulturell progressive Libertäre» gegen «kulturell konservative Autoritäre» (de Vries *u. a.*, 2021)<sup>11</sup> – und was der plastisch-typologischen Entgegensetzungen noch mehr sind. Das sind polare und statische Zuspitzungen, bei denen der affektive den analytischen Gehalt mitunter deutlich überlagert, die – zumindest in Teilen – von den Konflikten kontaminiert erscheinen, die sie eigentlich helfen sollten aufzuklären.

Mit diesen begrifflichen Varianten, die zur Unübersichtlichkeit der Lage zunächst lediglich eine Unübersichtlichkeit ihrer Bezeichnungen beizutragen scheinen, ist dabei jedoch stets das Gleiche gemeint, nämlich das Konfliktfeld, das sich zwischen nationalstaatlichen Rahmen und supranationalen Bindungen entfaltet. Es sind die gesellschaftlichen Verwerfungen gemeint, die aus einer zunehmend porösen und ungewissen Nationalstaatlichkeit resultieren – die an Zahl und Intensität zunehmenden Konflikte, die aus der Dekonsolidierung des Nationalstaats und seiner Integrations- und Schutzversprechen folgen (Hooghe und Marks, 2017). Nun will sich aber das Widersprüchliche an unserer Lage auch in dieser Interpretation nicht so recht auflösen – sondern kehrt, wie ich in den folgenden Abschnitten detaillierter zeigen möchte, als Widersprüchlichkeit der Deutung selbst zurück (siehe insbesondere Kapitel 3 und 4).

Im Mittelpunkt unserer heutigen Konflikte, so heißt es, stehe der Gegensatz zwischen einer «Politik der Schließung und einer Politik der Öffnung» (Reckwitz, 2017, S. 414). Als kultureller Gegensatz verstanden, ist sofort einsichtig, wie man ihn in eine Links-Rechts-Unterscheidung rückübersetzen könnte – als Gegen-

überstellung von Toleranten und Intoleranten. Als ökonomischer Gegensatz verstanden, würde eine Rückübersetzung allerdings zu einer gegenläufigen politischen Zuordnung führen: Denn offen heißt hier (neo)liberal (und das bedeutet in der ökonomischen Dimension: rechts), geschlossen meint protektionistisch (und das bedeutet in dieser Dimension: links). Zugleich wird man kaum argumentieren können, die ‹kulturelle› Option für Offenheit sei jeweils ökonomisch völlig unschuldig, sie besäße keinerlei verteilungspolitische Implikationen oder sei von der wirtschaftlichen Offenheit völlig unabhängig und losgelöst – wie es ohnehin eine Verwechslung von analytischen Unterscheidungen und konkreter Lage sein könnte, Konflikte in ihrer Gänze jeweils der einen oder der anderen Dimension zuordnen zu wollen (als klassischer Fall einer Reifizierung von Kategorien). Das in der einschlägigen Literatur bemerkenswerte Insistieren darauf, unsere gegenwärtigen Konflikte seien als exklusiv oder doch wenigstens dominant kulturell und identitär zu verstehen, erweist sich zumindest als hilfreich dabei, die ökonomischen Konsequenzen des eigenen Votums für ‹Offenheit› auszublenden. Dass wir es mit einer Doppelbewegung zu tun haben, mit der ‹Öffnung der Märkte und Identitäten› (Reckwitz, 2017, S. 414) – man müsste es eigentlich anders betonen: mit der Öffnung der Identitäten *und* der Märkte, braucht sich dann in den Kategorien und damit auch in den Analysen nicht zu spiegeln. Aber lässt man die warmen Werte erst einmal absinken, in tiefere Regionen, dann verbinden sie sich zu einer kräftigen, kühlen Unter- und Gegenströmung.

Wir kommen also nicht heraus aus der Widersprüchlichkeit der politischen Einordnungen und können nicht umhin, den Gründen für die neuen, seltsam erscheinenden programmatischen Kombinationen von links und rechts nachzugehen und zu fragen, warum sie heute so präsent sind und sich als so attraktiv erweisen. Bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, erfordert die

Auseinandersetzung mit den Begriffen zwangsläufig auch eine Auseinandersetzung mit der Theorie, auf die diese Begriffe Bezug nehmen. Das ist die Theorie gesellschaftlicher Spaltungslinien (Lipset und Rokkan, 1967; vgl. Flora, Kuhnle und Urwin, 1999). In Kapitel 3 wird zunächst die Reformulierung dieser Theorie in den politikwissenschaftlichen Deutungen unserer gegenwärtigen Konflikte vorgestellt – eben als Identifikation einer neuen Spaltungslinie, die, folgt man den maßgeblichen Analysen, zwischen dem Universalen und dem Partikularen verlaufen soll, zwischen den Sesshaften und den Nomaden etc. pp. (siehe oben). Es ist vor allem diese in der Literatur vorherrschende Deutung, die in diesem Buch einer Kritik unterzogen werden soll und der ich eine alternative Erklärung für den veränderten Verlauf gesellschaftlicher Konfliktlinien gegenüberstellen möchte.

Theoretisch wie empirisch muss sich dieses Buch deshalb der ‹Schnittstelle› zwischen dem Nationalen und dem Supranationalen widmen. Als *exemplarische Konkretisierung* dieser Fragestellung will ich mich insbesondere den Veränderungen im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Europas Nationalstaaten zuwenden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die Konflikte jeweils politisch bearbeitet werden, die sich an der politisch-administrativen Organisation dieses Verhältnisses entzünden beziehungsweise an den Folgen der Verlagerung von Politikzuständigkeiten von der einen, der nationalstaatlichen Ebene, auf die andere, die supranationale Ebene (vgl. Schäfer und Zürn, 2021). Es wird also danach zu fragen sein, welche Wirkungen die Verlagerung von Zuständigkeiten in den nationalen Parteiensystemen entfaltet und wie dies wiederum auf die Dynamik der europäischen Integration zurückwirkt. Das ist der Komplex von Zusammenhängen, der in Kapitel 5 empirisch beleuchtet werden soll. Dabei ist das Exemplarische dieses Falls zu betonen. In der Europäischen Union als der bislang am weitesten fortgeschritte-

nen Überwindung der nationalen Form von Politik treten die Probleme dieser Entwicklung zwar in besonderer Intensität auf. Sie sind aber in teils abgeschwächter, teils verstärkter Form auch woanders anzutreffen, etwa in den USA, wo das Fehlen einer sozialstaatlichen Kompensation für die Folgen einer Politik der Öffnung vergleichbare Konsequenzen verantwortet. Daher sind dann in den Vereinigten Staaten auch sehr ähnliche ökonomische Entwicklungen und politische Reaktionen zu beobachten. Deswegen wird im Folgenden der Blick zuweilen auch auf diesen Fall gerichtet.

Um unsere gegenwärtigen Konflikte besser verstehen, um die transformative Wirkung der Verlagerung von Zuständigkeiten aus den Nationalstaaten für die nationalen Parteiensysteme erkennen zu können, nehmen die folgenden Abschnitte ihren Ausgang von einer zentralen empirischen Beobachtung. Sie betrifft einen selbst quer zu unseren hergebrachten politischen Ordnungskategorien stehenden Konflikt von erheblicher Bedeutung, eben den Konflikt über Europa – der auf einer allgemeineren, abstrakter gefassten Weise, es sei hier nochmals hervorgehoben, ein Konflikt über das Nationale und das Supranationale, über Öffnungen und Schließungen und deren Konsequenzen für Teilhabe, Verteilung und Repräsentation ist. Diese Beobachtung soll deswegen den folgenden Ausführungen vorangestellt werden (siehe Kapitel 2). Es geht um einen in der Politikwissenschaft hinlänglich bekannten Befund, der einer breiteren Öffentlichkeit aber vermutlich weniger geläufig ist: um den bemerkenswerten Umstand, dass sich Zustimmung und Ablehnung des europäischen Projekts nicht nach ‹links oder rechts›, sondern nach ‹Mitte oder Rand› sortieren. EU-Skepsis artikuliert sich sowohl auf der prononciert Linken wie auf der prononciert Rechten – während die Zustimmung zum Einigungsprojekt in ‹der Mitte› am intensivsten ist (siehe unten Kapitel 2, Abbildung 1).

Pointiert ließe sich sagen: Der Linken ist das supranationale Projekt zu wirtschaftsliberal, der Rechten ist es zu gesellschaftsliberal – und post-national (vgl. etwa Hix und Hoyland, 2022, S. 57–58). Das sollte man aber nicht als eine ‹nur› programmatische Inkonsistenz (und daher Inkonvenienz) für die betreffenden Parteien verstehen. Parteien halten üblicherweise, zumindest in einem gewissen Rahmen, programmatische Widersprüche problemlos aus. Wollen sie nicht nur Nischenangebote unterbreiten, ist das ohnehin – zumindest in Maßen – unvermeidlich. Aber die heutigen Konfliktlagen gehen wesentlich über programmatische Unschärfen hinaus. Vielmehr geraten politische Festlegungen ‹zu Hause› mit den transnationalen Verpflichtungen und Positionierungen der Parteien in einen ganz konkreten Widerspruch – und zwar desto mehr, je prägender die transnationale Ebene in die nationale hineinragt, je intensiver die Integration wird (Rodrik, 2011). Dann steht beispielsweise das Projekt generöser Umverteilung zunehmend im Widerspruch zur Verpflichtung zur Personenfreizügigkeit auf europäischer Ebene (wie an der Armutsmigration, innereuropäisch wie aus Drittstaaten, ersichtlich), dann konterkarieren *Tax-the-rich*-Slogans sich selbst, wenn die, die sie äußern, sich zugleich emphatisch zu einem Integrationsprojekt bekennen, dem der Steuerunterbietungswettbewerb strukturell eingeschrieben ist (siehe unten, Endnote 9, S. 161). Auf der anderen Seite des politischen Spektrums mag man die mit der Vergrößerung von Märkten verbundenen Wohlstandsgewinne begrüßen, kann aber immer weniger darüber hinwegsehen, dass damit unweigerlich ein über das Recht prozessiertes Individualisierungsprojekt in Gang gesetzt ist, das Sozialzusammenhänge auflöst, die Konservative üblicherweise geschützt sehen möchten. Vor allem widerspricht das transnationale Projekt in zusehend offensichtlicher Weise dem demokratischen Versprechen auf kollektive Selbstregierung vermittels Wahlen. Die ‹gegenwärtige Auflösung

der Demokratie im Liberalismus» (Gauchet, 2007, S. 54; vgl. Knuth, 2025)<sup>12</sup> stellt aber sowohl linke wie rechte Parteien der demokratischen Mitte vor immer größere Rechtfertigungsprobleme und untergräbt systematisch ihren Anspruch, weiterhin relevante Instanzen der Interessenvermittlung zu sein. Sie beschädigt damit auch die etablierten Mechanismen politischer Interessenaggregation.

Der in der einschlägigen Literatur bekannte Befund, dass die Europazustimmung in der politischen Mitte hoch ist, aber sowohl auf dem linken als auch auf dem rechten Rand Europaskepsis überwiegt, hat – das sollen die nachfolgenden Kapitel aufzeigen – bedeutsame Konsequenzen, die auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion in allen ihren Ausprägungen noch zu würdigen sind. Das vielzitierte «Erstarken der Ränder» bei gleichzeitigem «Schrumpfen der Mitte» gewinnt vor dem Hintergrund dieser Beobachtung einen durchaus anderen Bedeutungsgehalt. Durch die Argumentation des Buches zieht sich daher der Verweis auf die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung des europäischen Integrationsprojekts wie ein roter Faden – die Implikationen dieser Verteilung werden in den folgenden Kapiteln im Einzelnen ausgearbeitet, um ihre Relevanz für die Gestalt unserer gegenwärtigen Konfliktverläufe zu erweisen. So viel sei vorweggenommen: Ich sehe im Konflikt über Öffnung oder Schließung nationalstaatlicher Rahmungen den zentralen Grund für die Neuzusammensetzung von ideologischen Positionen, mit der wir heute konfrontiert sind. Es ist aber immer zu betonen, dass Europa als Fluchtpunkt der Aggregation politischer Orientierungs- und Entscheidungskompetenzen nur für ein allgemeineres Muster steht, dass an ihm als sozusagen avanciertestem und irreversibelstem Fall nur besonders konturenscharf die Probleme beobachtet werden können, die grundsätzlich in Situationen auftreten, in denen moderne Politik den nationalen Rahmen verlässt, um den Prämissen von Wachs-

tumsordnungen und den Erfordernissen von Märkten zu folgen. Insofern spiegelt das Muster der Zustimmung und Ablehnung des europäischen Integrationsprojekts auch nur den allgemeineren Sachverhalt, dass Neoliberalismus (hier verstanden als ökonomischer Transnationalismus) «<alte> ideologische Trennlinien von Rechts und Links überwindet» (Mudge, 2008, S. 723).

Hieraus ergibt sich der Aufbau des Buchs. Zunächst wird im nachfolgenden Kapitel die spezifische Verteilung von Befürwortern wie Gegnern des transnationalen Projekts im europäischen politischen Raum dargestellt. Das bildet die argumentative Ausgangslage. Daraus leiten sich eine Reihe von Fragestellungen ab, die auf die Folgen für den politischen Wettbewerb und die nationalen Parteiensysteme zielen (Kapitel 2). Wie wir sehen werden, lässt sich im Wissen um die spezifische politische Verteilung von Zustimmung und Skepsis gegenüber supranationalen Kompetenzverlagerungen auch eine erste grundlegende Kritik an der Neufassung der Theorie der Spaltungslinien formulieren, wie sie gegenwärtig in der politikwissenschaftlichen Literatur zum Thema vorherrscht (Kap. 3). Kapitel 4.1 vertieft diese Kritik und entwickelt dann in Abschnitt 4.2 ein alternatives Argument, dessen empirische Implikationen in Kapitel 5 näher beleuchtet werden. Kapitel 6 schließt das Argument ab. Aber zunächst soll das folgende Kapitel den Ausgangspunkt der Argumentation genauer darlegen, den Grund für die neuartige Amalgamierung von links und rechts sowohl im supranationalen Projekt als auch im Protest dagegen.

## 2.

### À la recherche du centre perdu<sup>1</sup>

«Wer die Mitte verloren hat, soll den Rand halten.»  
(Arnold Gehlen)

Bei unserem Thema, der Frage nach der Neuausrichtung politischer Konfliktlinien in europäischen Parteiensystemen, stellt sich die Ausgangsfrage, wie sich «Europas politischer Raum» denn eigentlich gestaltet. Die Antwort lautet *zunächst* (wir werden den Befund sogleich weiter differenzieren): Er gestaltet sich auf eine sehr eigentümliche Weise. Das ist in Abbildung 1 veranschaulicht.

Abbildung 1 zeigt eine Punktwolke – aber wie die Punkte angeordnet sind, folgt erkennbar einem Muster. Jeder einzelne Punkt ist die Beobachtung einer Partei in einem Mitgliedsland der EU zu einem bestimmten Zeitpunkt und in zwei Dimensionen.<sup>2</sup> Mit diesen zwei Dimensionen wird ein politischer Raum aufgespannt. Er ist definiert einerseits durch eine generelle und uns gut vertraute Links-Rechts-Dimension auf der horizontalen, der X-Achse, und andererseits durch eine Pro-Anti-EU-Position auf der vertikalen, der Y-Achse. Beide Achsen sind zwischen 0 bis 10 skaliert. Auf der horizontalen Links-Rechts-Dimension verläuft die Skala von äußerst links (0) bis äußerst rechts (10), in der vertikalen Pro-Anti-EU-Dimension von äußerst europaskeptisch (0) bis äußerst integrationsfreundlich (10). Zusätzlich deutet die Größe der Punkte die «Sitzstärke» der Partei im Moment der Beobachtung an. Die Darstellung verwendet Daten des Chapel Hill Expert Survey ([www.ches.org](http://www.ches.org)). Dabei handelt es sich um eine sogenannte Expertenumfrage, die seit 1999 in bislang sechs Wellen Parteipositionen in verschiedenen inhaltlichen Politikdimensionen erhebt

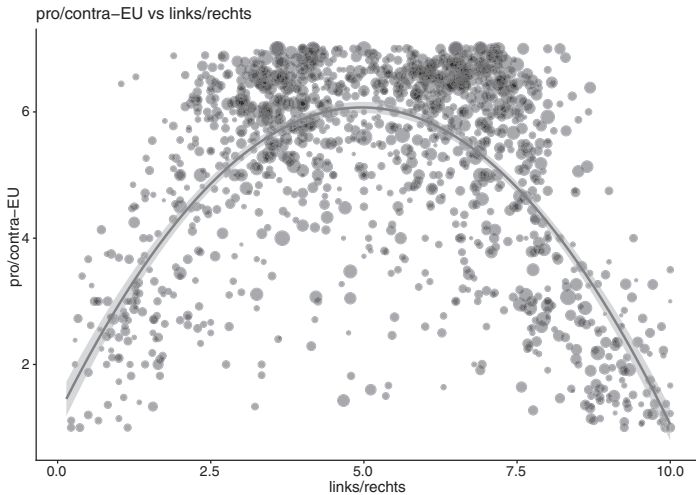


Abbildung 1: Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Positionierung von Parteien (X-Achse) und ihrer Zustimmung zur EU (Y-Achse; eigene Darstellung auf der Basis der CHES-Daten)

und dann öffentlich zugänglich macht.<sup>3</sup> Mit den zuletzt, Anfang 2025, veröffentlichten (aber 2024 erhobenen) Daten umfasst der Datensatz 1476 Beobachtungen.

Nun genügt schon ein rascher Blick auf die Abbildung 1, um festzustellen, dass die Zustimmung zum oder die Ablehnung des europäischen Einigungsprojekt(s) einem ganz spezifischen Muster folgt. Als wichtigster, unmittelbar ins Auge springender Zusammenhang zeigt sich: Der politische Konflikt um Europa steht offenkundig *quer* zu einer einfachen Links-Rechts-Unterscheidung, die doch ansonsten den politischen Raum ordnet, die politischen Themen in diesem Raum verortet, uns politisch orientiert. Ginge es um Fragen der Umverteilung (*who gets what?*), wüssten wir – grob, ohne in ein Parteiprogramm schauen zu müssen –, dass sie auf der linken Seite des politischen Spektrums eher befür-

wortet und auf der rechten eher abgelehnt wird. Ginge es um ein eher gesellschaftspolitisches Thema, so wüssten wir – erneut, ohne dass wir das aufwändig recherchieren müssten, dass etwa die völlige Strafbefreiung der Abtreibung auf der Linken (vermutlich) befürwortet und auf der Rechten (wahrscheinlich) kritischer gesehen wird.<sup>4</sup>

Mit Europa verhält es sich nun offenkundig anders. Die Befürwortung oder Ablehnung des europäischen Integrationsprojekts liegt quer zur Links-Rechts-Unterscheidung.<sup>5</sup> Die Mitte des politischen Spektrums ist stark befürwortend, auf dem linken wie auf dem rechten Pol finden sich diejenigen, die der europäischen Integration gegenüber kritisch bis ablehnend eingestellt sind. Das bedeutet auch: Wüssten wir, ob jemand (eine Wählerin, eine Partei) die EU-Integration ablehnt, könnten wir daraus noch nicht schließen, ob sie links oder rechts ist. Oder umgekehrt: Wüssten wir, dass sich jemand links oder rechts verortet, müssten wir zusätzlich wissen, *wie weit* links, *wie weit* rechts, um abschätzen zu können, ob er oder sie die europäische Integration befürwortet oder ablehnt, denn in dieser Frage gilt: je linker oder aber rechter, desto EU-skeptischer, und je mittiger, desto EU-freundlicher.

Bereits dieser Befund könnte Anlass geben, eine erste Vermutung zu formulieren: Wenn wir zunehmend den Eindruck haben, dass uns eine politisch ansonsten sehr vertraute Begrifflichkeit – die von links und rechts (Bobbio, 1996; Gauchet, 1998; vgl. nun auch Hoeres, 2025) – die Konflikte der Zeit oftmals nicht mehr befriedigend zu sortieren vermag, so könnte das mit der Bedeutung von Themen und/oder Entwicklungen zu tun haben, die sich dieser Begrifflichkeit oder dieser Unterscheidung gegenüber sperren bzw. sich ihr entziehen. Europa ist exakt so ein Thema – aber angesichts seiner Bedeutung eben nicht eines unter vielen, sondern in gewisser Hinsicht (gerade in seinem exemplarischen Status für die Konsequenzen von Politiken der Offenheit) *das* zentrale, in

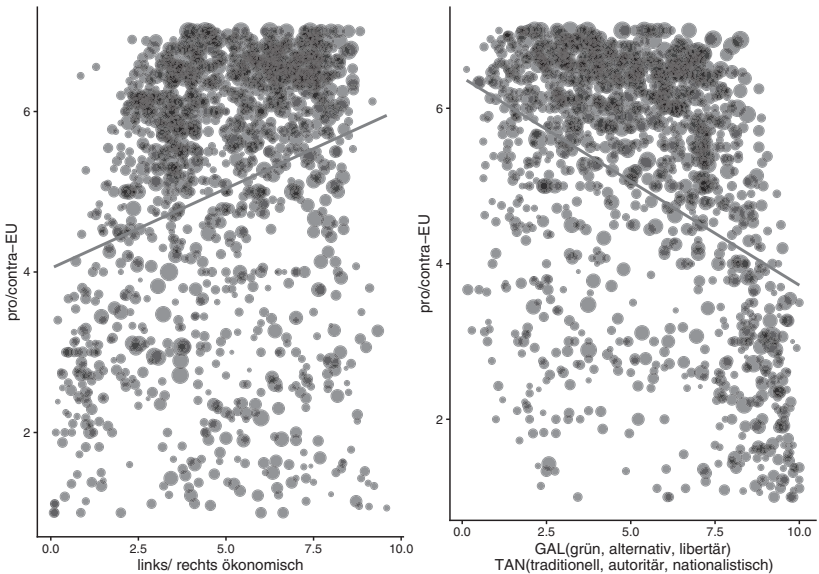


Abbildung 2 a und 2 b: die ökonomische Links-Rechts-Dimension (2a) und die kulturelle Links-Rechts-Dimension (2b) und die Zustimmung zur oder die Ablehnung der EU (eigene Darstellung auf Basis der CHES-Daten)

den letzten dreißig Jahren immer wichtiger gewordene Thema, das sich dieser Einordnung entzieht.

Der in Abbildung 1 gezeigte Zusammenhang ist zumindest in der Politikwissenschaft hinlänglich bekannt. Er firmiert dort unter dem Begriff der ‹invertierten›, also auf den Kopf gestellten U-Kurve der Europazustimmung (Aspinwall, 2002; Marks, Wilson und Ray, 2002; McElroy und Benoit, 2010). Das provoziert unmittelbar die Frage, wie sich dieses sehr spezifische Links-Rechts-Muster in der Ablehnung von oder Zustimmung zur Europäischen Union erklären lässt. Einer Antwort kann man sich nähern, wenn man die sehr allgemeine oder unspezifische Unterscheidung nach links und rechts (hier auf der X-Achse abgetragen) auf zwei ihrer möglichen Bedeutungen hin differenziert. Sobald man

das tut, tritt das uns bekannte, vertraute Links-Rechts-Schema auch in Bezug auf Europa wieder in *lineare* Erscheinung (siehe Abbildung 2 a und 2 b).

Abbildung 2 unterscheidet nach genau den beiden Bedeutungsmöglichkeiten von links und rechts, die in der Einleitung bereits erwähnt wurden – einer, wenn man so will, ‹kulturellen› (gesellschaftspolitischen) und einer ‹materiellen› oder ‹ökonomischen› (sozial- und wirtschaftspolitischen beziehungsweise verteilungspolitischen) Bedeutung. Sobald wir nach diesen möglichen Bedeutungen differenzieren, stellt sich der Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Dimension und der Frage der europäischen Integration wieder als eine uns vertraute lineare Beziehung dar – präziser: in Form *zweier* linearer und dabei zugleich gegenläufiger Beziehungen. Sie zeigt sich einmal als eine, in der die Linke das Integrationsprojekt ablehnt und die Rechte es befürwortet: in der ökonomischen Dimension. Und einmal als eine Beziehung, in der die Linke das Integrationsprojekt befürwortet und die Rechte es ablehnt: in der gesellschaftspolitischen Dimension. Das wiederum spricht dafür, dass die kurvilineare Beziehung der *allgemeinen* Links-Rechts-Dimension mit der Anti-Pro-EU-Dimension (siehe Abbildung 1) aus *der Überlagerung* zweier linearer, aber gegenläufiger Beziehungen der Links-Rechts-Dimension mit dem europäischen Integrationsprojekt resultiert.

Aus Abbildung 2 wird das – unter Verwendung der identischen Daten, der Daten des Chapel-Hill Expert Survey – ersichtlich. Das erste, linke Panel (2a) zeigt den Zusammenhang zwischen einer *wirtschaftlichen Links-Rechts-Unterscheidung* (auf der X-Achse) und der EU-Zustimmung (auf der Y-Achse), das rechte Panel (2b) hingegen den Zusammenhang zwischen einer *gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Unterscheidung* und der Einstellung zur Europäischen Integration (hier gemessen entlang der Unterscheidung nach GAL und TAN, siehe oben). Zugespitzt und vereinfacht for-

muliert, kann man also sagen, dass die Linke die europäische Integration in der ökonomischen Dimension ablehnt, weil die EU in dieser Dimension zu ›rechts‹, d.h. zu neoliberal, ist. Und die Rechte lehnt die EU in der gesellschaftspolitischen Dimension ab, weil die EU dort, in der gesellschaftspolitischen Dimension, zu links, also zu ›liberal-progressiv‹, ist.

Blicken wir auf den Zusammenhang nicht ausgehend von der Links-Rechts-Unterscheidung (sozusagen aus ›Sicht der X-Achse‹), sondern mit der Perspektive auf EU-Zustimmung beziehungsweise EU-Ablehnung (also aus ›Sicht der Y-Achse‹), dann würden daraus zwei kohärente politische Positionierungen resultieren: eine zustimmende, die mit dem ökonomischen *wie* kulturellen Liberalismus des Integrationsprojekts konform geht, und eine ablehnende, die sich vom Liberalismus in beiden Dimensionen distanziiert (siehe unten, Abbildung 11). Voilà: eine neue politische Konfliktachse, verlaufend zwischen liberalen und ›illiberalen‹ Kräften, die aber jeweils *intern* Links und Rechts verbinden. Damit ist der Formulierung einer zentralen These dieses Buches vorgegriffen: Aus dem Protest gegen das supranationale Projekt, aus der Mobilisierung derjenigen, die es – aus politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen Gründen – ablehnen, bildet sich in einer besonderen Fusion eine neuartige politische Position heraus, die in beiden Dimensionen ›illiberal‹ Stellung bezieht – sich sowohl, im Vergleich zum globalen Projekt, deutlich weniger rechts in ökonomischen Fragen und deutlich weniger links in gesellschaftspolitischen Fragen positioniert. Diese Positionierung gegen das transnationale Projekt, so die Implikation dieser These, ist damit aber nur als Spiegelbild dieses Projekts selbst zu verstehen, seiner spezifischen Kombination aus ›markets and morals‹ (Wendy Brown), der Verbindung aus den Werten und den Strömen, die in das supranationale Projekt (aufgrund seiner Rechtsform nachgerade unvermeidlich) eingelassen sind.

Wenn wir dieser Argumentation grundsätzlich folgen wollen, dann ergeben sich aus dem spezifischen Muster der EU-Ablehnung oder EU-Zustimmung von Parteien und Wählern mindestens drei zentrale Implikationen – und diese sollen in den folgenden Kapiteln systematischer dargelegt und untersucht werden.

Die erste Implikation lautet:

(1) Die mittigen Parteien, die die EU am intensivsten unterstützen, ‹liberalisieren› sich dadurch zwangsläufig. Sie tun das allerdings widerstrebend, weil programmatisch widersprüchlich – weil immer eine der zwei Dimensionen des Einigungsprojekts in grundsätzlicher Spannung zu ihrer traditionellen ideologischen Positionierung steht. Auf der linken Seite des politischen Spektrums ist der in das europäische Integrationsprojekt eingelassene Neoliberalismus problematisch; auf der rechten Seite steht der mit diesem Projekt unvermeidlich verbundene Gesellschaftsliberalismus quer zur ideologisch-programmatischen Positionierung der Parteien dieses Spektrums – abgesehen von der grundsätzlichen Entnationalisierung durch Europa oder jeder anderen Transnationalisierung von Politik, die für sie aus naheliegenden Gründen problematischer ist als für Parteien der Linken. Ich hatte es bereits erwähnt: Man sollte sich das allerdings nicht nur als programmatische Inkonsistenz vorstellen, sondern als zunehmend praktisch werdende Spannung, die aus unvereinbaren Politikfestlegungen resultiert, als *konkrete* Konflikte (etwa zwischen großzügiger Wohlfahrtsstaatlichkeit und der freien Bewegung von Personen).

Aufgrund der mit dem Fortschreiten des Einigungsprojekts immer offensichtlicher und in zentralen politischen Fragen immer relevanter werdenden Inkongruenz zwischen den grundlegenden ideologisch-programmatischen Festlegungen der etablierten Parteien im nationalen politischen Raum und dem Charakter des supranationalen Projekts, das sie ja nichtsdestotrotz unterstützen,

entsteht Raum für neue Parteien – die, etwas unglücklich, eben weil immer noch auf unsere alten Unterscheidungen referenzierend, als ‹neue Linke› und ‹neue Rechte› bezeichnet werden. Sie verorten sich nun im Gegensatz zu den etablierten Parteien *kongruent* zum transnationalen Projekt: in beiden Dimensionen entweder zustimmend oder ablehnend. Und diese neuen Parteien sind erfolgreich, weil ihnen Wähler zuströmen, die sich aufgrund der zwingend widersprüchlichen Positionierung derjenigen Parteien, denen sie sich einst zugehörig oder nah fühlten, von ihnen abwenden und sich neu sortieren, in die Lager der – wenn man so will – ‹Liberalen› und ‹Illiberalen› (ohne dass diese Unterscheidungen hier mit Wertungen verbunden sein sollen). Das supranationale Projekt führt also zur Ausbildung neuer Parteien und zur Entwicklung dessen, was in der Politikwissenschaft *De-Alignment* und *Re-Alignment* genannt wird, sprich zur Neusortierung von Elektoraten und Parteien, zur Auflösung hergebrachter und zur Bildung neuer Wählerbindungen.<sup>6</sup>

Es mag nun naheliegen zu fragen, inwieweit sich diese hier nur grob skizzierte Deutung des Geschehens von der uns bekannten und einleitend vorgestellten Perspektive unterscheidet – ebenjener, die es als Konflikt zwischen Kosmopoliten gegen Kommunitaristen, Universalisten gegen Partikularisten, Anywheres gegen Somewheres etc. interpretiert. Ist die Unterscheidung zwischen Liberalen und Illiberalen nicht einfach nur eine weitere Bezeichnung des gleichen Zusammenhangs? Im Vorgriff auf die detailliertere Argumentation, die in den Kapiteln 3 und 4 dargelegt wird, lautet die Antwort: Nein, das ist sie nicht, und zwar ist sie auf fundamentale Art und Weise unterschieden von ihr – unter anderem deswegen, weil sie eben nicht das Aufkommen einer neuen Spaltungslinie auf der zweiten, das heißt kulturellen Dimension der Politik postuliert. Es geht vielmehr um die Ausbildung einer neuen Hauptachse des politischen Konflikts, und hier

sind das Ökonomische und das Nicht-Ökonomische gleichzeitig in den Blick zu nehmen und, damit zusammenhängend, die *doppelte Transformation*, der beide Dimensionen unterliegen.

Zudem haben wir es grundsätzlich mit einem Prozess der ‹Rückabwicklung› zu tun: und zwar jener Entwicklung, die historisch überhaupt für die Ausbildung eines Systems politischer Konfliktlinien in den nationalen Parteiensystemen verantwortlich gewesen war, mit einer Rückabwicklung der ‹national revolution›, sprich mit einer ‹de-national revolution›. Damit sind dann aber, wie zu zeigen sein wird, eine andere Dynamik und ein anderes Konfliktpotenzial verbunden (siehe unten, Kapitel 3 und 4).

Es ergibt sich nun aber noch in einer weiteren Hinsicht eine Folgerung aus dem grundlegenden Zusammenhang von nationalem politischen Raum und supranationalem Projekt, wie er in Abbildung 1 dargestellt ist.

(2) Abzulesen ist aus dieser Abbildung ebenfalls, dass über das europäische Einigungsprojekt *im etablierten Parteienspektrum* kein Parteienwettbewerb stattfindet, kein Wettbewerb stattfinden kann – weil sich in dieser Hinsicht die ‹mittigen› Parteien gar nicht programmatisch unterscheiden. Ein Fehlen von Wettbewerb in einer sehr bedeutsamen und immer bedeutsamer werdenden Politikdimension ist ein für eine Demokratie bereits fundamental problematischer Umstand (‹die Auflösung der Demokratie im Liberalismus›; siehe oben). Ganz grundsätzlich ist der politische Wechsel bzw. die Möglichkeit zu ihm *der* basale demokratische Legitimationsmechanismus (Manin, 1997; Mansbridge, 2003): Heute regiert eine Partei, morgen möglicherweise eine andere. Diese Möglichkeit zeitigt schon für sich, nur als abstraktes Formprinzip der Demokratie, Effekte von erheblicher Bedeutung, etwa den der nachhaltigen Beschränkung von Machtmissbrauch. Denn wer sich an der Macht befindet, lernt oft die Macht und die Vorteile, die mit ihr verbunden sind, kennen und schätzen, und

entwickelt hieraus ein besonderes Interesse, an der Macht bleiben zu wollen.

Die prinzipielle Möglichkeit zur demokratischen Abwahl lenkt die Interessen am Machterhalt im Idealfall in eine ‹gemeinwohlförderliche› Richtung. Wollen die Mächtigen auf *regulärem Weg* mächtig bleiben – also nicht durch eine irreguläre Machtergreifung, einen *power grab*, der mit seinen eigenen, erheblichen Risiken verbunden wäre, nämlich letztlich mit einem Zustand allgemeiner Gewalt (Przeworski, 2005) –, müssen sie auf ihre Wiederwahl hinarbeiten. Und dafür müssen sie sich an dem orientieren, was Mehrheiten wollen. Natürlich ist immer mit Machtmissbrauch zu rechnen – auch Politiker mögen sich denken: *competition is for losers* (Peter Thiel). Aber dem würde im Regelfall das Interesse der Wähler am Erhalt ihres zentralen Sanktionierungs- und Kontrollinstruments entgegenstehen: freien Wahlen als genau dem Mittel, mit dem sie den Machtwillen der Herrschenden effektiv auf das eigene Interesse verpflichten können.<sup>7</sup> Doch um diese etwas grundlegenden demokratiethoretischen Zusammenhänge soll es hier nicht in erster Linie gehen.

Von größerer Bedeutung für unseren Kontext ist, dass neben diesem allein in der Möglichkeit der Abwahl steckenden ‹macht-hygienischen Effekt› der Demokratie der sich dann von Zeit zu Zeit auch tatsächlich vollziehende Machtwechsel steht. Er sorgt im Regelfall dafür, dass sich inhaltlich etwas ändert, dass sich Politik ändert. Setzt sich beispielsweise nach einer Zeit sozialpolitischer Großzügigkeit der Eindruck fest – möglicherweise ausgelöst durch eine wirtschaftliche Rezession –, dass man es in der jüngsten Vergangenheit mit sozialstaatlicher Leistungsausweitung übertrieben hat, kann man eine Partei wählen, die schmerzhaft Reformen durchzuführen verspricht (und dann auch ihr Versprechen einlöst).<sup>8</sup> Oder: Hat sich in Phasen der Stagflation das keynesianische Versprechen, die Volkswirtschaft lasse sich entlang eines

Trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit makroökonomisch feinsteuern, als illusorisch erwiesen, dann kann eine neue Regierung mit der Hinwendung zu einer angebotsorientierten Politik möglicherweise die Lehre aus dem Scheitern des vorgängigen Politikansatzes ziehen. Oder zeigen sich immer deutlicher und für immer weitere Bevölkerungskreise spürbare negative Umweltfolgen einer ausschließlich an Wirtschaftswachstum orientierten Politik etablierter Parteien, können Wähler einer neuen grünen Partei ihre Stimme geben und darüber einen Wandel in der vorherrschenden Politik herbeiführen usw. usf. Und dieser Wandel von Politik, der auf wahrgenommene Defizite vorheriger Politik reagiert, stellt das dar, was man die Responsivität der Demokratie nennen kann. Zeigt sich das politische System aber als responsiv, fördert das die Demokratiezufriedenheit. Wähler bekommen den zutreffenden Eindruck, dass die Wahl ein effektives Mittel der Interessendurchsetzung und gesellschaftlichen Fehlerkorrektur ist.

In Fragen der europäischen Integration ist das nun – zumindest in Hinblick auf den Wettbewerb *unter den etablierten Parteien* – ausgeschlossen (wir werden erneut auf einen möglichen Grund für die gegenwärtige Polarisierung verwiesen). Unabhängig davon, ob Wahlen eine Mitte-Links- oder eine Mitte-Rechts-Regierung an die Macht bringen, in Bezug auf Europa bekommen Wähler und Wählerinnen immer weitestgehend das Gleiche: eine pro-europäische Politik und dabei eine, wie sich empirisch zeigen lässt, die systematisch und immer nur in eine Richtung von dem abweicht, was die Bevölkerung europapolitisch ‹im Durchschnitt›, also in ihrer Mehrheit, will (vgl. etwa Hobolt, Spoon und Tilley, 2008). Ein über den demokratischen Wahlmechanismus funktionierendes europapolitisches Lernen kann nicht, oder nur höchst eingeschränkt, stattfinden.<sup>9</sup> Die diesbezüglich fehlende Responsivität des etablierten Parteienspektrums ist natürlich auch ein

Reflex der Tatsache, dass sich aus diesem mittigen Spektrum im Regelfall die Regierungsparteien rekrutieren – Regierungen in Mitgliedsländern der Europäischen Union sind aber durch die EU-Mitgliedschaft an einen weitgehend konstitutionalisierten Integrationsprozess gebunden (Mair, 2009), auf ihn inhaltlich verpflichtet und durch ihn rechtlich in ihrem Handeln stark eingegrenzt. In der Abwägung zwischen entweder *«responsible»*, also dem engen Rechtsrahmen des Europarechts verpflichtet, oder aber *«responsive»* beziehungsweise *«representative»*, also den Wählern verpflichtet, ihre Präferenzen abbildend (Mair, 2009), sind Regierungen immer häufiger gezwungen, ersterem den Vorrang vor letzterem zu geben.

Wenn die europapolitische Dimension aufgrund einer stetig fortschreitenden Integration an Bedeutung gewinnt, die etablierten Parteien aber hinsichtlich der unvermeidbar mit einer solchen grundlegenden Entwicklung verbundenen Vorteile und Nachteile, Nutzen und Kosten, nicht in der Lage sind, die entsprechenden Interessenlagen über den Parteienwettbewerb abzubilden und zwischen ihnen zu vermitteln, mag das wiederum dazu führen, dass sich Wähler und Wählerinnen von ihnen abwenden. Es ist dann zu erwarten, dass sie ab einem gewissen Punkt ihre Stimme entlang einer neuen Dimension vergeben, nicht mehr entlang der etablierten Links-Rechts-Dimension, die – wie wir gesehen haben – in Hinsicht auf den supranationalen Prozess eine in sich widersprüchliche, inkonsistente Positionierung mit sich bringt, sondern dann eben entlang der Zustimmung zu oder der Ablehnung dieses Prozesses selbst. Damit verbunden sind dann einerseits Prozesse der Auflösung von Wählerbindung und der Bildung neuer (vgl. nun Davies, 2026). Aber das eröffnet auch die Möglichkeit eines sprunghaften Wandels des *«europapolitischen Gleichgewichts»* in einem Parteiensystem: von zuvor zentristisch-integrationsfreundlich zu exzentrisch-integrations skeptisch (in

einer Entwicklungsdynamik, die der eines sogenannten *punctuated equilibrium* entspricht und nicht dem eines kontinuierlichen Wandels).

Dieser hier vielleicht etwas abstrakt erscheinende Zusammenhang lässt sich kurz exemplarisch verdeutlichen. Nehmen wir den kürzlich vollzogenen Regierungswechsel von der Ampel-Koalition hin zur schwarz-roten Koalition nach der Bundestagswahl im Februar 2025. Es ist möglich, für den Bundestag so etwas wie sein ‹gewichtetes europapolitisches Mittel› zu berechnen. Hierzu können wir die europapolitischen Positionen der Parteien (die wir, wie eben, den CHES-Daten entnehmen können) mit ihren Sitzanteilen multiplizieren (‹gewichten›) und dann diese gewichteten Positionen addieren (Gross und Sigelman, 1984). Mit demselben Vorgehen lässt sich auch das gewichtete Mittel der Europazustimmung der jeweiligen Bundesregierung berechnen (hier ist die Referenzgröße für die Berechnung der ‹Sitzanteile› nicht der gesamte Bundestag, sondern es sind die *auf die Regierungsparteien entfallenden* Bundestagssitze). Beide Größen lassen sich nun im Wechsel vom 20. zum 21. Deutschen Bundestags miteinander vergleichen (siehe Abbildung 3).

Es zeigt sich, dass der 21. Deutsche Bundestag im Vergleich zu seinem Vorgänger leicht EU-skeptischer geworden ist. Folglich hat sich das ‹europapolitische Mittel› auf der Skala von 0 bis 10 leicht nach links verschoben. Das ist insbesondere auf das gute Abschneiden der AfD bei den Wahlen vom 21. Februar 2025 zurückzuführen. Das europapolitische Mittel des Parlaments ist in Abbildung 3 durch die durchgezogene vertikale Linie in der Mitte einer Normalverteilung markiert (voraussetzend, dass die europapolitischen Präferenzen der Abgeordneten (wie auch der Wähler) einer Normalverteilung folgen). Dieses Mittel verschiebt sich nach dem Februar 2025 leicht von etwa 5,7 auf knapp über 5. Die europapolitische Position der Regierung hingegen, auch wenn sich deren

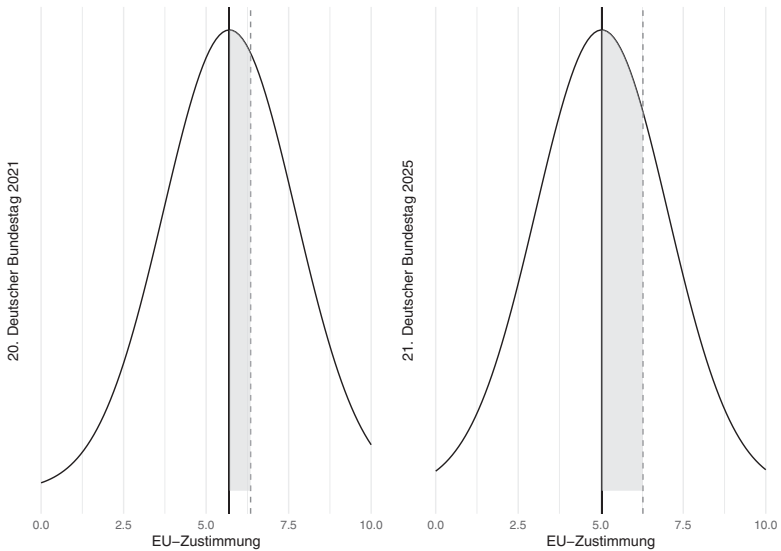


Abbildung 3: ‹gewichtetes europapolitisches Mittel› von Bundestag und Bundesregierung (eigene Berechnung auf Basis der Sitzanteile und der europapolitischen Positionierung der im Bundestag vertretenen Parteien, 20. und 21. Deutscher Bundestag; rote gestrichelte Linie: europapolitische Position der Regierung; schwarze durchgezogene Linie: europapolitische Position des Durchschnitts-MdB)

generelle politische Ausrichtung durch den Wechsel von der Ampel-Regierung zur schwarz-roten Koalition recht grundlegend verändert hat, ist in der europapolitischen Dimension nahezu unverändert geblieben, sie ist sogar etwas integrationsfreundlicher geworden. Der Abstand zwischen beiden gewichteten Mittel hat sich damit vergrößert.

Es ist plausibel, in diesem Auseinanderdriften ebenfalls einen möglichen Faktor unserer gegenwärtigen Polarisierung zu erkennen, der üblicherweise als ‹schrumpfende Mitte› bei ‹wachsenden Rändern› beschrieben wird – ohne zu erkennen, dass diese Mitte in einer wichtigen und immer wichtiger werdenden Politikdimen-

sion alles andere als mittig positioniert ist. Es ergeben sich offenkundige Probleme demokratischer Repräsentation, wenn eine auf der Links-Rechts-Dimension *zentristische* Position sich zugleich in einer anderen Dimension als *exzentrisch* erweist, während diese zweite Dimension stetig an Bedeutung gewinnt, das Zentrum sich aber nicht bewegt bzw. sich angesichts des – notwendigerweise – konstitutionell festgeschriebenen suprastaatlichen Status quo auch gar nicht bewegen kann. Und diese Probleme verschärfen sich, wie wir sehen werden, wenn sich dieser Zusammenhang auf europäischer Ebene wiederholt (siehe Kapitel 5). Das ist übrigens ein in der umfangreichen Debatte über das Demokratiedefizit der EU regelmäßig übersehener Punkt. Wenn auf ihre indirekte demokratische Legitimation über die ja demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedsländer verwiesen wird, ist nicht berücksichtigt, dass der politische Wettbewerb über Europa national gar nicht stattfindet (zumindest unter den etablierten Parteien nicht).

Schließlich lohnt die genauere Betrachtung des Zusammenhangs von nationalem Parteienwettbewerb und supranationalem Integrationsprojekt, wie er sich in Abbildung 1 exemplarisch zeigt, auch noch in einer dritten Hinsicht. Denn die Bedeutung, die in der Literatur zu den neuen transnationalen Spaltungslinien dem zunehmend konfliktbehafteten Zusammenhang zwischen nationalem politischen Raum und supranationalem Projekt zugewiesen wird und der daher auch im Mittelpunkt dieses Buches steht, findet sich in eigentümlichem Widerspruch zu den Befunden der Literatur zu den Europawahlen. In Kapitel 5 soll es daher darum gehen, diesen Widerspruch aufzulösen. Worin besteht er?

(3) Wenn das supranationale Projekt vor dem Dilemma steht, dass es auf nationaler Ebene nicht adäquat durch den Parteienwettbewerb ›bewirtschaftet‹ werden kann, zumindest nicht durch den Parteienwettbewerb zwischen *etablierten Parteien*, ließe sich erwarten, dass zumindest die Wahlen zum Europaparlament es

den Bürgern der EU erlauben, ihren europapolitischen Präferenzen Ausdruck zu verleihen. Dazu müsste umso mehr Anreiz bestehen, je weniger responsiv und repräsentativ sich die nationale Ebene in dieser Hinsicht zeigt. Die Repräsentationslücke auf nationaler Ebene ließe sich somit – zumindest teilweise – europäisch schließen. Das wäre zugleich, so könnte man denken, auch angemessen: In Europawahlen sollte es ja schließlich um Europa gehen.

Allerdings meint eine in sich weitgehend gefestigte und empirisch sehr systematisch argumentierende Literatur genau hierfür keinerlei Evidenz finden zu können. Die Forschung wird seit den ersten direkten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 nicht müde zu betonen, dass Europawahlen *keine* europäischen, sondern nationale Wahlen sind, wenngleich solche ‹zweiter Ordnung› (Reif und Schmitt, 1980; Reif, 1997; Marsh, 1998, 2005; Carubba und Timpone, 2005; Schmitt, 2005; Koepke und Ringe, 2006; Ehin und Talving, 2021; Hix und Cunningham, 2025).

Die Qualifizierung als ‹nationale Wahlen zweiter Ordnung› (‹second order national elections›, kurz: Second-Order-Elections-These [SOE]) meint in diesem Zusammenhang, dass Europawahlen ganz vorherrschend von nationalen Themen und Dynamiken geprägt sind. Was sie von anderen nationalen Wahlen unterscheidet, sei einzig darauf zurückzuführen, dass es ihnen *nicht* um die Klärung der wichtigen Frage gehe, wer die nächsten vier oder fünf Jahre in einem Land regieren soll, weswegen sie ‹nachrangig›, sprich: von geringerem politischen Gewicht seien. Wenn wir also, so die übereinstimmende Position dieser Literatur, Abweichungen zwischen nationalen und Europa-Wahlen feststellen können – und wir können systematische Abweichungen in signifikanter Größenordnung feststellen –, dann wären diese dadurch zu erklären, dass die Wahlen zum Europaparlament für Wähler eine geringere Bedeutung hätten, *nicht* etwa dadurch, dass in ih-

nen etwa andere Themen, möglicherweise europäische statt nationale, für den Wahlentscheid eine Rolle spielten.

Zu diesen systematisch beobachtbaren Abweichungen gehört in dieser Perspektive zuallererst die geringere Wahlbeteiligung bei Europawahlen, die eben Ausdruck ihrer nachrangigen Bedeutung sei. Aus dieser geringeren Wahlbeteiligung werden dann alle weiteren beobachtbaren Abweichungen von Europawahlen im Vergleich zu nationalen Wahlen stringent abgeleitet: etwa, dass die in den jeweiligen Ländern in Regierungsverantwortung stehenden Parteien in Europawahlen regelmäßig ‹abgestraft› würden, während zugleich kleinere, oppositionelle und politisch weniger mittig positionierte Parteien in Europawahlen regelmäßig besser abschneiden etc. Das wäre dadurch zu erklären, dass eine geringere Wahlbeteiligung sich bei Regierungs- und Oppositionsparteien unterschiedlich niederschlägt: Regieren geht regelmäßig auf Kosten der Popularität (‹costs of governing›), d. h., Regierungsparteien machen Fehler, müssen Kompromisse schließen, sind zu unpopulären Maßnahmen gezwungen – alles, wovon Oppositionsparteien nicht gleichermaßen betroffen sind. Die niedrigere Wahlbeteiligung wirkt sich also unterschiedlich auf Parteien in der Regierung und Parteien in der Opposition aus. So ist sich die entsprechende Literatur weitgehend einig, dass die beobachtbaren Muster uns darauf verweisen, dass Europawahlen als *nationale* Protest- oder Barometerwahlen zu verstehen sind, als eine Gelegenheit der Abstrafung nationaler Regierungen, nicht aber als Ausdruck europapolitischer Präferenzen der Wähler und Wählerinnen.

Dass sich nun aber von Europawahl zu Europawahl die These von ihrem ‹in Wirklichkeit› *nationalen* Charakter immer wieder zu bestätigen scheint, ist angesichts der seit mehr als vier Jahrzehnten zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union, des seit den 1990er Jahren enorm intensivierten Prozesses der *ever closer union*, ein insgesamt überraschender und irritierender Be-

fund. Er steht auch in offensichtlichem Kontrast zur These vom Aufstieg *einer* neuen transnationalen Spaltungslinie, der ja nun gerade damit begründet wird, dass das ‹Transnationale› – und in Europa ist das die EU – eine immer größere Bedeutung erlangt habe, in immer stärkerem Maße auf die konkreten Lebensumstände von Europas Bürgern Auswirkungen zeitige und somit zunehmend die politischen Konfliktlagen bestimme. Und nicht anders verhält es sich mit der hier alternativ vorgeschlagenen These von der doppelten Transformation sowohl unserer gesellschaftspolitischen als auch unserer verteilungspolitischen Konflikte. Auch diese Sicht beruft sich ja zentral auf einen Prozess der beständigen Gewichtsverschiebung in vielen wichtigen Politikbereichen weg vom Nationalen und hin zum Supranationalen. Ausgerechnet in den Europawahlen soll das nun allerdings bislang keinen Niederschlag gefunden haben? Dieser offenkundige Widerspruch macht eine nähere Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur und ihren Befunden notwendig. Kapitel 5 unterzieht sie einer Kritik und kommt in einer eigenen, alternativen empirischen Auswertung der Europawahlergebnisse der letzten dreißig Jahre – auch unter Betrachtung der im gleichen Zeitraum sich ergebenden Änderungen der nationalen Wahlen – zu anderen Schlüssen.

Im Vorgriff darauf können wir hier aber durch eine erneute Betrachtung des in Abbildung 1 bereits beleuchteten grundsätzlichen Zusammenhangs zwischen der Links-Rechts-Dimension und der Zustimmung zur oder Ablehnung der EU wenigstens kurz andeuten, wo – hauptsächlich, aber nicht ausschließlich – die Problematik der betreffenden Literatur und ihrer Deutung ihrer empirischen Befunde liegen könnte. Abbildung 4 berichtet unter Verwendung der identischen Daten ein weiteres Mal den schon in Abbildung 1 dargestellten Zusammenhang, gibt aber nun eine Zusatzinformation. Die Abbildung 4 differenziert zusätzlich da-

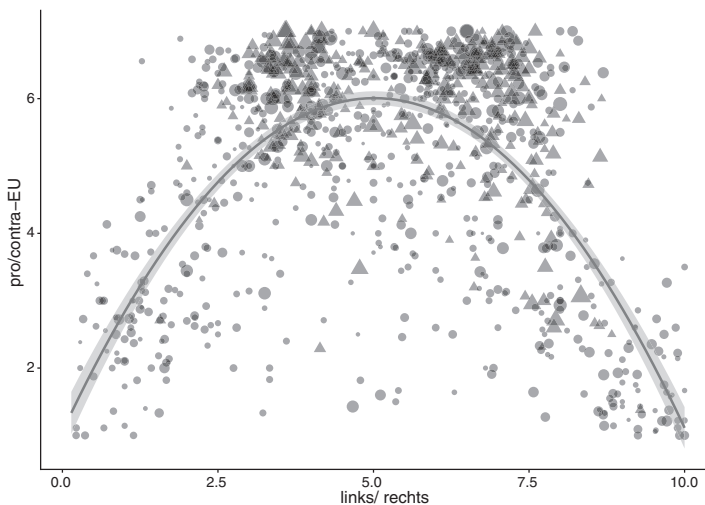


Abbildung 4: Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Positionierung von Parteien (X-Achse) und ihrer Zustimmung zur EU (Y-Achse), differenziert nach Regierungsstatus (Dreieck = Regierungspartei; Punkt = Oppositionspartei; eigene Darstellung auf der Basis der CHES-Daten)

nach, ob die Parteien sich an der Regierung befinden (Dreieck) oder in der Opposition (Punkt).

Mit dieser Zusatzinformation versehen, lässt sich aus Abbildung 4 eine weitere wichtige Einsicht gewinnen. Es verteilt sich nicht nur auf der Links-Rechts-Dimension die Zustimmung zu oder Ablehnung von Europa ganz uneinheitlich. Da die Wahrscheinlichkeit, Regierungsmacht zu erlangen, ebenfalls uneinheitlich über das Links-Rechts-Spektrum variiert, in der Mitte höher ist als an den Rändern, unterscheiden sich auch Regierungs- und Oppositionsparteien in dieser Hinsicht. Parteien in der Opposition sind systematisch integrations skeptischer als Parteien an der Macht. Abbildung 3 hatte das auch bereits exemplarisch für den deutschen Fall dargestellt.

Nun ergibt sich daraus eine unmittelbare Konsequenz für die

gängige Einordnung von Europawahlen. Die einschlägige Forschungsliteratur kommt zwar immer wieder zu dem Schluss, dass Europawahlen nationale Protestwahlen seien, in denen Regierungsparteien ‹abgestraft› würden, während kleine, oppositionelle und weniger mittig positionierte Parteien im Vergleich zu den vorherigen nationalen Wahlen Stimmenzugewinne verzeichnen könnten. Doch wenn der Regierungsstatus einer Partei mit ihrer europapolitischen Positionierung korreliert, ist diese Interpretation weniger eindeutig. Denn der – empirisch ganz unstrittige – Befund sagt ja noch nichts darüber aus, ob Regierungsparteien aufgrund ihrer ‹heimischen Performanz› in Europawahlen abgestraft werden oder aufgrund ihrer europapolitischen Position – wobei mit zunehmender Dauer unklar wird, wie denn das eine von dem anderen überhaupt sinnvoll zu trennen wäre. Als Beispiel: Gerät eine Regierung – etwa wegen hoher Migrationszahlen – in die Kritik, ist das dann ein ‹innenpolitisches› oder nicht mittlerweile längst ein ‹europapolitisches› Thema? Das führt zu einem weiteren Problem: Die einschlägige Literatur hat ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Frage gerichtet, ob nicht Anzeichen für eine Europäisierung der Europawahlen auszumachen sind (und das von Wahl zu Wahl immer wieder verneint), ohne sich die Frage zu stellen, inwieweit sich die nationalen Parteiensysteme nicht mittlerweile selbst europäisiert haben, weil sie sich eben zunehmend nach Offenheit oder Geschlossenheit sortieren.

Insofern muss überraschen, wie umstandslos die entsprechende Literatur die recht stabilen empirischen Befunde – Stimmenverluste großer, zentristischer Regierungsparteien und Stimmengewinne kleinerer, weniger mittig positionierter Oppositionsparteien – als Bestätigung der These von den Europawahlen als ‹nachrangigen *nationalen* Wahlen› werten. Dabei handelt es sich doch um einen klassischen Fall von ‹Überdeterminierung›, also einen

Befund, der mit alternativen Deutungen, und hier auch genau entgegengesetzten Deutungen, kompatibel ist. Kapitel 5 nähert sich der Frage, was uns helfen könnte, zwischen ihnen – Europawahlen als nationale oder aber als europäische Protestwahlen – zu entscheiden, was auch die Möglichkeit einschließt, dass beide Erklärungen jeweils ‹zu ihrer Zeit› wahr (gewesen) sind: Möglicherweise überdeckt die Konstanz der Befunde den Wandel ihrer Ursachen, wenn sich Europawahlen im Laufe der Zeit von nationalen zu europäischen Protestwahlen entwickelt haben, parallel zum Anwachsen der Bedeutung des Integrationsprozesses für die Gesellschaften in der EU selbst.

Von diesen Überlegungen aus kann nun die weitere Argumentation des Buches entwickelt werden. Wie bereits kurz einleitend skizziert, stellen die Kapitel 3 und 4 Krise und Neuformierung der politischen Konfliktlinien in den Mittelpunkt. Zentral wird in diesen beiden Kapiteln die Hypothese entwickelt und zu begründen versucht, dass die bisherige Deutung unserer Konfliktlage als geprägt von *einer* neuen, transnationalen Spaltungslinie eine nur unzureichende Erklärung unserer politischen Lage liefert. Alternativ hierzu entwickelt Kapitel 4 in seinem zweiten Abschnitt die These der Dekonsolidierung derjenigen Ebene, auf der bislang die Spaltungsstrukturen überhaupt sinnhaft verortet waren, der nationalstaatlichen, und entwickelt zugleich das Argument von der doppelten Transformation der sozio-kulturellen wie der sozio-ökonomischen Konfliktdimension zwischen ‹Offenheit und Geschlossenheit›. Kapitel 5 nimmt sodann die aus der Dekonsolidierung des Nationalstaats folgende Entwicklungsdynamik in den Blick: die zunehmende Bedeutung der Unterstützung oder Gegnerschaft zum Integrationsprojekt sowie die damit einhergehende Europäisierung der Europawahlen. Es geht hier um die Kritik der einschlägigen Literatur und um den Nachweis, dass die These von den *second order national elections* bislang Schlussfol-

gerungen aus ihren Befunden gezogen hat, die die Befunde selbst nicht decken.

Doch in den nächsten zwei Kapiteln stehen zunächst eine Rekonstruktion der vorherrschenden Deutung unserer neuen politischen Konfliktlage und ihre Kritik im Mittelpunkt.

## 3. Spaltungen, alt und neu

### 3.1 Rinks und Lechts

«Man denkt nicht gerne über das nach, was einem das Denken erst ermöglicht.» (Marcel Gauchet, *La Droite et la Gauche*, S. 15, [2021])<sup>1</sup>

Im Zusammenhang mit dem im vorangehenden Kapitel bereits dargestellten politischen Raum Europas, so eine der zentralen Thesen dieses Buchs, ist die besondere programmatische Positionierung der populistischen Parteien zu verstehen. Denn die (vor allem rechts-)populistischen Parteien, von denen es heißt, sie bedrohten die liberale Demokratie, zeigen sich zunehmend als programmatisch ungewöhnliche Gebilde. Sie repräsentieren eine im Vergleich mit den etablierten Parteien neuartige Verbindung aus ideologischen Positionen: Die meisten von ihnen kombinieren mittlerweile ihre bekannten, gesellschaftspolitisch prononciert rechten mit wirtschafts- und sozialpolitisch eher linken Positionen.<sup>2</sup> Und diese Verbindung, so die Vermutung, hat wiederum viel mit der Strukturierung des politischen Raums zu tun, die sich ergibt, wenn Politik aus dem nationalstaatlichen Rahmen heraustritt.

Die populistischen Parteien durchbrechen damit ein vertrautes Muster, das für lange Zeit das zumindest in Westeuropa vorherrschende Verständnis des politischen Raums prägte. Dieser schien wesentlich in zwei Dimensionen aufgespannt: einer verteilungspolitischen (‘materialistischen’ oder ‘ökonomischen’) und einer gesellschaftspolitischen (‘kulturellen’) Dimension – Erstere, wenn

man so will, verlaufend zwischen den Polen ‹Gleichheit› und ‹(ökonomische) Freiheit›, Zweitere zwischen den Polen ‹(subjektive) Freiheit› und ‹Sicherheit› und damit, was für das hier entwickelte Argument noch von Bedeutung sein wird, auch jeweils zwischen einem ‹kollektivistischen› und einem ‹individualistischen› Pol. Wenn Parteien in diesem Raum auf einer der Dimensionen rechts oder links verortet waren, waren sie es im Regelfall auch auf der anderen. Konservative Parteien kombinierten eine eher marktfreundliche und umverteilungsskeptische Politik mit der Betonung von *law and order*, von traditionellen Familienwerten – und so weiter. Linke Parteien verbanden die Befürwortung von mehr Umverteilung, höheren (Einkommens-)Steuern und mehr sozialem Schutz mit eher libertären Positionen oder post-materialistischen Werten in Fragen der sexuellen Orientierung, des Abtreibungsrechts, in der Betonung individueller Schutzrechte gegenüber staatlichen Sicherheitsinteressen – und so weiter. Durch diese ‹Kongruenz› auf den beiden Dimensionen konnte überhaupt die abstrakte Redeweise von rechts und links eine Art übergeordnete politische Orientierungsfunktion erfüllen und den Anspruch erheben, die Hauptachse des politischen Konflikts abzubilden.<sup>3</sup>

Doch von diesem Muster scheinen die neuen Parteien mehr und mehr abzuweichen. Denn die populistischen Parteien, die anfänglich – mitunter sehr dezidiert – liberale wirtschaftspolitische Positionen vertreten hatten (einige waren sogar, wie Fidesz, zunächst ausgesprochen EU-freundlich), haben in ihrer Mehrzahl einen programmatischen Wandlungsprozess durchlaufen, der sie im Zeitverlauf sozial- und wirtschaftspolitisch linker werden ließ. Sie treten nun für ein Mehr an Umverteilung und sozialen Schutz, für die Bewahrung des nationalen Wohlfahrtsstaats ein, und sie orientieren sich wirtschaftspolitisch eher protektionistisch – in Kombination mit den bekannten gesellschaftspolitisch rechten Positionen: Ablehnung von Migration<sup>4</sup> (‹Verteidigung des euro-

päischen Abendlandes gegen eine muslimische Invasion»), «christliche Familienwerte» gegen LGBTQ+, gegen «Genderwahn», für nationale Schließung statt kosmopolitischer Öffnung.

Während die gesellschaftspolitisch rechte Positionierung dieser neuen populistischen Parteien unumstritten ist, ist ihre Einordnung als in Verteilungsfragen mittlerweile eher links weiterhin sehr kontrovers. Das ist wenig überraschend im Kontext der politischen Konkurrenzverhältnisse, in denen es intensiv darum geht und gehen muss, wem entsprechende Label «gehören». Es ist auch verständlich vor dem Hintergrund der ursprünglich tatsächlich oft wirtschaftsliberalen Verortung vieler populistischer Parteien, von Fidesz über die PVV bis zur AfD (und der immer noch ausgeprägt wirtschaftsliberalen Position der schweizerischen SVP). Und wenn man ein besonders prominentes Beispiel aufrufen will, dann erscheint die Politik der gegenwärtigen Trump-Administration zwar einerseits protektionistisch «im Dienste der amerikanischen Arbeiter» («*tariffs, tariffs, tariffs*»), aber andererseits auch ultra-libertär (DOGE) oder schlicht nur als steuerpolitischer Lieferservice für Einkommenseliten («*the one big beautiful bill*). Eine eindeutige Einordnung dieser Gemengelage als verteilungspolitisch links würde schwerfallen – und mit prominentem Verweis auf Trump wird ja nun auch gerade die genau entgegengesetzte These vom autoritären Neoliberalismus zu formulieren versucht (Slobodian, 2025).<sup>5</sup> Schließlich erklären sich Widerstände gegen die Klassifizierung der Rechtspopulisten als zunehmend verteilungspolitisch links auch dadurch, dass sich auf diese Weise unsere etablierten, vertrauten Beobachtungskategorien und -schemata in Frage gestellt sehen. Dennoch ist diese programmatische Entwicklung auf der Ebene einzelner Parteien immer wieder und auch schon seit geraumer Zeit beobachtet worden<sup>6</sup> – vor allem wenn wir uns hier auf die europäischen Rechtspopulisten konzentrieren.

Die AfD hat diesen Prozess – vielleicht ihrem im europäischen Vergleich relativ späten Erscheinen geschuldet – gleichsam im Schnelldurchlauf vollzogen. Zu Beginn war sie eine ordoliberalen Professorenpartei der Luckes, Starbattys, Henkels, Meuthens etc., 2010 ff. mobilisiert durch die Euro-Krise, getrieben von der Empörung über den faktischen Bruch der No-Bailout-Klausel des Maastricht-Vertrags und von der Sorge vor einem Europa als Schulden-Haftungsgemeinschaft. In dieser Phase war die sozialpolitische Programmatik der Partei entsprechend deutlich neoliberal (präziser: ordoliberal, was nicht dasselbe ist) geprägt. Der Konflikt zwischen dieser älteren, ordoliberalen und ‹gut- und wutbürgerlichen› West-AfD und der neuen, radikaleren, völkischen und teils proletarischeren, teils kleinbürgerlichen Ost-AfD ist dann an der Formulierung einer Rentenkonzeption 2020 offen ausgebrochen. Und nach dem Parteiaustritt des ganz überwiegenden Teils des ordoliberalen Flügels wird immer offenkundiger, dass damit auch eine andere wirtschafts- und sozialpolitische Linie bei den Rechtspopulisten der Alternative für Deutschland zum Tragen kommt.<sup>7</sup>

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die AfD – im Schonraum der Fundamentalopposition – jedem alles versprechen kann, so dass die Anforderungen an programmatische Konsistenz und Kohärenz deutlich gesenkt sind. Und selbstverständlich ist – wie bei jeder Partei – auch bei der AfD die Interessenlage ihrer Wählerschaft nicht völlig homogen. So hat sich zwar auch das Elektorat der AfD seit 2013 substantiell geändert, es ist vor allem ‹proletarischer› geworden, aber es findet sich in ihren Reihen auch eine deutlich umverteilungsskeptischere Handwerker- und Selbstständigen-Fraktion (siehe hierzu jetzt Haffert, 2026). Insofern wäre es sicher unangemessen, der Partei nun insgesamt und ohne Einschränkung eine Pro-Wohlfahrtsstaats-Position zuschreiben zu wollen. Nichtsdestotrotz ist immer deutlicher geworden, dass sie als verteilungspolitisch rechts (also neoliberal) fehlkategorisiert

ist. Nicht zuletzt muss man diesen Schluss dann ziehen, wenn man – anders als es die Literatur fast durchgängig tut – die von der Migration aufgeworfenen verteilungspolitischen Fragen nicht ignoriert (s. u. Abbildungen 9 und 10 mit einer vergleichenden Einordnung).

Was die sozial- und wirtschaftspolitische Dimension dieses schnellen Wandlungsprozesses der AfD (von Lucke zu Höcke) anbetrifft, so ist dieser nun aber kein bundesdeutscher Sonderweg. Ihn hatten zuvor schon viele andere rechtspopulistische Parteien in Europa in ähnlicher Weise durchlaufen – ob Orbans Fidesz, Gert Wilders' PVV, Berlusconi's Forza oder das französische Rassemblement National der Marine Le Pen (als Fortentwicklung des Front National ihres Vaters Jean-Marie). Viele dieser Parteien waren zunächst wirtschaftspolitisch liberal gestartet. In den 1990er Jahren schien das Beobachtern noch als die neue (winning formula) in einer Koalitionsbildung aus absteigendem Kleinbürgertum und sich zu den Verlierern der Globalisierung rechnenden Arbeitern (Kitschelt und McGann, 1995). Auch später wurde die Neue Rechte auf der ökonomischen Dimension noch gerne als neo-liberal, die Neue Linke hingegen als ökonomisch protektionistisch eingestuft (Kriesi u. a., 2008: 15, Schaubild 1.1), und bis in die Gegenwart finden sich in der Literatur entsprechende Einschätzungen über die (markt- oder neoliberale) wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der Rechtspopulisten (Zürn, 2020, S. 166; siehe etwa Bornschieer u. a., 2024, S. 23, «economically conservative»; ebenso Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 47, Figure 1.5).

Genau das traf aber immer weniger zu. Die Rechtspopulisten sind im Laufe der Zeit *in dieser Dimension* deutlich nach links gerückt. Einige Beispiele: Das Rassemblement National solidarierte sich mit dem Streik der französischen Eisenbahner und lehnte Macrons Rentenreform ab (Ivaldi, 2015), forderte stattdessen, das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre zu senken und die von

der Parti Socialiste initiierte Arbeitsreform von 2016 rückabzuwickeln (Ivaldi, 2019: 31–32). Die Schwedendemokraten wollen den generösen schwedischen Wohlfahrtsstaat vor starker Immigration schützen (Dal Bó *u. a.*, 2018) – und in gewisser Weise hat die dänische Sozialdemokratie diese Position übernommen, ist damit elektoral erfolgreich und hält die Rechtspopulisten unter Kontrolle. Genau diese Rechtspopulisten (die Dänische Volkspartei) stimmten *gegen* ein von der Koalition aus Sozialdemokratie, Grünen und Linksliberalen eingebrachtes Finanzausgleichsgesetz, das zum Ziel hatte, von reichen zu ärmeren Gemeinden umzuverteilen – aber nur, weil sie *ein Mehr* an Umverteilung zugunsten ärmerer Gemeinden erreichen wollten (Iversen, 2025, S. 18). Die PiS führte in Polen ein großzügiges Kindergeld ein und erhöhte während ihrer Regierungszeit von 2015 bis 2023 den Mindestlohn um mehr als 50 Prozent, Fidesz gerierte sich in Ungarn als Schutzpatronin der kleinen Halter von Fremdwährungskrediten vor Wechselkursrisiken und ‹ausländischen Banken›. Ohnehin kam Orbán in der Zeit der Weltfinanzkrise im Jahr 2010 an die Macht und profitiert von der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialdemokratischen Vorgängerregierung, und auch die PiS wurde 2015 aus Protest gegen die ausgesprochen liberale Wirtschaftspolitik der polnischen Bürgerplattform gewählt. Andere Beispiele könnte man hinzufügen. Der niederländische Koalitionsvertrag von 2024 mit Geert Wilders rechtspopulistischer PVV als stärkster Regierungspartei setzte eindeutige Akzente: sozialen Wohnungsbau erheblich ausweiten, Krankenkassenbeiträge deutlich senken, Migration stoppen.

Wie bereits erwähnt, gibt es natürlich auch Beispiele, die sich diesem Muster nicht zu fügen scheinen. Neben der *one big beautiful bill* von 2025 steht als prominentes, in der Debatte immer wieder angeführtes Beispiel aus der Zeit der ersten Amtszeit Trumps die damalige Steuerreform und die mit ihr erfolgte Sen-

kung der US-amerikanischen *corporate tax rate* mit einem Höchststeuersatz von 39 Prozent (aufsteigend von 15 Prozent) auf einen einheitlichen Steuertarif von 21 Prozent.<sup>8</sup> Aber selbst dieser Fall liegt aus verteilungspolitischer Perspektive dann doch weniger klar, als er zunächst erscheinen mag und er auch primär – zumindest in der deutschen Debatte – gedeutet wurde, nämlich als Beleg dafür, wie Trump seine Blue-Collar-Wähler erst durch das Bedienen aller möglichen, vor allem xenophobischer Ressentiments auf der kulturellen Ebene köderte, um sie dann auf der materiellen Ebene an die Vermögenden und das Großkapital zu verraten. Aus europäischer Perspektive, mit einer EU, die den Steuerunterbietungswettbewerb institutionalisiert und konstitutionalisiert hat und mit effektiven Unternehmenssteuersätzen von teilweise unter 1 Prozent aufwartet, fällt es schwer, die Senkung der im Vergleich dazu zuvor sehr hohen US-amerikanischen Steuersätze als blanken Neoliberalismus oder Liebedienerei gegenüber dem Kapital zu werten. Vor allem, da diese Senkung das Ziel hatte, die aufgrund des hohen Gefälles zu den europäischen Steuersätzen in Europa ‹geparkten› Unternehmensgewinne von Apple und Co. im Dienste von heimischem Wachstum und Vollbeschäftigung zu repatriieren, die Anreize für sogenannte *tax inversion* zu mindern.<sup>9</sup>

Hier muss und soll aber gar nicht das Argument gemacht werden, dass sich grundsätzlich und durchgehend in allen verteilungsrelevanten Politikbereichen die rechtspopulistischen Parteien nun konsistent links positionieren würden.<sup>10</sup> Eine solche These würde ohnehin verkennen, wie Politik sich gewöhnlicherweise in der Praxis vollzieht – nämlich widersprüchlich, als Kompromisshandeln, in der Unverantwortlichkeit der Opposition oft auch nur als wenig stringentes, rhetorisch dafür aber umso entschiedeneres ‹Wünsch-dir-was›. Zentral ist hier vielmehr, dass die Charakterisierung dieser neuen politischen Akteure als marktliberal fehl-

geht, und zwar in zunehmendem Maße, und dass damit zugleich der Wirtschaftsliberalismus des Status quo (etwa in der Europäischen Union) ausgeblendet wird, zusammen mit der «beunruhigende[n] Tatsache (...), dass die wirksamsten Befürworter von als neoliberal verstandenen Politiken in Westeuropa (und darüber hinaus) oft Eliten waren, die mit der Linken und Mitte-Links sympathisieren oder diese vertreten» (Mudge, 2008, S. 703, 723).

Die nachvollziehbare Debatte darüber, als wie links eine Umverteilungspolitik überhaupt gelten kann, die – Stichwort «Wohlfahrtsstaatschauvinismus» – «Autochthone» ein- und Migranten ausschließen will, sollte deswegen nicht die Einsicht darüber verstellen, dass man die sozialpolitische Programmatik der Rechtspopulisten zwar womöglich nicht als «wahrhaft» links bezeichnen will, sie sich aber eben auch *nicht* als rechts im Sinne von neoliberal charakterisieren lässt, wenn man gemäß der ökonomischen Links-Rechts-Unterscheidung standardmäßig die Frage nach «mehr Staat oder mehr Markt?» stellt. Hopkin und Blyth etwa sehen die *gegen* ein neoliberales Wachstumsmodell gerichtete Position als geradezu konstitutiv für linken *wie* rechten Populismus an: «Populismus stellt sich ... im Wirtschaftlichen im Gegensatz zum Liberalismus.» (Hopkin und Blyth, 2018, S. 208; siehe auch Hopkin, 2020)<sup>11</sup>

Mit einer stärker «proletarischen» Wählerschaft ist der ehemalige Neoliberalismus aus den Parteiprogrammen der Populisten weitgehend verschwunden und einer deutlich sozialstaatsfreundlicheren und protektionistischeren Agenda gewichen. Wir könnten diesen Prozess auch aus anderer Perspektive betrachten: Wenn der Befund mittlerweile weitgehend unstrittig ist, dass sich die Wählerschaft der rechtspopulistischen Parteien vornehmlich aus Gesellschaftsgruppen mit unterdurchschnittlichen Einkommen und niedrigeren Bildungsabschlüssen rekrutiert (eindeutige Befunde für Bildung bei Hooghe und Marks, 2025), dann müsste

die Behauptung, diese Parteien seien auf der verteilungspolitischen Dimension (weiterhin) als rechts einzuordnen, eine plausible Erklärung dafür anbieten, wie und warum sie die Interessen ihrer Wähler so systematisch ignorieren können oder auch nur wollen sollten – und damit ausgerechnet auch noch so außerordentlich erfolgreich sind.<sup>12</sup> Eine solche Erklärung wird aber nirgends geliefert (letztlich auch nicht in Geiselberger, 2026) – und es ist auch schwer zu erkennen, wie sie aussehen könnte (siehe hierzu die Diskussion in Kapitel 4).<sup>13</sup>

Ungewöhnlich und neu, so muss man allerdings hinzufügen, erscheint diese Kombination wirtschaftspolitisch linker und gesellschaftspolitisch rechter Positionen vor allem aus westeuropäischer Perspektive. Denn in den Transformationsländern Ost-Mitteleuropas trat eine solche ideologische Kreuzung bereits früher auf (vgl. Hooghe *u. a.*, 2002; Marks *u. a.*, 2006; Stanley, 2017, S. 153) – und dies nicht unbedingt nur in dem Sinne, dass hier rechte Parteien sich zugleich umverteilungsfreundlich und protektionistisch zeigten, sondern auch in dem Sinne, dass linke Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen ein sozialkonservativeres Profil aufwiesen. Dass die polnische PiS das unter ihrer (eher ländlichen) Wahlklientel ungemein populäre 500-Złoty-Kindergeld einführte und in ihrer Regierungszeit den Mindestlohn erheblich erhöhte, ist das eine. Die ablehnende Haltung etwa der rumänischen Sozialdemokratie zur gleichgeschlechtlichen Ehe ist das andere (vgl. Stanley, 2017, S. 154).<sup>14</sup>

Die markanten Unterschiede zwischen Ost und West in der grundsätzlichen Ausrichtung des politischen Raums lassen sich mit Daten der letzten Welle des Chapel Hill Expert Survey (CHES; Jolly *u. a.*, 2022) gut veranschaulichen (siehe Abbildung 5). Auf der X-Achse von Abbildung 5 ist die Positionierung von Parteien auf einer sozio-ökonomischen Position, auf der Y-Achse die auf einer sozio-kulturellen Dimension abgetragen, jeweils auf der Ba-

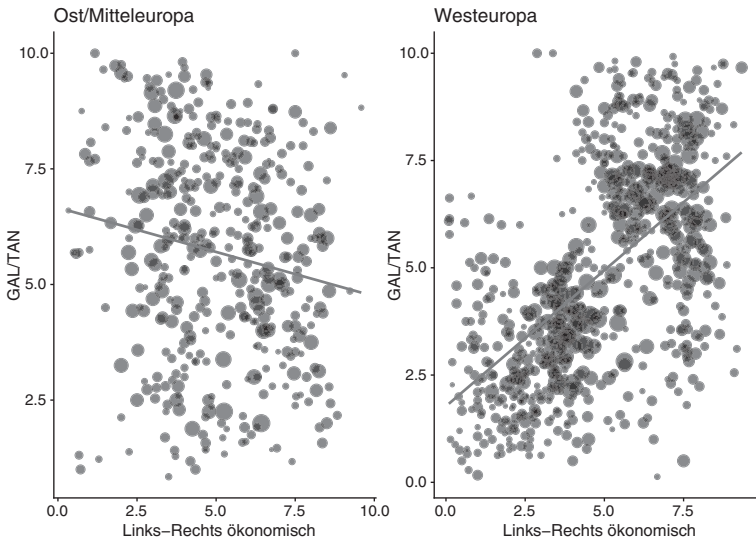


Abbildung 5: Parteipositionierungen auf einer verteilungspolitischen (Irecon) und einer gesellschaftspolitischen (galtan) Dimension, west- und osteuropäische Länder (eigene Darstellung auf Grundlage der CHES-Daten; alle Wellen)

sis von Experteneinschätzungen zu den Positionen der Parteien auf diesen Dimensionen. Auch wenn das Schaubild die Parteiensysteme in den zentral-/mitteleuropäischen Ländern (linkes Panel der Abbildung) als weniger eindeutig entlang *einer* politischen Hauptkonfliktachse gruppiert zeigt, so wird doch der Unterschied zwischen Ost und West klar ersichtlich. Letztlich unterscheiden sich die westeuropäischen von den osteuropäischen Parteiensystemen in der grundsätzlichen Ausrichtung des politischen Wettbewerbs – als ob man mit einem von unten gegen das Koordinatenkreuz gehaltenen Magneten die zentrale Ausrichtung der auf ihm liegenden Metallspäne gedreht hätte. Die politische Hauptachse verläuft in den Transformationsländern eher zwischen einerseits Parteien, die marktliberale mit gesellschaftlich linksliberalen Positionen verbinden (die polnische Bürgerplattform

wäre hier ein Beispiel) und mit diesem Programm eher junge, urbane Eliten ansprechen, und andererseits Parteien, die sowohl auf der sozio-ökonomischen wie auch der sozio-kulturellen Dimension ‹illiberal› positioniert sind (und damit eher eine fromme Landbevölkerung ansprechen – das Muster von AKP, Fidesz, PiS, teilweise Likud und Schas-Partei [in der Mobilisierung der ‹Mizrachim›-Juden]<sup>15</sup> und anderen [Stanley, 2017]).

Abbildung 5 lässt den Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen für die westeuropäischen Parteiensysteme sehr gut erkennen. Hier ist der Parteienwettbewerb klar zwischen ‹links und rechts› strukturiert. Die Hauptkonfliktachse verläuft eindeutig vom Quadranten links unten nach rechts oben. Dabei steht links unten für die ideologische Kombination einer linken Gesellschafts- mit einer linken Wirtschaftspolitik, rechts oben in umgekehrter Weise für die Verbindung einer rechten Gesellschafts- mit einer rechten Wirtschaftspolitik. An der Schätzkurve mit stark positiver Steigung wird das abgetragen. Im Gegensatz dazu besteht in den osteuropäischen Parteiensystemen nun (nahezu) kein Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen, die Schätzkurve ist eher flach. Will man überhaupt einen Zusammenhang erkennen, verläuft er vom Quadranten links oben nach rechts unten, also zwischen Positionen, die einmal gesellschaftspolitisch rechts und sozial- und wirtschaftspolitisch links beziehungsweise umgekehrt gesellschaftspolitisch links und wirtschafts- und sozialpolitisch links sind. Als wichtigster Unterschied zwischen Ost und West fällt auf, dass der linke obere Quadrant – anders als in Westeuropa – durchaus ‹besiedelt› ist, dass es dort also ein politisches Angebot gibt.

Aber warum waren die Transformationsländer die Vorreiter in der Ausbildung dieser neuen ideologischen Kombination – warum waren sie die ersten ‹postliberalen Nationen›<sup>16</sup>? In der Literatur wird in diesem Zusammenhang vor allem auf die besondere

parteiolitische Frontstellung im Zuge des Transformationsprozesses dieser Länder verwiesen, auf den formativen Moment ihrer Parteiensysteme. Zum einen wird darauf verwiesen, dass die zunächst noch bedeutenden ex-kommunistischen Parteien in beiden Dimensionen, also sowohl in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch in der Gesellschaftspolitik, illiberal-etatistisch verortet waren. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks taugten sie kaum als Fürsprecher individueller Freiheiten. Gegen sie brachten sich die neuen Bürgerrechtsparteien in Stellung, sie positionierten sich als pro-europäisch statt nationalistisch, als marktliberal statt staatsinterventionistisch – und dann ebenfalls in Fragen der Religion, Familie, Sexualität usw. als progressiv. In der Tradition der Bürgerrechtsbewegung stehend, betonten sie grundsätzlich den Vorrang subjektiver Rechte gegenüber einem als äußerst repressiv erlebten Staat und rekrutierten sich vornehmlich aus dem urbanen Bürgertum, das auch schon die Oppositionsbewegung wesentlich geprägt hatte.

Wiederum in Gegenposition zu diesen neuen liberalen Parteien entstanden rechtspopulistische Parteien, die die Wählerschaft der Kommunisten erben. Sie verpflichteten sich darauf, die potenziellen Verlierer eines radikalen Transformationsprozesses zu schützen und/oder sich besonders um sie zu kümmern – also um diejenigen, deren Arbeitsplätze in diesem Transformationsprozess wegfielen, um die ländliche Bevölkerung, die Anlass hatte, sich vor der hochtechnisierten und -subventionierten EU-Agrarwirtschaft zu fürchten, um diejenigen, deren während des Kommunismus erworbenen Rentenansprüche zu kümmerlich waren, um in der Gegenwart frei von Armut zu leben usw. – also eher um die «kleinen Leute». Das würde erklären können, warum sich eine politische Konfliktachse entwickelte, auf der die verteilungs- und gesellschaftspolitisch Liberalen sich gegen die in beiden Dimensionen Illiberalen stellen.

Eine alternative Erklärung hierzu betont, dass vor allem die Nachfolgeparteien der Kommunisten in den Transformationsländern sich gegenüber den Wählern glaubwürdig und sichtbar von ihrer Vergangenheit lösen wollten, indem sie eher rechte, also liberale wirtschaftspolitische Positionen übernahmen. Das führte unter anderem zu dem ‹paradoxen› Ergebnis, dass etwa die ‹rechten Parteien in Ungarn und Polen ungehindert eine Wirtschaftspolitik verfolgen konnten, die traditionell eher mit linken Parteien in Verbindung gebracht wird, da sie ihre antikommunistische Haltung nicht unter Beweis stellen mussten› (de Vries *u. a.*, 2021: 136). Laut einer Untersuchung der Staatsausgaben aller post-kommunistischen Länder Ostmitteleuropas von 1989 bis 2004 waren sie tatsächlich unter linken Regierungen geringer (Tavits und Letki, 2009).

Welcher Erklärung man nun auch folgen möchte (ich halte die erste für weitaus plausibler): So oder so lässt sich der – aus westlicher Perspektive – ‹abweichend› strukturierte politische Raum in Ostmitteleuropa dem Erbe des Kommunismus zurechnen. Für unseren Zusammenhang ist es weniger wichtig, ob der Grund dafür nun in der Gegenpositionierung der Bürgerrechtsparteien oder in einer verteilungspolitisch vergleichsweise liberalen Positionierung der Ex-Kommunisten zu finden ist. Wichtig für den weiteren Fortgang des Arguments ist allein der Befund selbst. Er impliziert, dass sich die Hauptkonfliktachse des politischen Wettbewerbs in den Transformationsländern tendenziell anders ausrichtete – nun zwischen Parteien, die sich in beiden Dimensionen des politischen Raums entweder auf dem liberalen oder auf dem nicht-liberalen Pol verorten (Hooghe *u. a.*, 2004; Marks *u. a.*, 2006).

Was nach 1990 zunächst den besonderen Gegebenheiten in den ehemaligen Ostblockländern geschuldet schien, hat sich inzwischen offenkundig als elektoral erfolgreiches Modell nach Westen ausgedehnt: Schwedendemokraten, Rassemblement National, PVV,

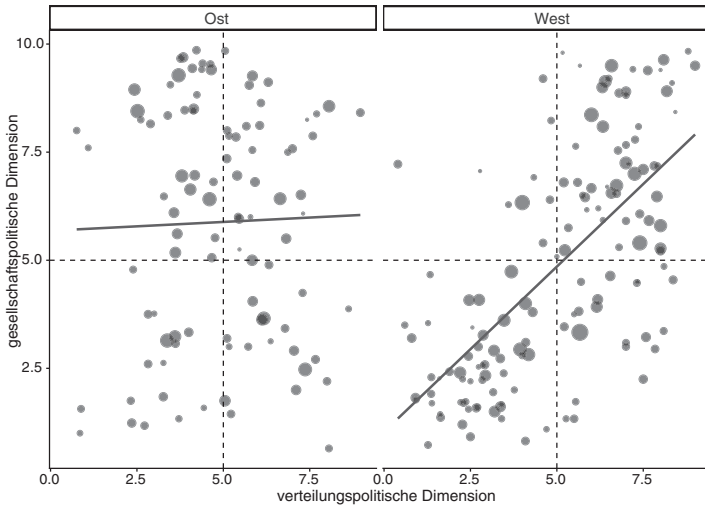


Abbildung 6: Parteipositionierungen auf einer verteilungspolitischen (Irecon) und einer gesellschaftspolitischen (galtan) Dimension, west- und osteuropäische Länder (eigene Darstellung auf Grundlage der CHES-Daten; letzte, sechste Welle 2024)

AfD ... sie alle haben sich – zu ihren jeweils eigenen Bedingungen – an eine neue Erfolgsformel angenähert: linke Wirtschafts- und Sozialpolitik, kombiniert mit rechter Gesellschaftspolitik (eine Kombination, die in der Literatur nun häufig unter dem Begriff Wohlfahrtsstaats-Chauvinismus firmiert).

Aber sprechen die Daten nicht eigentlich gegen diese These? Abbildung 5 hatte ja gerade eine solche ‹nachholende› Entwicklung des Westens *nicht* gezeigt, der obere linke Quadrant – also dort, wo sich die ideologische Verbindung aus wirtschafts-/sozialpolitisch Links und gesellschaftspolitisch Rechts findet – blieb weitgehend verwaist. Dieser Befund bestätigt sich auch dann, wenn wir die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2024 als die vorerst letzte Welle des Chapel Hill Expert Survey betrachten (Abbildung 6).

Hat der programmatische Wandel der rechts-populistischen

Parteien in Westeuropa – den zumindest die Fallstudienliteratur meinte identifizieren zu können (siehe oben) – also gar nicht stattgefunden? Dann allerdings wäre eine zahlenmäßig substantielle Wählerschaft, die gesellschaftspolitisch rechts und verteilungspolitisch links orientiert ist (‘links-autoritär’), mit einer persistierenden Angebots- und Repräsentationslücke konfrontiert. Dass es eine solche Lücke *zunächst* gegeben hat, ist in der Forschung häufiger konstatiert worden (Hillen und Steiner, 2020; Biskamp, 2020; Kurella und Rosset, 2018; Lefkofridi, Wagner, und Willmann, 2014; van der Brug und van Spanje, 2009). Diese Studien – und umso mehr die Daten, auf denen sie basieren – sind nun allerdings schon etwas älter. Es stellt sich daher die Frage, ob der Befund immer noch gleichermaßen gilt. Falls ja, würde daraus allerdings sofort die grundsätzlichere Frage folgen, was Parteien davon abhalten sollte, eine substantielle Wählerschaft anzusprechen. Warum sollten die Mechanismen des Parteienwettbewerbs in diesem Fall ausgesetzt sein? Das wäre in diesem Fall dringend klärungsbedürftig.

Die Repräsentationslücke kann nun grundsätzlich aus zwei Richtungen geschlossen werden, wobei die oben bereits erwähnte Einschätzung Patrick Deneens in Erinnerung zu rufen ist: «es ist offenkundig geworden, dass die Rechte eher bereit ist, sich in wirtschaftlichen Fragen nach links zu bewegen, als die Linke bereit ist, bei gesellschaftlichen Themen nach rechts zu rücken.» (Deneen 2023: IVX) Empirisch schien bereits die 2019er-Welle des Chapel Hill Expert Survey eine klare Bewegung der rechtspopulistischen Parteien nach links zu belegen. Schon damals bemerkten zwei Projektbeteiligte: «Es scheint, dass radikal rechte Parteien einige klar linke Wirtschaftskonzepte in ihre Programme aufgenommen haben.» (Rovny und Polk, 2020, S. 248) Sie sahen die Populisten daher in Fragen der Umverteilung auch schon links von den etablierten konservativen Parteien verortet. Aber das blieb – so zumin-

dest die Einschätzung der Autoren – allenfalls eine Bewegung in die «wirtschaftliche Mitte» (Rovny und Polk, 2020, S. 248), nicht eine wirkliche Besiedelung des «links-autoritären» Quadranten. Zudem scheinen diese Parteien ihre programmatische Position in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik systematisch diffus halten zu wollen («to blur» – zu verwischen) – so interpretierten Rovny und Polk zumindest das hohe Ausmaß an Unsicherheit (Abweichung) in den Expertenkodierungen in dieser Dimension. Sie deuten dies als strategische Unschärfe, als Ausdruck des Versuchs rechtspopulistischer Parteien, interne Konflikte zwischen Wählergruppen mit unterschiedlichen Präferenzen nicht offen ausbrechen zu lassen, insbesondere den potenziellen Konflikt zwischen der eher an einem in Regulierungs- und Umverteilungsfragen zurückhaltenden Staat interessierten – älteren – Selbstständigentraktion und einer – neueren – und stärker an Protektion interessierten Arbeiterfraktion.

War dies eine Einschätzung, die auf der Grundlage der 2019er Daten erfolgte, so lautete noch bis zuletzt – auch im Licht der bislang letzten Erhebung von 2024 – der Befund, dass sich weiterhin keine substantiellen programmatischen Bewegungen beobachten ließen, dass nach wie vor ein programmatisches «links-autoritäres» Angebot schlicht fehlen würde. In Bezug auf einen «move to the right» der Linken konstatierten Häusermann und Kitschelt noch kürzlich: «Wir sehen keine sozialdemokratische Partei, die sich innerhalb des programmatischen Spektrums in Richtung des links-nationalen Bereichs bewegt» (Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 49), um zu ergänzen, dass das für den «move to the left» der Rechten ebenso gelte: «Noch überraschender ist, dass es auch außerhalb des sozialdemokratischen Spektrums kaum Parteien gibt, die in dieses Feld vorgedrungen wären und durch linksnationalistische Appelle Wahlerfolge erzielt hätten.» (Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 50)

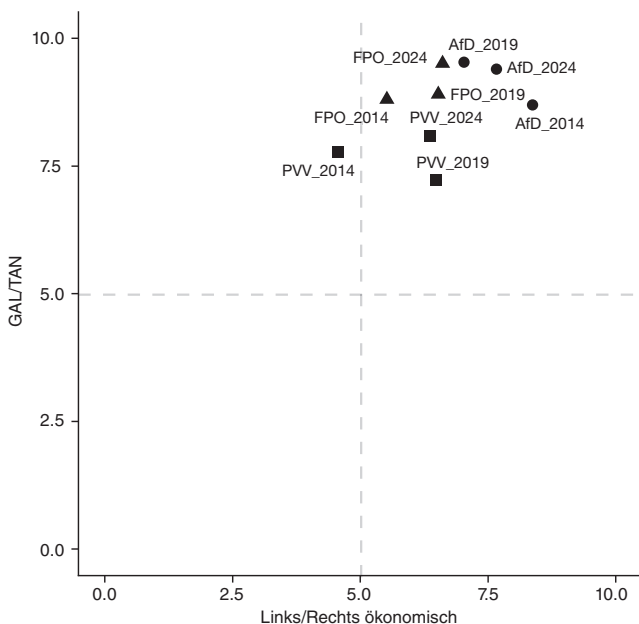


Abbildung 7 a: Ideologisch-programmatische Positionierung von drei rechts-populistischen Parteien in Westeuropa (AfD: Alternative für Deutschland; FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs, PVV: Partij voor de Vrijheid) seit 2010 (eigene Auswertung auf Grundlage der CHES-Daten)

Der wenig überzeugende Befund soll also auch noch im Jahr 2024 lauten: Es gibt zwar sogenannte links-autoritäre Wähler in erheblicher Zahl, aber keine links-autoritären Parteien – zumindest nicht in Westeuropa.<sup>17</sup> Die Autoren lösen dieses Rätsel nicht weiter auf, und es lässt sich mit etablierten Annahmen der Politikwissenschaft wohl auch kaum auflösen – etwa der, dass Parteien in der Regel Politiken verfolgen, die den Interessen ihrer Kernwählerschaft entsprechen (Powell, 2000, 2004; Dalton, 2002).<sup>18</sup> Der Blick auf die dänische Sozialdemokratie oder auf Blue Labour,<sup>19</sup> das den radikal-restriktiven migrationspolitischen Kurs der britischen Labour-Regierung eingeläutet hat,<sup>20</sup> lässt nun aber

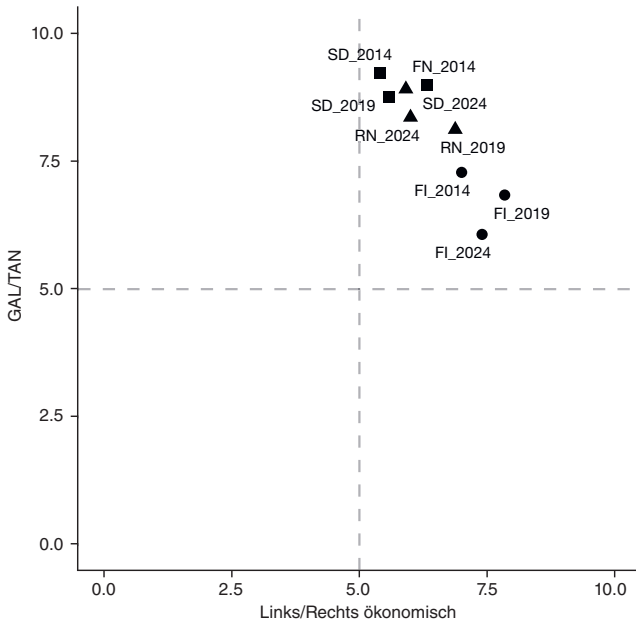


Abbildung 7 b: Ideologisch-programmatische Positionierung von drei rechts-populistischen Parteien in Westeuropa (FI: Fratelli d'Italia, SD: Schwedendemo-kraten, RN [FN]: Rassemblement [Front] National) seit 2010 (eigene Auswertung auf Grundlage der CHES-Daten)

ohne Zweifel daran aufkommen, ob Häusermann und Kitschelt – beziehungsweise die Daten, auf die sie sich berufen – auch nur in Bezug auf die etablierte Linke richtigliegen. Die Beispiele BSW und La France Insoumise würde diese Zweifel in Hinblick auf die nicht-etablierte Linke bestärken (siehe hierzu Ab-bildung 14, unten).

Dass sich die rechtspopulistischen Parteien seit längerem in den ‹linksnational(istisch)en› Bereich hineinbewegt haben, dass wir also für beides – den ‹move to the right› der Linken wie auch für den ‹move to the left› der Rechten – doch recht viele Beispiele finden, war ja der Ausgangspunkt der hier entwickelten Argumen-

tation. Dem stehen aber tatsächlich die Daten entgegen, die viele Studien nutzen. Mit den CHES-Daten, auf die auch ich hier zurückgegriffen habe, sind substantielle programmatische Anpassungsbewegungen westeuropäischer Parteien über die letzten zehn bis fünfzehn tatsächlich nicht festzustellen, wie der Blick etwa auf die Positionierung ausgewählter rechtspopulistischer Parteien im Zeitverlauf zeigt (siehe Abbildungen 7 a und 7 b). Bei keiner der betrachteten Parteien lassen sich in den CHES-Daten substantielle Bewegungen nach links in der verteilungspolitischen Dimension erkennen. Wenn überhaupt, sollen etwa die PVV, die Schwedendemokraten, die FPÖ oder die Fratelli sich sogar zuletzt wieder weiter nach rechts bewegt haben (siehe Abbildungen 7 a und 7 b).

Ziehen wir jedoch eine andere Datenquelle heran – Parteipositionierungen, die aus der Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen gewonnen werden (die sogenannten Manifesto-Daten [Lehmann u. a., 2024]) –, dann wird uns stattdessen ein recht deutliches Bild eines programmatischen Wandels der Rechtspopulisten vermittelt (siehe Abbildung 8). Die Abbildung zeigt für die niederländische PVV, die Schwedendemokraten, das französische Rassemblement National und die AfD ihre Position in den uns zwei nun schon vertrauten Dimensionen, der gesellschaftspolitischen und der verteilungspolitischen, auf der Grundlage ihrer Wahlprogramme seit den frühen 2000ern beziehungsweise zum frühestmöglichen Zeitpunkt (bei der AfD 2013). Erkennen lässt sich eine im Großen und Ganzen gleichgerichtete Entwicklung: natürlich nicht völlig uniform und natürlich auch nicht völlig unidirektional – aber in der Tendenz eindeutig. Es ist eine Bewegung in der ‚kulturellen Dimension‘ (ein wenig) nach rechts, weil man auf dieser Dimension ohnehin recht extrem gestartet war, in der ökonomischen Dimension hingegen eine prononcierte Bewegung nach links.<sup>21</sup>

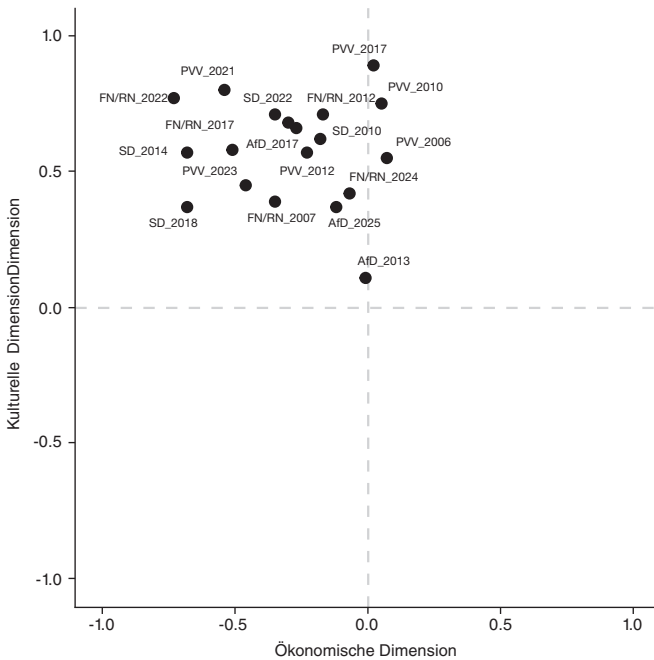


Abbildung 8: Ideologisch-programmatische Positionierung von vier rechts-populistischen Parteien in Westeuropa seit 2005 (eigene Auswertung auf Grundlage der MARPOR-Daten (Lehmann u. a., 2024) und eigenen Aktualisierungen)

Beide Datenquellen, die Expertensurveys und die Auswertung der Wahlprogramme, scheinen zu substantiell und *systematisch* unterschiedlichen Einschätzungen der Parteipositionen zu kommen. Dabei ist es vermutlich nicht sonderlich sinnvoll zu fragen, welche der beiden konträren Beobachtungen denn nun die ‹richtige› ist, obwohl davon durchaus viel abhängt. Blieben die populistischen Parteien auf der verteilungspolitischen Dimension rechts, dann wäre das mit Erklärungen kompatibel, nach denen bei Wahlentscheidungen der populistischen Wähler das Kulturelle das Ökonomische überlagert: ‹falsches Bewusstsein› im Hinblick auf die eigenen Interessen. Das würde allerdings sofort

Folgefragen provozieren: Warum *sollten* sich diese Parteien überhaupt so positionieren – was spräche aus ihrer Sicht dagegen, ihren Wählern ein kongruentes, ein in beiden Dimensionen attraktives Angebot zu machen? Und wie *können* sie sich überhaupt so positionieren? Wahlprogramme und im Zweifelsfall auch Regierungsprogramme werden üblicherweise parteiintern abgestimmt. Warum sollten Mitglieder oder ihre Delegierten oder sogar eine autonome Parteiführung den Präferenzen ihrer Wähler nicht entsprechen?

Hält man hingegen die Kodierungen des Manifesto-Projektes in dieser Hinsicht für zutreffender, auch vor dem Hintergrund einer mittlerweile doch recht umfangreichen Fallstudienliteratur, die die zunehmend wohlfahrtschauvinistische Positionierung der Rechtspopulisten beschrieben hat, und hält man es – konkret und auf den bundesdeutschen Kontext bezogen – für wenig plausibel, zwischen der ordoliberalen Lucke-AfD und der völkischen Höcke-AfD kaum einen ideologisch-programmatischen Unterschied, also seit 2013 bis heute, keine programmatische Veränderung dieser Partei erkennen zu können, dann spräche einiges für eine Interpretation, die das Gegeneinander-Ausspielen des Kulturellen und des Ökonomischen in den vorherrschenden Deutungen für eher gegenstandslos hält – mit allen theoretischen und empirischen Weiterungen.<sup>22</sup>

In der Abweichung der Daten spiegeln sich vermutlich die relativen Schwächen der jeweiligen Erhebungsmethode. Während beim Expertensurvey die Möglichkeit eines *collective coder bias*,<sup>23</sup> also einer von den meisten Respondenten zumindest im Mittel geteilten Verzerrung (vgl. Little und Meng, 2024), nicht ausgeschlossen werden kann<sup>24</sup> (zumal die Experten, die hier befragt werden, auf spezifische Weise in den Konflikt involviert sind, den die von ihnen

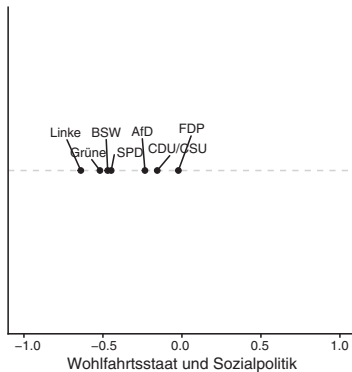


Abbildung 9: Die relative Positionierung der AfD in der verteilungspolitischen Dimension (eigene Auswertung auf Grundlage der MARPOR-Daten (Lehmann u. a., 2024) mit eigenen Aktualisierungen)

kodierten Daten helfen sollen zu verstehen), leiden die Daten des Manifesto-Projekts potenziell daran, dass Wahlprogramme sich häufig eher allgemein zu bestimmten Valenzen – Friede, soziale Gerechtigkeit, Wachstum, Schutz der Umwelt etc. – ‹bekennen› und es dadurch erschwert wird, genaue ideologisch-programmatische Differenzen bei der versprochenen Zielerreichung zu identifizieren. Wenn alle Parteien erklären, auf die eine oder andere Weise soziale Gerechtigkeit anzustreben, erscheinen sie alle in dieser Hinsicht als links. Insofern sollten auch die Manifesto-Daten vor dem Hintergrund ihrer Beschränkungen interpretiert werden. Sie sind dann insbesondere informativ in Hinblick auf zwei Fragen, die weniger auf eine klare Einordnung auf einer Links-Rechts-Skala abzielen: In welche Richtung hat sich eine Partei im Zeitverlauf bewegt? Und: Wie ist sie *relativ* zu anderen Parteien verortet?

Und in diesen zwei Hinsichten geben die Manifesto-Daten nun recht eindeutig Auskunft. Sie dokumentieren in der verteilungs-

politischen Dimension eine Linksbewegung der Rechtspopulisten (siehe oben, Abbildung 8), und was etwa die *relative Positionierung* einer Partei wie der AfD angeht, wird klar, dass sie als neoliberal fehlkategorisiert ist (siehe Abbildung 9). Zwischen CDU und SPD angesiedelt, muss man keinen harten Trade-off zwischen kulturellen Ressentiments und ökonomischen Interessen unterstellen, um verstehen zu können, warum sie für Arbeiter wählbar erscheinen kann.

Eine weitere Diskussion der genauen Methoden der Datenerhebung und ihrer Konsequenzen (Nguyen und Manow, 2026) ist hier vielleicht nicht nötig, denn in gewisser Weise lässt sich die strittige Frage klären, wenn wir eine dritte Datenquelle hinzuziehen, nämlich eine, die Auskunft darüber gibt, wie denn Wähler und Wählerinnen selbst die Positionen der Parteien einschätzen. Sie sind es schließlich, die – ob wir ihnen nun ein abgewogenes, vernünftiges Urteil zutrauen oder nicht – durch ihre Stimmabgabe ein verbindliches ‚Letzturteil‘ fällen. Fragen wir nach der Wählerschätzung,<sup>25</sup> ergibt sich nun wiederum ein recht klares Bild. Im Vergleich mit den Daten des Expertensurveys verorten sie die rechtspopulistischen Parteien auf der verteilungspolitischen Dimension systematisch und substantiell linker, und umgekehrt halten die Wähler diese Parteien auf der gesellschaftspolitischen Dimension für systematisch linker als die Manifesto-Daten (Nguyen und Manow, 2026). Mithin nehmen Wähler offenkundig eine Wahl der Populisten nicht oder in einem viel geringeren Ausmaß als widersprüchlich (und auch als weniger extrem) wahr – ob das nun psychologisch (‚Kohärenzzwang‘) oder sozial begründet (‚erwünschte Antwort‘) oder substantiell gerechtfertigt ist, kann hier dahingestellt bleiben.

Doch der Umstand, dass hier die Experten, die Wähler und die ‚Texte‘ systematisch voneinander abweichende Beobachtungen

generieren, bleibt insofern von Interesse, als uns das auf die mögliche Problematik unserer Begriffe und Kategorien verweist. So kann es sein, dass in den Expertensurveys die Kategorien links und rechts bereits immer schon auf ‹universalistisch versus partikular› zurückgerechnet werden, also schon auf die neue Axiologie und nicht mehr auf ‹Staat versus Markt› (siehe Häusermann *u. a.*, 2025) – und es wäre folgerichtig, dass unter dieser Maßgabe Wohlfahrtsstaatschauvinismus nicht als links kategorisiert werden kann. Damit aber doppelt sich die politische Auseinandersetzung nur in den Konzepten, die zu ihrer Vermessung dienen sollen (vgl. Manow, 2024).<sup>26</sup> Die Einordnung auf der Skala liefe auf nichts anderes hinaus als auf einen weiteren politischen Eintrag. Umgekehrt und als die andere Seite des identischen Zusammenhangs kann sich die Verortung der rechtspopulistischen Parteien als wirtschafts- und sozialpolitisch rechts möglicherweise dadurch erklären, dass in den Operationalisierungen regelhaft *nicht* den verteilungspolitischen Effekten von Politiken der Offenheit oder Geschlossenheit angemessen Rechnung getragen wird. Auch hier zeigt sich, dass wir womöglich mit Begriffen und Konzepten hantieren, die die neuen Konflikte nicht adäquat abzubilden vermögen: Die Konzepte messen der Wirklichkeit hinterher (siehe hierzu unten, Abschnitt 4.1).<sup>27</sup>

Festhalten lässt sich aber, dass auch Wähler und Wählerinnen das wahrnehmen, was die inhaltsanalytische Vermessung der Positionen von Parteien ebenfalls findet: eine sich im Zeitverlauf vollziehende ‹Eroberung› eines zuvor in Westeuropa tendenziell leeren, unbesetzten Raums – des oberen linken Quadranten, dort, wo sich materiell linke mit kulturell rechten Politiken kombinieren. Und diese programmatische Linksverschiebung der Rechtspopulisten in der Verteilungsdimension wird – wenn man so will – komplementiert durch eine Übernahme rechter Positionen durch Linkspopulisten in der kulturellen Dimension: ‹Nationalis-

mus findet sich typischerweise in der nativistischen Ideologie der radikalen Rechten ..., aber er gewinnt zunehmend an Bedeutung für andere populistische Strömungen links vom politischen Spektrum, wie beispielsweise die M5S in Italien und Podemos in Spanien.» (Ivaldi *u. a.*, 2017; Ivaldi, 2019, S. 33) In ihrem Protest gegen den mit der Europäischen Union konstitutionalisierten Wirtschaftsliberalismus fordern auch sie nationale Souveränität (siehe unten, Abbildung 14) – wobei diese Bewegung nach rechts bei ihnen aber bislang nicht das Migrationsthema zu betreffen scheint. Die Angebotslücke, die auch erklärt, warum bestimmte Wählersegmente in der Vergangenheit eine deutlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung zeigten, hat sich offenkundig zunehmend geschlossen (Hillen und Steiner, 2017; Steiner und Hillen 2025; vgl. auch Rathgeb und Busemeyer, 2022 mit weiterer Literatur).<sup>28</sup>

Das allerdings hätte weitreichende Folgen, weil damit die in der Literatur prominente Erklärung obsolet würde, Wähler mit ‹linksautoritären› Präferenzen sähen sich mit einem Dilemma konfrontiert und würden dieses regelmäßig zugunsten ihrer kulturellen Ressentiments und auf Kosten ihrer ökonomischen Interessen auflösen – die ‹falsches Bewusstsein›-Diagnose (Lefkofridi, Wagner und Willmann, 2014; Spies, 2013; vgl. Steiner *u. a.*, 2024). Auch Torben Iversen hält deswegen fest: «Während wir normalerweise davon ausgehen, dass ‹rechtspopulistische Parteien› fremdenfeindliche und nativistische Ansichten vertreten, was sie auch tun, vertreten sie in Bezug auf die Wirtschaftspolitik zunehmend das, was vernünftigerweise als die wirtschaftlichen Interessen ihrer Wählerschaft angesehen werden kann.» (Iversen, 2025, S. 18)

Wir sind nun also doch – auch oder gerade nach der Diskussion der Datenlage – mit der Frage konfrontiert, warum sich die neue Kombination aus links und rechts auch in den westeuropäischen Parteiensystemen als anschlussfähig und letztlich elektoral erfolgreich erwiesen hat. Vor dem Hintergrund der etablierten Literatur

ist diese Frage, wie wir sehen werden, nicht so einfach zu beantworten, weil sie eben einen Trade-off zwischen Positionen auf der kulturellen und der ökonomischen Dimension behauptet. Ich will diese Literatur im nächsten Abschnitt knapp darstellen. In verschiedenen Akzentuierungen, aber in der Grundthese übereinstimmend, diagnostiziert sie die Entstehung eines neuen *transnational cleavage* – einer neuen, immer virulenter werdenden politischen Spaltungslinie, die auf die zunehmende politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwertung des Nationalstaats, auf seine fundamentale Dekonsolidierung reagiert (Hooghe und Marks, 2017). Wie wir allerdings sehen werden, wird diese neue Spaltungslinie als kulturell verstanden. Insbesondere an dieser Deutung wird meine Kritik anknüpfen.

### 3.2 Eine neue Spaltungslinie?

Wie bereits erwähnt, trifft die für unseren Kontext einschlägige Literatur mit dem Begriff der Spaltungslinie, im Englischen: *cleavage*, ihre Diagnosen vor dem Hintergrund einer Theorie, die erstmals in den 1960er Jahren formuliert wurde und die politikwissenschaftliche Parteien- und Parteiensystemforschung bis heute prägt – der sogenannten Cleavage-Theorie (Lipset und Rokkan, 1967). Mit Cleavages bezeichnet dieser Ansatz Hauptkonflikte, an denen sich die nationalen Parteiensysteme ausgeformt haben und die – so der Erklärungsanspruch – bis heute politische Machtverhältnisse, die Konfliktdimensionen der politischen Auseinandersetzungen, die Bindung von Wählerschaften an Parteien und auch (dieser Zusammenhang ist allerdings etwas komplexer und weniger intuitiv [vgl. Manow, 2009]) die grundlegenden politischen Ökonomien Europas strukturieren.

In ihrer ursprünglichen Formulierung identifizierte die Theorie

der politischen Spaltungslinien vier zentrale Konfliktdimensionen, die sich historisch in zwei langen Prozessen, ‹der nationalen Revolution› einerseits und ‹der industriellen Revolution› andererseits, herausgebildet hatten (Lipset und Rokkan, 1967). Zunächst provozierten die Staatsbildungsprozesse des 19. Jahrhunderts Konflikte zwischen Zentrum (dominanter Kultur) und Peripherie (Kultur[en] der Minderheit[en]) und zwischen Staat und Kirche. Nachfolgend verfestigten sich im Zuge der Industrialisierung die aus ihr resultierenden Konflikte zu zwei weiteren Spaltungslinien, der zwischen Kapital und Arbeit einerseits und der zwischen Stadt und Land andererseits. Diesen insgesamt vier Cleavages entspricht die Ausbildung jeweiliger Parteitypen: *Regionalparteien* – die den Konflikt zwischen dem neuen hegemonialen Zentrum und der minoritären Kultur repräsentieren (bspw. Schotten gegen Briten [*Scottish National Party*; SNP] oder Basken gegen Spanier [*Herri Batasuna*; HB]); *konfessionelle Parteien* (vor allem die Christdemokratie) – die aus den Konflikten zwischen Nationalstaat und Kirche über jeweilige Zuständigkeiten in den Bereichen Wohlfahrtsfürsorge, Schule oder Familie hervorgehen (‹*parties of religious defense*›); *Arbeiterparteien* – die diejenigen mobilisieren, die im Zuge der Durchkapitalisierung moderner Gesellschaften ihre kollektiven Interessen, etwa durch die wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung der neuen Risikolagen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter politisch durchgesetzt wissen wollen (vor allem die *Sozialdemokratie*); schließlich *Agrarparteien* – die sich in den zu Beginn der Massendemokratisierung immer noch stark agrarisch geprägten Gesellschaften anlässlich der Interessenkonflikte zwischen Landwirtschafts- und Industriesektor, zwischen Land- und Stadtbevölkerung, zwischen Bauern einerseits und Bürgern und Arbeitern andererseits gründen (historisch etwa in Skandinavien die heute sogenannten *Zentrumsparteien*<sup>29</sup>). Nicht überall haben sich alle Parteitypen ausgebildet, weil nicht

überall in den Prozessen von Nationalstaatsbildung und Industrialisierung ähnliche Spaltungslinien virulent wurden. Der besondere, substanzielle Beitrag der Cleavage-Theorie liegt gerade in der Erklärung der systematischen Varianz europäischer Parteiensysteme.

Die sich historisch zuerst ausbildenden beiden Spaltungslinien – Zentrum/Peripherie und Staat/Kirche – sind ‹kulturell›, es geht vornehmlich um Identitäten. Die zwei sich historisch später ausbildenden Spaltungslinien – Kapital/Arbeit und Stadt/Land – sind eher ‹materiell›, es geht um Interessen. Die ersten beiden Spaltungslinien entstehen *anlässlich* der Konsolidierung der Nationalstaaten im Zuge eines Prozesses der territorialen Neuordnung von politischer Herrschaft. Die beiden zweiten Spaltungslinien klären dann *innerhalb* dieser neuen Nationalstaaten, wie die mit ihnen entstehenden Gesellschaften grundlegende gesellschaftliche Verteilungskonflikte politisch regeln – zusätzlich zu ihren kulturellen Selbstverständigungskonflikten.

Als Fortentwicklung oder Transformation *eines* dieser hergebrachten Cleavages, der Spaltungslinie zwischen Staat und Kirche – so die vorherrschende Deutung unserer gegenwärtigen politischen Lage, auf die sich die Kritik dieses Buch richtet –, sei heute eine neue Spaltungslinie entstanden. Ich hatte sie in der Vielfalt ihrer Bezeichnungen bereits aufgelistet: Demarkation gegen Integration, Universalismus versus Partikularismus, GAL versus TAN etc. Dort, in dieser zweiten Dimension des politischen Raums, im Bereich des kulturellen Konflikts, seien die Auseinandersetzungen unserer Gegenwart nun ausnahmslos eingetragen und würden dort ausnahmslos ausgetragen – in der Fortentwicklung und Umformung einer Spaltungslinie, die sich auch zuvor schon von ihren ehemals religiösen Konfliktthemen und Vorprägungen gelöst und sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in einem grundlegenden Prozess des Wertewandels entlang der Pole Mate-

rialismus und Postmaterialismus neu formiert hatte (vgl. Inglehart, 1977).

Genau in diesem Forschungszusammenhang haben Liesbeth Hooghe und Gary Marks in einer Reihe von einflussreichen Aufsätzen vorgeschlagen, den Aufstieg der neuen Protestparteien insbesondere als Ausdruck einer neuen, transnationalen Spaltungslinie zu verstehen (Hooghe und Marks, 2006, 2009, 2017; Marks u. a., 2006). In unseren globalisierten Zeiten mobilisieren diese Parteien deren potenzielle oder tatsächliche Verlierer, also diejenigen, die vom Verlust nationalstaatlicher Grenzen ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen oder aber ihre kulturelle Identität verletzt oder bedroht sehen – während auf dem Gegenpol eine neue Linke vor allem jene Bildungselite repräsentiert, die von der Globalisierung ökonomisch profitiert und sie auch generell als Bereicherung ihres individuellen Optionensets begrüßt.<sup>30</sup> Dass das für eine Vermögenselite schon immer gegolten hat, aber dass es nun erstmals zu teils impliziten, teils expliziten Koalitionen der *brahmin left* mit der *merchant right* in den Multi-Eliten-Parteiensystemen der Gegenwart kommt, die beide von der Überwindung des Nationalstaats profitieren, hat insbesondere Thomas Piketty betont (Piketty, 2018; Gethin, Martínez-Toledano und Piketty, 2021). Wenn man so will, stehen sich entlang dieser neuen Spaltungslinie nun die Parteien der neuen Rechten und die der neuen Linken diametral gegenüber.<sup>31</sup>

Hooghe und Marks betonen unter Bezugnahme auf Lipsets und Rokkans Cleavage-Theorie (Lipset und Rokkan, 1967) in besonderer Weise die territoriale Dimension aktueller Transformationsvorgänge. Deshalb lässt sich ihr Ansatz aus meiner Sicht auch besonders gut im Blick auf sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Strukturbildungseffekte weiterentwickeln. Er muss dazu allerdings, wie wir sehen werden, an einer entscheidenden Stelle modifiziert werden. Versteht man populistischen Protest vor al-

lem als Reaktion auf die Dekonsolidierung des Nationalstaates, auf die *ökonomische Unsicherheit*, die damit verbunden ist, auf die *Entwertung politischer Teilhaberechte*, die sie mit sich bringt, und die *kulturelle Herausforderung*, die sie darstellt, dann müsste man diesen Zusammenhang dort besonders gut studieren können, wo dieser Globalisierungsprozess – ökonomisch, politisch, kulturell – am weitesten fortgeschritten ist, also vor allem im Kontext des europäischen Integrationsprojekts. Tatsächlich scheinen sich die (Verteilungs-)Effekte transnationaler Schocks und die von ihnen ausgelösten politischen Folgen hier besonders konturenscharf zu zeigen.

Und tatsächlich verstehen auch Hooghe und Marks die EU selbst als einen solchen transnationalen Schock,<sup>32</sup> weil sie zu dem führe,

«was man als Fremdherrschaft ansehen kann, weil sie die Autorität der Nationalstaaten über ihre eigene Bevölkerung schwächt, wirtschaftliche Unsicherheit unter denjenigen schafft, die über keine mobilen Assets verfügen, und weil sie die Einwanderung erleichtert. Einwanderung wird von denen als besondere Bedrohung empfunden, die eine Vermischung der Kulturen und den Verlust nationaler Werte ablehnen, von denen, die mit Einwanderern um Wohnraum und Arbeitsplätze konkurrieren müssen, und ganz allgemein von denen, die in den Rechten der Staatsbürgerschaft einen kulturellen oder wirtschaftlichen Schutz suchen.» (Hooghe und Marks, 2017, S. 1–2).<sup>33</sup>

Die asymmetrischen Verteilungseffekte des Globalisierungsprojekts wurden insbesondere während der Finanz- und Wirtschaftskrise manifest, die sich ab 2010 zur Euro-Krise fortentwickelte, als massive Enttäuschung eines Versprechens auf Wohlstandsmehrung für alle durch offene Grenzen, freien Austausch auf dem einen großen, integrierten Markt mit seiner ihn homogenisierenden gemeinsamen Währung unter Aufsicht der wohlfahrtsförder-

lich regulierenden EU-Kommission: «Das Versprechen des transnationalen Projekts war ‹Gewinne für alle›, aber die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte zeigen, dass es vielen schadet. Daher ist die Ablehnung des Transnationalismus für viele eine populistische Reaktion gegen Eliten, die wenig Sympathie für nationale Grenzen zeigen.» (Hooghe und Marks, 2017, S. 6–7)

Die Euro-Krise ist aber nur eine – sicherlich besonders dramatische – Episode in einem Prozess der Globalisierung und Internationalisierung, der natürlich auch nicht vollständig in der Europäischen Integration aufgeht, sondern deutlich über sie hinausreicht (vgl. Milanovic, 2025). Dessen Gewinner und Verlierer formieren sich nun, so die These, hinter den entsprechenden Parteien zu einer neuen, politisch immer wichtiger werdenden Spaltungslinie, die in diesem Fall zwischen den Globalisten/Kosmopoliten/Integrationisten auf der einen Seite und den Nationalisten/Kommunitaristen/Demarkationisten auf der anderen verläuft. So weit, so bekannt und so oder ähnlich unter Verwendung anderer Begrifflichkeiten bereits häufiger konstatiert (siehe oben, Kapitel 1 und 2).

Mich interessieren vor allem die Konsequenzen, die Hooghe und Marks – in Übereinstimmung mit vielen anderen Autorinnen und Autoren – aus dieser mittlerweile breit geteilten Vorstellung von der Entstehung einer neuen Spaltungslinie ziehen (die sich, präziser gesprochen, als Transformation einer alten darstellt). Deren gängige Charakterisierung nimmt bei ihnen, wie in der gesamten Literatur, nämlich eine kleine, aber folgenreiche Wendung, wenn die Autoren konstatieren, «in weiten Teilen Europas haben die Krisen eine neue transnationale Spaltung verstärkt, deren Kern ein kultureller Konflikt ist, in dem libertäre, universalistische Werte gegen die Verteidigung von Nationalismus und Partikularismus stehen» (Hooghe und Marks, 2017, meine Hervorhebung). Bemerkenswert ist bereits der normative Einschlag, den

das Argument hier unvermittelt bekommt: Universalismus versus Partikularismus (dazu mehr unten). Wichtiger für unseren Zusammenhang ist aber *zunächst*: Die Identifikation einer neuen Spaltungslinie und deren Festlegung als kulturell in einem zwei-dimensionalen Modell des politischen Raums – mit seiner basalen Umverteilungsdimension einerseits und dann seiner ‹zweiten›, sozio-kulturellen Dimension andererseits – liegen zwar konzeptionell nahe, stehen dabei jedoch in spezifischer Weise quer zur eigenen Ursachendiagnose: Warum sollten sich ökonomische, politische und kulturelle Verwerfungen immer nur kulturell artikulieren?

Hooghe und Marks befinden sich mit diesem analytischen Sprung allerdings in bester Gesellschaft. Sie reihen sich in eine Literatur ein, die übereinstimmend ‹in einer zweiten Dimension› der Politik einen neuen Konflikt identifizieren zu können meint – allenfalls besteht unter den Autoren Uneinigkeit darüber, wie dieser Cleavage denn nun am besten zu bezeichnen wäre (siehe oben). In allen Beiträgen aber findet sich im Wesentlichen die gleiche Schlussfolgerung, dass wir mit einer neuen kulturellen Spaltung konfrontiert seien: «Im Mittelpunkt ... stehen Themen wie die europäische Integration und die Einwanderung, die den neuen *politischen und kulturellen Formen des Wettbewerbs* im Zusammenhang mit der Globalisierung entsprechen. Den Pol, der die neue *kulturelle Spaltung* markiert, sollten wir als gekennzeichnet verstehen durch die Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses und durch restriktive Positionen in Bezug auf Einwanderung» (Grande und Kriesi, 2012, S. 20, meine Hervorhebung) – die *ökonomischen Formen des Wettbewerbs* durch die europäische Integration und Migration werden, glaubt man diesen Einschätzungen, also eher nicht zum Gegenstand der Konflikte unserer Zeit.

Bei Kriesi und seinen Ko-Autoren ist die identische These als

Vorstellung zweier ‚Wellen‘ des Wertewandels formuliert, zunächst einer linken, emanzipativen und universalistischen Bewegung Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre – die sich in Verbindung mit bestimmten sozio-strukturellen Transformationen ausbildet (Deindustrialisierung, Bildungsexpansion, die Feminisierung der Beschäftigung etc. [Kriesi und Hutter, 2019, S. 8]), dann, nachfolgend, ab den 1980er Jahren und in Reaktion auf die erste Welle, als Gegenbewegung, als Backlash, das Aufkommen der Neuen populistischen Rechten und der Kulturkämpfe:

«Beiden Mobilisierungswellen ist gemeinsam, dass sie sich vor allem mit kulturellen Fragen befassen. Sie veränderten in erster Linie die Bedeutung der kulturellen Dimension des Parteiraums, der im europäischen Kontext traditionell von religiösen Themen dominiert war.» (Kriesi und Hutter, 2019, S. 13)<sup>34</sup>

Das führt aber zur identischen Interpretation unserer Lage: «Die umgewandelte *kulturelle Dimension* bezieht sich auf einen grundlegenden Konflikt zwischen universalistischen und traditionalistischen gemeinschaftlichen Werten (Traditionalismus beruft sich auf die Ablehnung des Universalismus, während Kommunitarismus auf die Vorstellung von Gemeinschaft der populistischen Rechten verweist).» (Ebenda, S. 13) Der heutige populistische Protest wird somit als Gegenbewegung, als «Wertewandel im Rückwärtsgang [silent revolution in reverse]» gedeutet (Ingelhart und Norris, 2017).

Obwohl immer wieder einmal angemerkt wird, dass Fragen der *demarcation* oder der *integration* auch eine ökonomische Dimension besitzen können<sup>35</sup> und sich für die Einsortierung in diese Lager ohnehin recht eindeutige sozio-strukturelle Merkmale identifizieren lassen (Hutter und Kriesi, 2019, S. 1001; Bornschieer u. a., 2024, S. 5; Hooghe und Marks, 2025), bleibt die Behauptung von einer neuen kulturellen Spaltungslinie der zentrale Bezugs-

punkt dieser Literatur: «Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass die Verschärfung dieses Konflikts zu einer *Neuinterpretation der kulturellen Dimension* des traditionell zweidimensionalen Raums geführt hat.» (Hutter und Kriesi, 2019, S. 1001, meine Hervorhebung)<sup>36</sup> Genauso ziehen schließlich auch de Wilde et al. (de Wilde u. a., 2019) zwar prinzipiell eine ökonomische Erklärung für die Entstehung der neuen Spaltungslinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen in Betracht (de Wilde u. a., 2019, S. 18), kommen dann aber doch zu dem Schluss, die neuen Konflikte verliefen keineswegs entlang einer «verteilungspolitischen Links-Rechts Achse», sondern «in wichtiger Hinsicht ... senkrecht dazu» (de Wilde u. a., 2019, S. 3). Hooghe und Marks präsentieren uns die Widersprüchlichkeit der Deutung in einem einzigen Satz: «Im Zentrum der gegenwärtigen *kulturellen Spaltung* steht der sprunghafte Anstieg von Transnationalität mit seinen umfassenden *sozialen und ökonomischen Folgen*» (Marks u. a., 2021 b, S. 176).

Da auch Andreas Reckwitz in seinen einflussreichen Gegenwartsdiagnosen (Reckwitz, 2017, siehe auch 2019 a) dem generellen Deutungsschema von der Kulturalisierung unserer Konflikte folgt, sich an entscheidender Stelle auf die Cleavage-Theorie beruft (wenngleich in einer eher freien Adaption), dabei aber ganz konsequent immer den *kulturell-ökonomischen Doppelcharakter* dessen betont, was er den apertistisch-differenziellen Liberalismus nennt, soll sein Argument hier ausführlicher dargestellt werden – nicht zuletzt um transparent zu machen, an welcher Stelle seiner Analyse man einen anderen Schluss ziehen könnte oder sogar sollte.

Durchgängig betont Reckwitz in seiner Analyse beide Seiten dieses Liberalismus, sowohl seine «neoliberale als auch linksliberale Ausprägung, die beide entschieden globalisierungsfreundlich sind» (Reckwitz, 2019 a, S. 250).<sup>37</sup> Der «neue Liberalismus for-

ciert», so Reckwitz, «eine Globalisierung der Märkte und ... eine Globalisierung der Kultur und ihrer Identitäten» (Reckwitz, 2019 a, S. 263). Er wird dabei auch in beiden Dimensionen problematisch. Reckwitz konstatiert eine «Gleichzeitigkeit sozioökonomischer und soziokultureller Probleme» (Reckwitz, 2019 a, S. 248), der Liberalismus, so sein Befund, sei in «eine sozioökonomische, soziokulturelle und demokratiepraktische Krise geraten» (Reckwitz, 2019 a, S. 282).

Der populistische Protest sei somit als Ausdruck dieser «Krise des apertistischen Liberalismus» zu verstehen (Reckwitz, 2019 a, S. 282). Er wende sich daher ganz folgerichtig gegen beide seiner Ausprägungen.<sup>38</sup> «Mit dem Rechtspopulismus», schreibt Reckwitz,

«bildet sich ... eine neue, grundsätzliche Konfliktlinie des Parteiensystems aus, und zwar offenbar in Reaktion auf die entfaltete Hegemonie des neuen Liberalismus. Der Rechtspopulismus fordert das Paradigma des apertistisch-differenziellen Liberalismus in dessen links- und wirtschaftsliberaler Spielart heraus. Dieser neue starke Cleavage basiert auf dem Gegensatz zwischen einer «kommunitaristischen» und antipluralistischen Politik der soziokulturellen Gemeinschaft des Volkes auf der einen und einer liberalen und kosmopolitischen Politik der Öffnung der Märkte und Identitäten auf der anderen Seite: es handelt sich um einen Cleavage zwischen einer Politik der Schließung und einer Politik der Öffnung.» (Reckwitz, 2017, S. 414, Hervorhebung im Original)

Die Populisten stellen sich gegen «liberal geprägte Funktionsebenen und deren ökonomische *wie* kulturelle Hegemonie» (Reckwitz, 2019 a, S. 239, meine Hervorhebung).

Vor dem Hintergrund dieser Deutung betont Reckwitz, den Rechtspopulisten gehe es in ihrer Frontstellung zur liberalen Hegemonie sowohl um «soziale» wie auch «kulturelle Homogenität». Unter ersterer fasst er beispielsweise das Ziel der «soziale[n] Ein-

heitlichkeit der Lebensverhältnisse» und die «Sorge um die kleinen Leute, der Arbeitnehmer und Lohnempfänger» und merkt in einer Fußnote an, dass «Einzelne dieser *policies* (z. B. Handelsbeschränkungen) ... nicht per-se «rechtspopulistisch» [sind], sie können auch von der Linken oder von Seiten eines regulatorischen Liberalismus vertreten werden» (Reckwitz, 2017, S. 417, Fn. 99). Und so folgerichtig wie hellichtig ist dann auch seine Einschätzung, dass die Positionierung der Populisten, da sie sich in Gegnerschaft zur «neoliberale[n] Verwettbewerblichung des Sozialen und des Diversity-Linksliberalismus» vollziehe, «spiegelbildlich ... in einer regulierenden, nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie einer homogenisierenden Kultur- und Migrationspolitik» liege (Reckwitz, 2017, S. 416–417). Es sei daher nicht verwunderlich, so Reckwitz, «dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits, die Migrations- und Kulturpolitik andererseits Schwerpunkte der populistischen Politik darstellen» (Reckwitz, 2019 a, S. 280) – wobei wir für später die Fraglosigkeit notieren sollten, mit der auch bei Reckwitz die Migration insgesamt der kulturellen Dimension zugeschlagen wird.

Diese Diagnose verliert nun jedoch viel von ihrer Prägnanz und Differenzierungsfähigkeit, wenn Reckwitz trotz des von ihm durchgehend betonten Doppelcharakters der liberalen Entwicklung «Kultur» dann noch einmal als diese Unterschiede wieder einebnenden Oberbegriff einführt, um den «für die Spätmoderne charakteristischen politischen Antagonismus» als einen Gegensatz zu beschreiben, bei dem die «liberale Hyperkultur» und ein «kommunitaristischer Kulturessenzialismus» einander gegenüberstünden (Reckwitz, 2017, S. 24, siehe insbesondere auch 2019 b) – und er aus dieser Konstellation seine Diagnose einer «Kulturalisierung des Politischen» (ebenda) beziehungsweise einer «Kulturalisierung der Politik» (Reckwitz, 2017, S. 371) oder sogar einer «Kulturalisierung des Sozialen» (Reckwitz, 2019 b, S. 31) ableitet, um ohnehin

alles auf «Kulturkonflikte» zulaufen zu lassen, in der Gegenwart «eine Potenzierung neuer kulturelle[r] Konflikte» (Reckwitz, 2019 b, S. 29) festzustellen und um schließlich im Rechtspopulismus dann auch nur noch den Ausdruck von Identitätspolitik und essenzialistischer Gemeinschaft erkennen zu können (Reckwitz, 2017, S. 417–421, 2019 b, S. 42). So dass er schließlich im Widerspruch zur eigenen Herleitung des populistischen Protests festhält, die Mobilisierung gegen den apertistischen Liberalismus nehme «nicht die Form von Klassenkämpfen im traditionellen, das heißt sozial-materiellen Sinne, sondern von *Identitätskonflikten* an» (Reckwitz, 2019 b, S. 45, Hervorhebung im Original).

Ob nun die «Gesellschaft der Singularitäten» mit ihrer Diagnose eines Kampfes zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus oder die neo-rokkanianische These von der neuen Spaltungslinie in der «zweiten Dimension» der Politik – insgesamt ist die Behauptung von der Kulturalisierung der Politik bereits so sehr kanonisiert, dass sie Eingang in die politikwissenschaftlichen Textbücher gefunden hat. Es gehe in den Konflikten der Gegenwart – so lesen wir etwa bei de Vries und Hobolt – immer um «Themen, die weitgehend nicht-wirtschaftlicher Natur sind (auch wenn die Konflikte wirtschaftliche Ursachen haben können) und eher mit «kulturellen» Aspekten der Politik und polarisierten Reaktionen auf die Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt zu tun haben: Einwanderung, Grenzen, Identitäten und internationale Governance. Diese kulturellen Aspekte der Politik stellen *kulturell progressive Libertäre* gegenüber eher *kulturell konservativen Autoritären*, wobei erstere Transnationalismus und Globalisierung befürworten, während letztere die Werte einer abgegrenzten nationalen Gemeinschaft betonen.» (de Vries u. a., 2021, S. 62–63)<sup>39</sup>

Das erkennbare Bemühen dieser Literatur, das Kulturelle vom Ökonomischen sauber zu trennen, der dabei deutlich werdende Willen, den politischen Wandel ausschließlich in der kulturellen

Dimension zu verorten, die umstandslose Zuordnung des Themas Migration zu dieser Dimension, so als habe sie keinerlei Verteilungswirkungen, generell das Verschwinden von Verteilungsfragen aus der Analyse der Konflikte,<sup>40</sup> die Kategorisierung der gegenwärtigen Konflikte als reine Wertekonflikte (wobei dann das Ökonomische nur über den Umweg der Sozialstruktur in die Erklärung hineinspielt, um darzulegen, warum die einen sich für die tolerant-progressiven und die anderen sich für die intolerant-regressiven Werte entschieden haben), dabei die erhebliche normative Aufladung der Kategorien selber (‹autoritär/ libertär›, ‹universell/ partikularistisch›), mit der diese Konflikte beschrieben werden – dies alles lässt den Schluss zu, dass sich die neue Mittelklasse hier eine Konfliktlage interpretatorisch zurechtlegt, in die sie selbst involviert ist.<sup>41</sup>

## 4. Offene Märkte, offene Identitäten<sup>1</sup>

### 4.1 Die ökonomischen Handlungen und die politischen Haltungen

Die Widersprüchlichkeit der Literatur in ihrem spezifischen Rückgriff auf die Theorie gesellschaftlicher Spaltungslinien soll in diesem Kapitel zunächst noch etwas ausführlicher dargelegt werden (4.1), um die Kritik dann als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer alternativen Erklärung zu nutzen (4.2).

Eine äußerst umfangreiche, beständig anwachsende (vgl. nur die zwei neuen Schwerpunktheft *Borbáth, Hutter und Leininger, 2023; Zollinger und Attewell, 2025*) und dabei nun auch schon mehr als zwanzig Jahre zurückreichende Literatur ist selbstverständlich vielstimmig. Jeder Beitrag setzt eigene Schwerpunkte, jedes Argument fällt etwas anders aus – und im Verlauf der Zeit sind ebenfalls thematische Verschiebungen festzustellen. So wurde, nachdem die frühere Literatur besonders den Einfluss der Globalisierung oder Transnationalisierung auf die entstehenden politischen Konfliktkonstellationen betont hatte, zuletzt eher die Bedeutung des Übergangs in die postindustrielle, die Informations- oder Wissensgesellschaft hervorgehoben (vgl. etwa *Bornschiefer u. a., 2024; Zollinger und Attewell, 2025*), ohne dass dabei ganz klar wurde, in welchem Ausmaß denn das eine, der Strukturwandel, von dem anderen, der wirtschaftlichen Öffnung, getrennt werden kann.

Im thematischen Wechsel kommt zudem zum Ausdruck, dass das Phänomen, das man zu erklären sucht, sich im Lauf der Zeit

wandelt – nicht zuletzt in der Dimension seiner Bedeutung. Konnte man anfänglich noch glauben, ein wesentlich als Werte-Backlash verstandener Konflikt werde bald an Intensität verlieren, irgendwann auslaufen und dann auch wieder in den Hintergrund treten, teils durch leichte programmatische Anpassungen der etablierten Parteien, teils auch, weil es sich ohnehin nur um verzweifelte Rückzugsgefechte einer im Verschwinden begriffenen weißen Mehrheitsgesellschaft handele, wissen wir heute, dass es anders gekommen ist. In diesem Sinne hatte man 2016 die Wahl Trumps noch für das letzte Aufbäumen einer absehbar minoritären WASP-Fraktion<sup>2</sup> halten können. Wie so viele andere, vor kurzem noch ganz fest geglaubte Selbstgewissheiten der ›liberalen Demokratie‹ liegt auch sie mittlerweile in Trümmern. Und als je fundamentaler sich die populistische Gegenbewegung erwies, umso kulturalisierter wurde ihre sozialwissenschaftliche Deutung.

Zugleich scheint bei aller Vielfalt der Argumente, beim Pluralismus der Perspektiven und bei der Anpassungsfähigkeit an die veränderten Verhältnisse ein gemeinsamer argumentativer Kern der Literatur identifizierbar (und dann auch kritisierbar) zu sein. Die neue Theorie der Spaltungslinien selbst behauptet von sich, auf einem «breiten Konsens» zu ruhen (Zollinger und Attewell, 2025, S. 2). Die vorangegangenen Abschnitte hatten die zentralen Elemente dessen, was man durchaus als Paradigma bezeichnen könnte,<sup>3</sup> bereits herausgestellt. So ist sich die Literatur einig, dass das Neue unserer gegenwärtigen politischen Konflikte in einer zweiten Dimension der Politik zu verorten ist, wobei diese Dimension sich transformiert habe und ältere Gegensätze – ganz früher einmal: Staat/Kirche, später dann: Materialismus/ Postmaterialismus – einem neuen Gegensatz gewichen seien. Die zwei Pole dieser neuen Spaltungslinie werden, wir hatten es gesehen, in immer neue Begriffe gefasst, gemeint ist aber stets das Gleiche: eine kulturelle Konfliktdimension, in der eine Gruppe mit universalen

Werteorientierungen gegen eine mit partikularen Wertorientierungen steht. Im Mittelpunkt ihres Konflikts gehe es um eine ‹Politik der Offenheit› gegen eine ‹Politik der Schließung› (Andreas Reckwitz).

Wir haben es also, so die vorherrschende Sicht, ganz vornehmlich mit ‹identitären Themen›, nicht mit verteilungspolitischen Fragen zu tun. Und diese identitären Konflikte entzündeten sich vornehmlich an der Schnittstelle von Nationalem und Supranationalem – eine zentrale Rolle spielt dabei die Migration (die, wie Liesbeth Hooghe und Gary Marks betont haben, eine Herausforderung in *ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht* bedeutet (s. o., S. 75), sich aber, so zumindest behauptet es die Literatur, immer nur in einer Spaltung manifestiert, ‹deren Kern *ein kultureller Konflikt* ist, in dem *libertäre, universalistische Werte* gegen die Verteidigung von *Nationalismus und Partikularismus* stehen»; s. o.).

Die Gruppenbildungen, die in diesen Konflikten zu beobachten sind, korrespondieren dabei zwar recht deutlich mit sozio-ökonomischen Lagen. So finden wir auf dem einen Pol, der in der Literatur unter anderem als ‹traditionell, autoritär, nationalistisch› markiert wird (TAN), Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss – und damit auch mit niedrigem Einkommen. Entsprechend finden wir auf dem anderen Pol, der dann mit ‹grün, alternativ und libertär› (GAL) bezeichnet wird, Personen mit hohem Bildungsabschluss und damit zumeist auch höherem Einkommen (oder, in frühen Phasen des Bildungserwerbs, zumindest mit der Aussicht auf ein höheres Einkommen und daher dem Interesse an einem wirtschaftlichen Wachstumsmodell, das diese Art von Bildungsprämien weiterhin bereithält [Hooghe und Marks, 2025; Schäfer und Steiner, 2025]). Der Einfluss des Ökonomischen erschöpft sich in der gängigen Deutung aber in der bloßen Erklärung, wie es zu den jeweiligen Werteorientierungen kommt, die in

den Konflikten unserer Zeit – die selbst als wesentlich nicht-ökonomisch verstanden werden – Geltung erlangen. Die Kausalkette, die man sich hier vorstellt, ist eine – wie es in wünschenswerter Klarheit heißt –, bei der erst «die soziale Struktur Werte beeinflusst und dann Werte die Wahlentscheidung beeinflussen» (Bornschier, 2009, S. 6).<sup>4</sup>

Das ist unter der Prämisse, dass wir es mit Wertekonflikten zu tun haben, eine zwar simpel-mechanische, aber konsequente Theorie-Architektur. Was jedoch, wenn die Prämisse selbst gar nicht trägt? Der Sprung von einer Analyse «globaler Schocks» ökonomischer, politischer und kultureller Art zur Behauptung der exklusiv kulturellen Artikulation des Protests gegen sie, wie er mittlerweile zur dominanten Deutung geworden ist, irritiert zumindest. Dabei taucht dieser Umstand, den man von außen als widersprüchlich wahrnehmen und zum Anlass von Kritik nehmen könnte, *innerhalb des Paradigmas* als Forschungsfrage wieder auf, warum die «‹Verlierer der Wissensgesellschaft› eher Gruppengrenzen anhand kultureller Identitäten ziehen» (Bornschier u. a., 2024, S. 29) oder warum «kulturell geprägte Appelle bei wirtschaftlich definierten Gruppen Anklang» fänden (ebenda, S. 8). Oder wie man sich die Verbindung von «‹soziokulturellen› Konflikten, die von Parteien der neuen Linken und rechtsextremen Parteien geschürt werden, mit strukturellen Spaltungen in postindustriellen Wissensgesellschaften» eigentlich vorzustellen habe (Zollinger und Attewell, 2025, S. 1, meine Hervorhebung).

Die Frage, wie genau sich die ökonomische in eine soziale Struktur übersetzt, die dann wiederum in Werten, Einstellungen oder kulturellen Dispositionen zum Ausdruck kommt, um sich letztlich in Wahlentscheidungen zu manifestieren, wird in vielen Beiträgen mit Verweis auf ein «Klassenschema» beantwortet, dem diese konkrete Vermittlungsarbeit überantwortet wird.<sup>5</sup> In dem Schema, auf das sich die neue Cleavage-Literatur prominent beruft,

sind zwischen objektiver Klassenlage und politischen Einstellungen und den diesen Einstellungen dann folgenden Wahlhandlungen sogenannte berufliche ‹Arbeitslogiken› geschaltet. Aus ihnen werden die jeweiligen Handlungs- und Werteorientierungen abgeleitet (Oesch, 2013, 2015). Dabei stellt das Schema den Konnex zwischen sozio-ökonomischer Lage und politischen Einstellungen schon auf der Unterscheidungsebene her, also bei der Abgrenzung der Klassen(lagen) selbst, und führt die Konflikte der Gegenwart auf «die *kulturelle Kluft* zwischen hochqualifizierten Schichten, die in zwischenmenschlichen Arbeitsumgebungen tätig sind (und eine liberale Sicht auf die Gemeinschaft haben), und geringqualifizierten Schichten, die mit objektbezogenen Aufgaben beschäftigt sind (und eine autoritäre Sicht auf die Gemeinschaft besitzen)» (Oesch, 2006, S. 329), zurück. Hier muss sich der Kapitalismus also gar nicht mehr um einen Verblendungszusammenhang kümmern, er wird schon im Prozess der Klassenbildung mitgeliefert (ein wenig verwundert mag man sich im Kontext einer solchen Deutung fragen, wie überhaupt die Arbeiterbewegung jemals zu einer gesellschaftlich progressiven Kraft hatte werden können).

Die neuen kulturellen Konflikte sind also bereits in die Klassenstruktur eingelassen. Der zweidimensionale politische Raum, wie wir ihn bereits kennengelernt haben, scheint in der Arbeitswelt, so wie sie sich in diesem Erklärungsschema vorgestellt findet, direkt auffindbar. Während der bekannte ‹vertikale› (ökonomische) Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im alten Klassen-Cleavage abgebildet ist und er Arbeiter links und die *managerial class* rechts wählen lässt, bestimmt die ‹horizontale› Differenzierung verschiedener Beschäftigtengruppen nach (Berufs-)Arbeitslogiken, wo sich die jeweiligen Personen auf der neuen, immer salienter werdenden kulturellen Dimension einsortieren.

In diesem Schema ist für die neue akademische Mittelklasse,

deren Mitglieder hier als ‹sozio-kulturelle Expertinnen› geführt werden, eine warmherzige interpersonelle Arbeitslogik reserviert.<sup>6</sup> Für die Arbeiter auf den unteren Hierarchiestufen bleibt hingegen nur eine ‹technische Arbeitslogik› übrig, die dann auch recht unmittelbar mit ihrem behaupteten Hang zum Autoritären kurzgeschlossen wird, alles dies auf Grundlage einer eigensinnigen Aneignung marxistischer Argumentationsfiguren, laut der diesmal die ökonomische Basis, nachdem sie den ideologischen Überbau produziert hatte, nie wieder gesehen wurde.<sup>7</sup>

Zu den unterschiedlichen Arbeitslogiken treten erschwerend auch noch Unterschiede im Bildungsstatus hinzu:

«Neben der Klassenlage scheint auch die Bildung eine Rolle zu spielen: Eine höhere Bildung geht offenbar mit eher ‹libertären› politischen Werten einher. Sie vermittelt kognitive Fähigkeiten – insbesondere Sprachkenntnisse –, die den Zugang zu anderen Lebensweisen erleichtern und somit zur kulturellen Toleranz beitragen ...» (Oesch, 2008a, S. 333)

Oder:

«Bildung hat eine liberalisierende Wirkung, d.h. sie bewirkt eine allgemeine Verschiebung der politischen Wertvorstellungen hin zum kulturellen Liberalismus (Kosmopolitismus, Universalismus). Sie trägt zu kultureller Toleranz und Offenheit bei und vermittelt Sprachkenntnisse, die den Zugang zu anderen Kulturen ermöglichen. Menschen mit geringer Bildung sind in der Regel weniger tolerant und verfügen nicht über die Ressourcen, um mit Ausländern zu kommunizieren oder andere Kulturen im Allgemeinen zu verstehen.» (Kriesi u. a., 2008, S. 7)<sup>8</sup>

Sollten wir überrascht sein, wie vorteilhaft – man könnte sagen: ‹self-serving› – die Selbstdeutungen der neuen sozio-kulturellen *service class* ausfallen und wie sehr ansonsten ein Blick nach unten die Analyse prägt? Die Gegenwartsdiagnosen der neuen aka-

demischen Mittelklasse kennen einen (nicht einmal besonders) «stillen Held» (Iversen, 2025, S. 22): sie selbst. Ihre Mitglieder setzen sich «für die Förderung wirtschaftlicher Chancen, Demokratie und Diversität ein und werden als Förderer des Gemeinwohls angesehen. Im Gegensatz zur Arbeiterklasse wird ihnen ein längerer Zeithorizont zugeschrieben, der die Interessen künftiger Generationen durch soziale Investitionen und grüne Politik berücksichtigt.» (Iversen, 2025, S. 22) Doch lassen sich begründete Zweifel daran hegen, ob das Argument so aufgeht und die Geschichte so ausgeht. Es bleibt sinnvoll, so scheint es, gegenüber dem Schleier solcher Selbstdarstellungen eine skeptische Grundhaltung zu bewahren und bei der neuen Mittelschicht nicht weniger als anderswo ein Interesse an Politiken zu vermuten, die der eigenen Klassenlage entsprechen (ebenda, S. 6).

Denn insgesamt stellt sich das Argument doch eher als System aufeinander verweisender Setzungen und entsprechender Operationalisierungen dar: Die neue Konfliktdimension ist kulturell.<sup>9</sup> Das gilt dann für alles, was man hier subsumiert – und hierunter sollen, man registriert es mit einem gewissen Erstaunen, alle Konflikte fallen, die sich entlang der Frage «internationale Offenheit vs. ... nationale Demarkation» ausbilden (Oesch, 2008b, S. 334). Diejenigen, die sich gegen «internationale Offenheit» wenden, tun dies in dieser Lesart also aus kulturellen Gründen (weil sie autoritäre Werte haben). Das gilt für Parteien wie Wähler.

Folgerichtig muss sich die Analyse den Einstellungen und Werten zuwenden und sie entlang einer autoritär/libertär-Skala einordnen. Delikaterweise wird die empirische Vermessung von Personen und Parteien in dieser Dimension sowohl in der Literatur als auch teils bereits schon in den Wahlstudien selbst (wie der German Longitudinal Election Study, GLES) regelmäßig anhand eines Items vorgenommen, das nach den Einstellungen zur Zuwande-

rung (manchmal zusätzlich zur europäischen Integration) fragt.<sup>10</sup> Erst wird also Zuwanderung (oder die EU) als kulturelles Thema kategorisiert, um die Einstellung zu ihr zur Positionierung von Wählern und Parteien auf einer libertär/autoritär-Skala zu nutzen (vgl. etwa Spies, 2013; Oesch und Rennwald, 2018).<sup>11</sup> In der Analyse des Wahlverhaltens beweist sich dann, dass Arbeiter, die man zuvor als autoritär identifiziert hat, Parteien wählen, die man zuvor als autoritär identifiziert hat. Das Erklärungsschema bestätigt sich an einer Empirie, die unter seiner Mithilfe gewonnen wurde. Mit diesem Zirkel sind dann unsere neuen Konfliktlagen zur allgemeinen Zufriedenheit erklärt.<sup>12</sup>

Eine solche Soziologie lässt einen einigermaßen ratlos – und mit dem dringenden Wunsch nach einer Soziologie dieser Soziologie – zurück: Was sind ihre gesellschaftlichen Produktions- und Rezeptionsbedingungen? Wer so über Bildung beziehungsweise ihr Fehlen redet, besaß sie wohl immer schon – die Geschichte der Bildungsexpansion, geschrieben von den Kindern dieser Expansion und deren Kindern, als Erzählung vom Eintritt in eine oder die bessere Gesellschaft. Aber was leistet die Behauptung von der Kulturalisierung unserer Konflikte in den Debatten, die wir führen? Eine Vermutung: Die die kulturelle Dimension definierenden Pole autoritär/partikularistisch auf der einen und libertär/universalistisch auf der anderen Seite lassen sich recht geschmeidig in das vertraute links/progressiv vs. rechts/regressiv Register übersetzen. Das erlaubt es, einen politischen Vorzeichenwechsel vorzunehmen: Offenheit ökonomisch ist rechts, Offenheit kulturell ist links. Zugespitzt formuliert: Die Behauptung vom exklusiv kulturellen Charakter unserer Konflikte erleichtert es denen mit den ‹falschen Interessen› zu behaupten, schuld seien die mit den ‹falschen Werten›.

Die dahinterstehenden begrifflichen Operationen lassen sich als – unzulänglicher – Versuch verstehen, auf den Einbruch des Supranationalen in die nationale Politik eine konzeptionelle Antwort zu finden. Herkömmlich (vgl. Laver und Budge, 1992; Benoit und Laver, 2006) wird die Verortung von Parteien in der verteilungspolitischen Dimension mithilfe einer Antwort auf die hypothetische Frage gegeben: Wenn die Staatsausgaben die Staatseinnahmen übersteigen, würde eine Partei eher die Ausgaben kürzen (verteilungspolitisch rechts) oder eher die Steuern erhöhen (verteilungspolitisch links)?<sup>13</sup> Mit dieser konventionellen ‹raise taxes vs. cut spending›-Frage bleibt man aber streng im nationalstaatlichen Rahmen – was den Verteilungskonflikten der Gegenwart nach der *great global transformation* in immer offenkundigerer Weise nicht gerecht wird. Nach vierzig Jahren intensiver ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung (Milanovic, 2025) sowie dem an seine Grenzen angelangten Wachstum der nationalen Sozialstaaten müsste man eher der Frage verteilungspolitische Relevanz zumessen, inwieweit man die Bewegung von Gütern, Kapital und Personen über Grenzen hinweg einschränken will oder nicht. Die Theorie der neuen Spaltungslinie meint ja nun aber gerade, den ‹transnational cleavage› *insgesamt* auf der zweiten Dimension der Politik verorten zu können.

Nachdem das Ökonomische auf diese Weise vom angeblich ‹Nicht-Ökonomischen› getrennt wurde, kann es innerhalb dieses ‹Nicht-Ökonomischen› mit dem Pauschalverweis auf Kultur konsequent negiert werden. Damit gerinnt das Erklärungsschema allerdings nur zum ‹theoretische[n] Gerüst einer ideologischen Position› (White, 1991, S. 16). Dass der Protest gegen den gesellschaftlichen Fallout von vier Jahrzehnten umfassender Außenliberalisierung in ökonomischer und politischer Hinsicht, der vermittelt damit zugleich auch ein Protest gegen die rechtlich fixierte Form ist, in

den dieser Prozess gegossen wurde (vgl. Manow, 2024), einen handfesten verteilungspolitischen Kern hat, kann in Abrede gestellt werden. So sehen wir zugleich, wie in Zeiten des Umbruchs nicht nur die herkömmlichen politischen Unterscheidungen nicht mehr greifen und die bekannten Lagerbildungen unangemessen werden, sondern zugleich auch die etablierten Beobachtungsroutinen und Begrifflichkeiten ins Leere laufen, so dass die Beobachtung der Politik insgesamt kaum weniger hilflos erscheint als die Politik selbst.

Mit der Pauschalthese von der Kulturalisierung lassen sich unsere Konflikte somit asymmetrisieren: Auf der einen Seite steht dann eine Gruppe mit nicht-erkennungswürdigen (‹partikularen›) Werten, die damit sogar ihren eigenen, potenziell anererkennungswürdigen Interessen schadet (‹falsches Bewusstsein›), auf der anderen Seite findet sich eine Gruppe mit anererkennungswürdigen (‹universalen›) Werten – und anscheinend ganz ohne eigene Interessen. Eine solche Gegenüberstellung folgt dem generellen Muster unserer Debatten, einerseits Polarisierung zu konstatieren, andererseits aber immer nur über einen – den anderen, den falschen – Pol sprechen zu wollen. Wie aber Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey uns mit Verweis auf Bourdieu kürzlich in Erinnerung gerufen haben: Universalismus bedeutet zumeist «die Universalisierung des eigenen Falls» (Amlinger und Nachtwey, 2025, S. 168). Generell möchte man angesichts solcher Zuschreibungslogiken dazu raten, weder «die Interessen der urbanen Bildungseliten für das allgemeine Interesse [zu] halten noch davon aus[zugehen], dass die nicht-urbane Arbeiterklasse eine von Natur aus reaktionäre Kraft ist» (Iversen, 2025, S. 6).

Wenn man von der ‹Transformation der zweiten Dimension der Politik› reden will, von unseren neuen kulturellen Konflikten,

dann erscheint zunächst bemerkenswert, wie sehr Kategorien, die in der ursprünglichen Formulierung der Cleavage-Theorie den analytisch-neutralen Zweck hatten, die im makrosoziologischen Prozess der Nationalstaatsbildung historisch entstandenen Konfliktlager zu identifizieren (Staat/Kirche, Zentrum/Peripherie), nun unter der Hand zu einem moralisch aufgeladenen, auf individuelle Einstellungen zielenden Maßstab geworden sind, mit dem aus sozialwissenschaftlicher ‹Beobachterperspektive› über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit politischer Standpunkte geurteilt wird. Die politischen Konflikte der Zeit werden durch das Abmessen an einer Einstellungsskala (‹universal – partikular›, ‹libertär – autoritär›) zur Innerlichkeit geöffnet, die neue Mittelklasse kann ‹vor der Politik der eigenen Projekte› in die Sprache subjektiver Haltungen zur Welt ‹flüchten› (Nickel, 2023, S. 112): Eine gelungene Privatisierung der Politik, die sich mit der neuen Verteilung von Ansprüchen und Chancen umstandslos verrechnen lässt. Sie macht es ebenso unnötig, Politik als Sphäre widerstreitender Interessen zu verstehen, wie sich auch jede historische Verortung von Konflikten zu erübrigen scheint (siehe hierzu jetzt Meaney, 2025).<sup>14</sup>

Aber so glatt, wie dieses Erklärungsschema diskursiv und politisch aufgehen mag, geht es empirisch und theoretisch eben nicht auf. Hier ist vielleicht abzusehen von einer Punkt-für-Punkt-Kritik, obwohl jeder einzelne Argumentationsschritt je für sich Fragen teils grundsätzlicher Natur aufwirft. Etwa: Wenn man im Kern des populistischen Protests kulturelle Konflikte über Werte – GAL/ TAN – sieht, gibt es dann *per definitionem* keinen Linkspopulismus? Wenn doch, wie würden wir ihn stattdessen erklären können? Wie plausibel ist eine Erklärung, die zentral auf Wertewandel und eine durch ihn provozierte Gegenbewegung abstellt, wenn das populistische Phänomen gleichermaßen in grundlegend liberalisierten und in dieser Hinsicht deutlich weniger ‹fort-

geschrittenen» Ländern zu finden ist (etwa Schweden im Vergleich zu Polen)? Überhaupt wäre ja die zeitliche Dimension zu klären: Warum genau soll ein Prozess des Wertewandels Ende der 1960er, Anfang der 1970er einen «Gegenprozess» 40 Jahre später provozieren – warum nicht früher, warum nicht später? Was genau wäre das auslösende Moment? Wie sind überhaupt diese Hypothesen mit der Wahldemographie und -soziologie der jüngeren Vergangenheit in Übereinstimmung zu bringen, die dem beliebten Erklärungsschema «alter weißer (eher ungebildeter) Mann» gerade keine Evidenz zuführen (Schäfer, 2022)?

Entsprechendes gilt für eine Erklärung, die nun prominent auf den Übergang in die «Wissengesellschaft» abstellt: Ist es sinnvoll, die Erkenntnisse der Vergleichenden Politischen Ökonomie und der «Spielarten des Kapitalismus»-Literatur unter dem Zielbegriff «knowledge society» verschwinden zu lassen (obwohl es einen mittelbaren und ganz systematischen Zusammenhang zwischen den Cleavage-Strukturen von Ländern, der Varianz ihrer Politischen Ökonomien und damit auch ihrer Vulnerabilität gegenüber verschiedenen Erscheinungsformen der Globalisierung gibt)? Und inwiefern ist es überhaupt eine gegenüber dem Verweis auf die Globalisierung und ihre Verwerfungen neue und andere Erklärung, wenn der jeweilige wirtschaftliche Strukturwandel (auch in seiner Radikalität) ohne ein hohes Ausmaß an Außenwirtschaftsöffnung gar nicht zu denken ist? Was sind die Ressourcen der Wissensgesellschaften? Wo haben sie ihren Ursprung? Suggestieren diese Erklärungen nicht auf problematische Weise eine Naturwüchsigkeit und Zwangsläufigkeit der Entwicklung, als wenn das Ausmaß an wirtschaftlicher Offenheit nicht etwas ist, was vermittelt politischer Entscheidungen zu bestimmen wäre (und exakt dies nun gerade eines der Hauptthemen der populistischen Revolte ist [Milanovic, 2025])?

Oder: Wenn eine Erklärung der sozio-ökonomischen Verteilung

des populistischen Wahlverhaltens auf sogenannte (Berufs-)Arbeitslogiken abstellt, warum gab es dann populistische Parteien nicht schon in den 1950er oder 1960er Jahren – oder haben die Arbeitslogiken auf den unteren betrieblichen Hierarchiestufen die Arbeiterschaft erst vor kurzem autoritär werden lassen? Wie überhaupt verhält sich eine auf Arbeitslogiken abstellende Erklärung mit (räumlicher) Varianz, wenn Arbeiter in einigen Ländern eher rechtspopulistisch, in anderen eher linkspopulistisch und mancherorts gar nicht populistisch wählen? Und wie mit zeitlicher Varianz – wenn wir unter einem konstanten Regime der Arbeitslogiken starke Änderungen des Wahlverhaltens sehen?

Grundsätzlicher auf theoretisch-konzeptioneller Ebene: Wie plausibel ist die Annahme, dass die Konflikte, die mit einer in den letzten dreißig Jahren dramatisch intensivierten Globalisierung einhergehen, lediglich zu einer Transformation der zweiten, gesellschaftspolitischen Dimension der Politik führten und dabei die erste, verteilungspolitische völlig unberührt gelassen haben?

Die Liste an Nachfragen wäre damit noch nicht erschöpft. Aber anstatt sie zu verlängern, soll der Fokus hier nun vor allem deswegen auf einen theoretischen Widerspruch gelegt werden, weil dessen Verständnis für die Entwicklung einer alternativen Erklärung zentral erscheint.

Zunächst kann man sich die Frage nach dem Woher und Warum des intensiven Bemühens stellen, die Konflikte der Gegenwart unbedingt als kulturell oder wertebasiert zu kategorisieren, wenn wohl niemand abstreiten will oder kann, dass neben den «neuen» kulturellen Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung (Einwanderung und europäische Integration)» (siehe oben) ebendiese Einwanderung und ebendiese europäische Integration zusätzlich auch eine ganze Reihe von teils sehr grundlegenden verteilungspolitischen Fragen aufwerfen.<sup>15</sup> Eine *vergleichende*

Politische Ökonomie von EU-Skepsis und Populismus wird so zumindest nicht zur analytischen Option. Damit geht, so der Eindruck, eine weitere Tendenz zur Präfiguration der Erklärung durch das Erklärungsschema einher, nämlich die beiden Dimensionen tendenziell für ‹perpendicular› (de Wilde *u. a.*, 2019, S. 3), also orthogonal, zu halten, senkrecht zueinander stehend, sprich: als vollkommen unabhängig voneinander zu behandeln, was schlicht den empirisch unwahrscheinlichsten aller Fälle darstellt: das Schema als Erfüllung des lang gehegten liberalen Traums von der ‹vollständigen Autonomie der geistig-kulturellen Sphäre› – mit den moralisierenden Freiräumen, die das schafft.

Zumindest erscheint dieser Literatur die ökonomische Dimension unserer Konflikte eher von nachrangiger Bedeutung. Das Ökonomische wird, wie gesehen, nur herangezogen, um für das Kulturelle eine Erklärung zu haben, es wird auf der Ebene der Sozialstruktur verortet, aber nicht auf der Ebene der Konflikte selbst. Damit einher geht eine tendenziell nachlässige Verortung der Populisten in der verteilungspolitischen Dimension, die bis heute in der relevanten Literatur immer wieder als ‹konservativ› oder ‹rechts› kategorisiert werden (Zürn, 2020, S. 166; siehe etwa Bornschier *u. a.*, 2024, S. 23; ebenso Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 47, Figure 1.5). Dass das zunehmend begründungsbedürftig und weniger selbstverständlich geworden ist, wurde oben argumentiert (Kapitel 3). Man kann sich darauf zurückziehen, das für ganz normale Unterschiede in der Einschätzung einer ja nie völlig eindeutigen Empirie anzusehen (was sie mit Sicherheit *auch* sind). Man könnte es deswegen bei der Feststellung belassen, dass alles letztlich eine Frage der Abwägung und der Gewichtung wäre und es sich erst zukünftig erweisen wird, in welche Richtung sich die verteilungspolitische Positionierung der Rechtspopulisten denn nun genau neigt.

Auf einer anderen, grundsätzlicheren Ebene hingegen stellt sich die Frage nach der theoretischen Konsistenz, oder man könnte auch sagen, der Mikrofundierung des Arguments. Denn der Sprung von einer Analyse «globaler Schocks» ökonomischer, politischer und kultureller Art zur Behauptung von der exklusiv kulturellen Artikulation des Protests gegen sie geht ja in der Deutung der Populisten als verteilungspolitisch rechts mit nichts weniger als der Behauptung einher, dass die Verlierer der Globalisierung nichts Besseres zu tun haben, als an ihrem eigenen Verhängniszusammenhang freudig und fleißig weiter zu weben. Die verteilungspolitische Verortung der Rechtspopulisten läuft auf die Behauptung hinaus: Die, die unter «Offenheit» leiden, eben auch ökonomisch (als Ausgangsbefund wird das ja zugestanden), befürworten in dieser Dimension weiterhin «Offenheit».

Dieser evidente «Widersinn» wird dem Analyseobjekt gerne zum Vorwurf gemacht, wie ja ohnehin die betreffende Forschung – auf die eine oder andere Weise – von der Prämisse ausgeht, die Stimmabgabe für eine populistische Partei stelle «eine Form von Irrtum dar» (Guenther, 2025, S. 7).<sup>16</sup> Ob dies nun auf einen Mangel an Vernunft, auf Verführbarkeit, auf Affekte, moralische Defizienz oder was auch immer sonst zurückzuführen sei, bei der sozialwissenschaftlichen Beschäftigung mit dem populistischen Wahlverhalten kann es vor dem Hintergrund dieser Forschungsprämisse nur um Fehleranalyse gehen. Es stellt sich aber die Frage, ob und inwieweit der konstatierte Widersinn nicht eher dem Analysesubjekt zuzurechnen wäre. Denn substanziell lässt sich, soweit ich sehe, das Argument überhaupt nicht plausibilisieren: Was genau sollte populistische Parteien davon abhalten, ihren Wählern ein für sie passendes kulturelles *und* ökonomisches Angebot zu unterbreiten? In den Wirtschaftswissenschaften gelten seit der sogenannten *rational expectations revolution* der 1970er Jahre Modelle, die unterstellen, dass sich strategische Akteure systematisch täu-

schen (lassen), als grundsätzlich defizient, weil man sich dann letztlich jedes beliebige ‹Gleichgewicht› herbeimodellieren kann. Damit aber wäre die Vorstellung oder Behauptung, dass hier Parteien die Interessen ihrer Wähler nachhaltig missachten (können oder überhaupt nur wollen), schwer zu vereinbaren.

Damit ist die Rolle der Parteien selbst und sind die Zwänge, unter denen sie handeln, ins Zentrum gerückt. Parteien müssen über eine schwache Gesellschaftstheorie verfügen (vgl. Möller, 2024), sie müssen eine Vorstellung von der gesellschaftlichen Verteilung der Wünsche und Interessen haben, insbesondere natürlich über die Wünsche und Interessen ihrer Wähler – zumindest grob – Bescheid wissen. Normalerweise erlangen sie dieses Wissen, was ihre eigenen Anhänger anbetrifft, in Prozessen interner Willensbildung und durch Demoskopie. Dass sie zudem ihren Wählern umfassende Angebote machen, zu allen jeweils ‹aktuellen› Themen Positionen formulieren müssen, wenn man sich aus dem Ghetto der Nischenpartei hinausbewegen will oder sich bereits herausbewegt hat, wie das bei den neuen populistischen Parteien zweifellos der Fall ist, und dass das zugleich verbunden ist mit einem gewissen ideologisch-programmatischen Konsistenzzwang (Dalton, 2018), muss in Rechnung gestellt werden. Dabei ist ebenfalls zu konzedieren, dass Oppositionsparteien in dieser Hinsicht geringeren Zwängen unterliegen als Regierungsparteien. Genau diesen ideologisch-programmatischen Konsistenzzwang wird man vermutlich auch dafür verantwortlich machen können, dass in den europäischen Parteiensystemen die vier ursprünglichen Spaltungslinien mittlerweile zu zwei grundsätzlichen politischen Dimensionen fusioniert sind (Kriesi, 1998, 2014), dass also die sozio-kulturellen Cleavages (Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche; siehe oben) sich nach dem weitgehenden Abklingen der zugrunde liegenden Gesellschaftskonflikte zu einer ‹zweiten› Dimension der Politik und die beiden sozio-ökonomischen Cleavages (Kapital/

Arbeit, Stadt/Land) zu einer grundlegenden Verteilungsdimension verschmolzen haben.<sup>17</sup>

Konsistenzzwang besteht für Parteien dabei nicht nur zwischen Politikbereichen oder -dimensionen, sondern auch in zeitlicher Hinsicht: Einerseits weil Parteien für Wähler identifizierbar bleiben, also ideologisch wiedererkennbar sein müssen, andererseits weil ihre Mitglieder aufgrund von bestimmten Überzeugungen, Präferenzen, Interessen, Werthaltungen, die zu ideologisch-programmatischen Festlegungen einer Partei ‹passen›, Parteimitglieder sind. Diese Festlegungen sind deswegen nicht ‹je nach Lage› änderbar. Etwa: Eine Partei wie die CDU kann sich nicht urplötzlich gegen die europäische Integration stellen, und das nicht etwa, weil – in einem moralistischen Verständnis – sie damit ‹ihre Werte› oder ‹ihre Geschichte verraten› würde, sondern weil das schlicht die Partei als Organisation gefährden würde.

Das erklärt unter anderem, warum *grundlegender* gesellschaftlicher Wandel regelmäßig *nicht* durch programmatische Anpassungen etablierter Parteien politisch abgebildet werden kann, sondern nur durch den Eintritt neuer Parteien in das Parteiensystem (Hooghe und Marks, 2017). Dies wäre allerdings etwas, das etablierte Parteien eigentlich unter allen Umständen zu verhindern suchen müssten – weil neue Anbieter die ‹Marktanteile› der alten automatisch schrumpfen lassen. Die Umstände, unter denen Parteien handeln, sind in dieser Hinsicht aber ungünstig, eben weil Parteien nicht anders als – in einem gewissen Rahmen – ideologisch unbeweglich (*sticky*; Hooghe und Marks, 2017, S. 10) sein können. Inkrementelles Anpassungshandeln, etwa einmal die eher linksliberale, dann vielleicht die eher nationalkonservative Ausdeutung ein und desselben Parteiprogramms, bleibt selbstverständlich möglich. Im Regelfall ist aber auch das schon von intensiven internen Richtungskämpfen begleitet (u. a. weil Karrierechancen der Parteifunktionäre von solchen Ausrichtungs-

änderungen tangiert werden und von der Frage, wer sie jeweils vornimmt).

Wie wir sehen werden, spielen beide Aspekte – die relative ideologisch-programmatische Unbeweglichkeit von Parteien und, damit im Zusammenhang stehend, das Aufkommen neuer Parteien als Reaktion auf grundlegenden gesellschaftlichen oder politischen Wandel – für das im nächsten Abschnitt zu entwickelnde Argument eine gewichtige Rolle; ebenso wie das weitere Argument, dass sich die programmatische Trägheit von Parteien über die Parteiidentifikation der Wähler ins Elektorale verlängert. Anders formuliert: Können sich etablierte Parteien nur sehr langsam und sehr partiell an veränderte Verhältnisse anpassen, besteht dazu bei hoher Parteiidentifikation ihrer Wähler auch ein geringerer Anreiz.<sup>18</sup> Nochmals anders formuliert: Ist das Parteiensystem wenig konsolidiert und fällt (auch deswegen) die Parteibindung der Wähler geringer aus, sollten wir schnelleres programmatisches Anpassungshandeln erwarten können. Auch dies, nicht nur der anders strukturierte politische Raum (siehe oben, Kapitel 2, etwa Abbildung 5), lassen Unterschiede zwischen den westeuropäischen Demokratien und den Transformationsländern erwarten.

Wenn wir die Kritikpunkte zusammenfassen, dann wird deutlich, dass sie sich im Kontext des vorherrschenden Paradigmas von der Kulturalisierung unserer Konflikte nicht als Anomalien verstehen lassen, denen durch die eine oder andere theoretisch-konzeptionelle Anpassung Rechnung zu tragen wäre. Sie verdichten sich vielmehr zu einem grundlegenden Zweifel am Erklärungsrahmen selbst, der hier zur Anwendung gebracht wird. Ein ganzes (auch analytisches) Vokabular wird fraglich (vgl. Rorty, 1992, S. 21–51).<sup>19</sup> Daraus wiederum ergibt sich die Notwendigkeit des Versuchs einer anderen Erklärung, der im nächsten Abschnitt unternommen werden soll.

Ein solcher Ansatz sollte jedoch, im Lichte der vorstehenden Kritik, Folgendes berücksichtigen: *Erstens* scheint es mir sinnvoll, an ‹Globalisierung› als dem dominanten Bezugsproblem des Populismus festzuhalten, dabei – *zweitens* – den ökonomisch-kulturellen Doppelcharakter dieser Globalisierung ernst zu nehmen und seine Berücksichtigung in der Analyse durchzuhalten, was einschließt, Migration nicht nur als einen ausschließlich kulturellen Konfliktgegenstand zu verstehen, sondern ihren Verteilungs- und Wettbewerbsimplikationen gerecht zu werden. Die pauschale These von der Kulturalisierung unserer Konflikte, von der ‹zweiten Dimension› als ihrem einzigen Austragungsort, wäre damit sowieso hinfällig – damit zugleich auch, *drittens*, die These von der *einen* neuen (oder transformierten alten) Spaltungslinie. Im Zusammenhang damit stellt sich *viertens* die Frage nach der verteilungspolitischen Positionierung der rechtspopulistischen Parteien erneut, und sie müsste präziser als bislang beantwortet werden. Als Folge müssen dann *fünftens* die neuen Kombinationen aus (verteilungspolitisch) links und (gesellschaftspolitisch) rechts in den Fokus geraten. Sie müssten systematischer aus den analytischen Begriffen und der durch sie ermöglichten Analyse hergeleitet und erklärt werden. *Sechstens* wäre von ‹Erklärungen› Abstand zu nehmen, die mit Behauptungen verbunden sind, dass sich Akteure systematisch, geradezu ‹strukturell bedingt› täuschen (lassen), etwa dass Parteien nur vorgeben, ihre Wählerschaft zu vertreten, sie aber ‹in Wirklichkeit› verraten, dass überhaupt bei zentralen Themen und in Bezug auf substantielle Wählerschaften grundlegende Mechanismen des Parteienwettbewerbs angeblich ausgesetzt seien. Wenn man nicht überzeugende Argumente präsentieren kann, warum dies nun hier, in diesem spezifischen Fall, so sein soll, konträr zu dem, was wir – empirisch gut abgesichert – im Regelfall politikwissenschaftlich erwarten können,<sup>20</sup> wäre auf diese Art von Annahmen zu verzichten.

## 4.2 Die eigene Gestalt als Antwort

Ausgehend von diesen Überlegungen, versucht sich dieser Abschnitt nun an der Skizzierung einer alternativen Erklärung. Dabei soll es zunächst um das allgemeinere Argument gehen, um die Darlegung seiner Grundzüge. Hieraus abzuleitende empirische Implikationen stehen im nachfolgenden Kapitel 5 im Mittelpunkt.

Zentraler Bezugspunkt der alternativen Erklärung bleibt dabei aber die Theorie der Spaltungslinien, wie sie von Stein Rokkan und Seymour Martin Lipset in den 1960er Jahren formuliert wurde (Lipset und Rokkan, 1967; Flora, Kuhnle und Urwin, 1999). Ich ziehe jedoch aus ihr in einer zentralen Hinsicht eine andere theoretisch-konzeptionelle Konsequenz. Wie wir sehen werden, führt uns das zu einer grundlegend anderen Thesenbildung und Gegenwartsdiagnose. Denn was Hooghe und Marks ganz explizit, die meisten anderen Beiträge zur Literatur in verschiedenen Abschattierungen der Klarheit schildern, ist, wie die Konflikte unserer Zeit sich der Ausbildung einer neuen Ebene politischer Autorität und Souveränität verdanken, diesmal einer ‹oberhalb› des Nationalstaats. Das aber ist ein Vorgang, der in seiner Grundsätzlichkeit prinzipiell auf der gleichen Ebene wie Lipsets und Rokkans *national revolution* angesiedelt ist – eben als *de-nationalizing revolution*. Es scheint offenkundig, dass das für die gesellschaftlichen Spaltungslinien, die sich historisch im Zuge der und in der Folge dieser nationalen Revolution herausgebildet hatten, nicht ohne Konsequenz bleiben kann.

Die von Lipset und Rokkan benannte nationale Revolution war schließlich in ihrer Theorie gerade *die Voraussetzung* für die Ausbildung von Spaltungslinien: «Funktionale Gegensätze können sich nur ausbilden nach einer initialen Konsolidierung des Natio-

nalgebiets.» (Lipset und Rokkan, 1967, S. 13) Mit funktional meinen die beiden hier die sozio-ökonomischen Spaltungslinien, also Kapital/Arbeit und Stadt/Land, während, wie die Autoren ausführlich darlegen, die ‹non-functional oppositions› (also die sozio-kulturellen Konflikte Zentrum/Peripherie und Staat/Kirche) zuvor *in* diesem territorialen Konsolidierungsprozess selber, im Zuge der Ausbildung von Nationalstaaten, entstehen. Anders gesprochen: Die *national revolution* musste notwendigerweise der *industrial revolution* vorausgehen.

Man kann das für eine Trivialität halten: Ein nationales Parteiensystem setzt einen Nationalstaat voraus (wie auch zunächst ein Markt einen Nationalstaat voraussetzt – wie wir wissen, stellt sich das heute anders dar; in der Fluchtlinie dieser Entwicklung stehen wir). Aber zum einen ist es alles andere als eine Trivialität, wie sich dieser Prozess konkret-historisch abgespielt hat (vgl. etwa Bartolini und Mair, 1990; Eley, 2002; Caramani, 2004), noch läuft das Ergebnis vorhersehbar immer und überall auf ein zentralisiertes und national-vereinheitlichtes Parteiensystem hinaus. Wie und in welcher Geschwindigkeit und mit welchem Ergebnis sich dieser Prozess historisch abgespielt hat, ist ein in seiner Variation gerade durch die Theorie der Spaltungslinien überhaupt erst zu verstehender Prozess.

Der Verweis auf die unvermeidbare historische Sequenz von erst nationaler und dann industrieller Revolution ist aber auch deswegen nicht trivial, weil er uns eben in einer wichtigen Hinsicht über unsere aktuelle Lage aufzuklären vermag. Denn er bedeutet nun nichts anderes, als dass – wenn wir die Theorie der Spaltungslinien beim Wort nehmen – der Prozess der Etablierung einer neuen Ebene politischer Autorität und Souveränität oberhalb des Nationalstaats das Potenzial dazu hat, all die ‹Lösungen aufzulösen›, zumindest aber unter erheblichen Anpassungsdruck zu stellen, die historisch auf dieser nationalen Ebene für die

grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte einst gefunden worden waren. Damit ist aber zugleich auch impliziert, dass die gegenwärtige *de-national revolution* als ein Vorgang der – zumindest der Tendenz nach – gleichzeitigen Neuformierung von Identitäten und Interessen zu begreifen ist, ein Prozess sozio-ökonomischer wie sozio-kultureller Transformation, eine Auflösung der in den jeweiligen Parteiensystemen und politischen Ökonomien etablierten Folgebearbeitungen sowohl der nationalen als auch der industriellen Revolution. Es ist ein Prozess von ähnlich grundsätzlicher Bedeutung – und daher auch mit ähnlich grundsätzlichen Verwerfungen als Folge.

Das tatsächlich und radikal Neue unserer Zeit ist, dass Territorium politisch nochmals prinzipiell in Frage steht. Liesbeth Hooghe und Gary Marks haben die fundamentale Dimension dieses Vorgangs sehr klar geschildert, obgleich sie seine ebenso fundamentalen Konsequenzen sogleich wieder zu einem Problem von ›Identität‹ umdeuten wollen:

«Lipset und Rokkan (1967) waren sich der sozialen Veränderungen bewusst, die den Klassenkonflikt untergruben, aber sie hatten keine Ahnung, dass die Behälter – die Nationalstaaten – in den Jahrzehnten um die Wende zum 21. Jahrhundert einer Transformation unterzogen werden würden. Territoriale Identität als Konfliktmotiv galt als Relikt der Vergangenheit. Der Nationalismus wurde als Sackgasse des Faschismus der Zwischenkriegszeit angesehen, die sich niemals wiederholen würde. Ethnischer Nationalismus innerhalb von Staaten galt als träger Überrest längst vergangener peripherer Widerstände gegen die Nationenbildung. In Abwesenheit territorialer Identität – der vielleicht mächtigsten Quelle massenhafter politischer Mobilisierung – reduzierten sich innenpolitische Konflikte auf einen Links-Rechts-Konflikt darüber, wer was bekommt. Als der politische Gorilla des Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg den Raum verließ, beschränkte sich die innenpolitische Debatte auf wirtschaftliche Fragen, d. h. die Rolle des Staates, Steuern und Sozialausgaben. Lipset und Rokkan (1967: 13) erkannten, dass ›funktionale Gegen-

sätze sich erst nach einer gewissen anfänglichen Konsolidierung des nationalen Territoriums entwickeln können», aber sie konnten nicht erkennen, dass das nationale Territorium durch eine Neugestaltung von Autorität [authoritative redesign] dekonsolidiert werden könnte.» (Hooghe und Marks, 2017, S. 5)

Wenn der Vorgang aber von Hooghe und Marks zutreffend beschrieben wird, können sich die neuen Konflikte nicht auf *einen* – weiteren – Transformationsvorgang in *einer* (kulturellen) Dimension der Politik beschränken. Die Genealogie der Bedeutungspole dieser Dimension, vom Staat/Kirche-Konflikt über den Materialismus/Post-Materialismus-Wertewandel bis schließlich zur heutigen ‹libertarian-authoritarian dimension› (Kitschelt, 1994, 1995) kann die Grundsätzlichkeit des Vorgangs nicht angemessen abbilden, so dass wir auch nicht nur – in der Gegenreaktion – mit der Mobilisierung von nationaler oder ‹territorialer› Identität konfrontiert sind. Die Kräfte, die hier am Wirken sind, lassen sich nicht auf kulturelle Vorbehalte reduzieren, sondern stehen jedes Mal für kulturelle, politische und ökonomische Verluste auf der einen Seite, für entsprechende Gewinne auf Seiten des Lagers, das sich ganz einverstanden zeigt mit der Umverteilung und Neuzuweisung der institutionellen und sozialen Bedingungen von Autorität und Souveränität und den konkreten Verteilungsfolgen, die das hat.

Es wäre dann ebenfalls nicht ausreichend, von der Annahme auszugehen, dass «neue Themen und Veränderungen in den Dimensionen des Parteienwettbewerbs exogen, d.h. aus sozialen Konflikten, die das Ergebnis langfristiger gesellschaftlicher Veränderungen sind», entstehen (Kriesi und Hutter, 2019, S. 4), oder in «Anlehnung an die Tradition Rokkans ... die Struktur des Parteienwettbewerbs ... mit *langfristigen Trends in der Gesellschaft*» zu verbinden (ebenda, meine Hervorhebung). Denn Rokkan und Lip-

set hatten ihre Analyse nicht auf die Betrachtung der Konsequenzen langfristiger Trends *in der* Gesellschaft beschränkt, sondern überhaupt erst einmal den Prozess der Herausbildung von ‹Gesellschaft›, also das Zusammenspiel und Voraussetzungsverhältnis von Fragen politischer Souveränität mit Fragen ökonomischer Verteilung wie gesellschaftlicher Identität, in den Mittelpunkt gestellt. In der ursprünglichen Fassung der Theorie der Spaltungslinien waren ganz systematisch und vorgängig die Folgen der Änderung von Staatlichkeit in den Blick geraten als ein zunächst politischer und erst dann ‹gesellschaftlicher› Vorgang. Das aber impliziert unter anderem, dass allein mit gesellschaftlichen Änderungsprozessen (etwa mit dem Übergang in die Wissensgesellschaft; siehe oben) die Konflikte der Zeit nicht hinreichend erfasst sind.

Falls es aber zutrifft, dass wir – zumindest in zentralen Politikbereichen – mit einem grundsätzlichen Prozess der Neuformierung politischer Souveränität konfrontiert sind (‹struggle over borders›; siehe de Wilde *u. a.*, 2019), geht es um eine Gegenbewegung zum Prozess der Nationalstaatsbildung, wie ihn Rokkan und Lipset in ihrer politische Spaltungslinien formierenden Kraft beschrieben hatten, um einen Prozess der (tendenziellen) Ent-Nationalstaatlichung.<sup>21</sup> Die Dekonsolidierung des Staates impliziert dabei die Dekonsolidierung der im Zuge seiner Konsolidierung gefundenen politisch-institutionellen Lösungen in beiden Dimensionen der Politik und führt zu deren *doppelter Transformation*; zu einer Transformation sowohl der sozio-kulturellen *als auch* der sozio-ökonomischen Konfliktdimension – mit Konsequenzen für deren begrifflich-konzeptionelle Erfassung: Nicht nur macht sich ein neues Gegensatzpaar von offen (Integration) und geschlossen (Demarkation) in den kulturellen Konflikten der Zeit geltend, sondern auch in den ökonomischen Verteilungsfragen. Hier werden

die Fragen der grenzüberschreitenden Bewegung von Waren, Kapital und Personen beziehungsweise der Einschränkung dieser Bewegungen relevant. *«Build that wall»* und *«tariffs, tariffs, tariffs»* sind Slogans, die offenkundig zusammenhängen. In Europa steht das in Verbindung mit nichts weniger als den Auflösungserscheinungen desjenigen Klassenkompromisses, der bislang für die politische Stabilität großzügiger Verteilungsregime gesorgt hatte, nämlich dem zwischen Arbeiterklasse und Mittelschicht (vgl. etwa Korpi und Palme, 1998; Iversen und Soskice, 2006), weil die Verteilungseffekte einer Politik der Offenheit immer ungleicher zwischen ihnen anfallen und der Sozialstaat zugleich in einem immer geringeren Maße eine kompensatorische Funktion übernehmen kann. Im Gegenteil, er wird selbst zu einem bedeutenden Faktor von Offenheit durch die Zuwanderung, die er veranlasst. Man kann es natürlich als *«neoliberal»* bezeichnen, wenn sich Arbeiter (und die untere Mittelschicht) von einem Wohlfahrtsstaat abwenden, der sich von ihnen abgewandt hat (siehe unten, Endnote 7, S. 160–161), aber mit solchen an vergangene Interessenlagen gebundenen Zuschreibungen werden die Konflikte der Gegenwart nicht erhellt.

In einer weiteren Hinsicht ergibt sich eine Folgerung für die Theorie der Spaltungslinien – und damit ist eine Frage adressiert, die *innerhalb* des etablierten Paradigmas von der neuen kulturellen Spaltungslinie ebenfalls auftaucht, nämlich die heute offensichtlich deutlich erhöhte Volatilität politischer Mobilisierung und Interessenartikulation, die schnellen Bewegungen von Wählerschaften, der stärker in den Vordergrund tretende Bewegungsscharakter von Politik (Indignados, Occupy Wallstreet, Gilets Jaunes, Black Lives Matter, Pegida, die Klimabewegung [Friday for Future, Last Generation, Extinction Rebellion], die Bauernproteste, Querdenker etc.) – die Hyperpolitik (Jäger, 2023): ein «flüssiges, frag-

mentiertes, volatileres Bild der ‹ungebundenen› Wähler von heute, an die politische Akteure strategisch und zielgerichtet durch bestimmte Themen oder Identitätsangebote appellieren können» (Bornschiefer *u. a.*, 2024, S. 1). Wie will man da von festen Spaltungslinien und Strukturen des Parteienwettbewerbs sprechen?

Auch diese Hyperpolitisierung unserer gegenwärtigen Konflikte hat natürlich viele Ursachen, steht aber im systematischen Zusammenhang mit dem hier formulierten Argument. Der Prozess der Ent-Nationalstaatlichung provoziert nämlich nicht nur den gegen ihn selbst gerichteten politischen Protest, sondern er verändert zugleich in einer rekursiven Schleife den Modus, mit dem dieser noch artikuliert werden kann. Dies insbesondere deswegen, weil im Zuge der Verlagerung politischer Zuständigkeiten die traditionelle Vermittlungsfunktion von Parteien, die sich ja eben in den nationalen Prozessen ausgebildet hatten und auf die nationale Ebene ausgerichtet waren, nachhaltig geschwächt wird. Dies nicht nur aufgrund der schlichten Ebenenverlagerung, sondern vor allem auch, weil wechselnde Mehrheitsverhältnisse kaum mehr ihren Niederschlag in veränderten Politiken finden können. Das ist die Dialektik der Konstitutionalisierung der Politik und ihrer Krise (Manow, 2024).

Wenn der Verhärtung der *policies* auf supranationaler Ebene die Verflüssigung der *politics* auf nationaler entspricht, dann stellt sich das für die Cleavage-Theorie insofern als immanentes Erklärungsproblem dar, als ihr, um überhaupt das Vorliegen einer Spaltungslinie konstatieren zu können, gerade die organisatorische Verfestigung einer Konfliktlinie immer als Bedingung galt, also die sich an einer solchen Konfliktlinie kristallisierenden Formen *organisierten* politischen Kollektivhandelns (Bartolini und Mair, 1990; Bartolini, 2005; Deegan-Krause, 2013). Nun untergräbt je-

doch gerade die Verlagerung politischer Souveränität diese Funktionsbedingungen. Daher ergibt sich für die Theorie die Spannung, einerseits an der Erklärungskraft der Konfliktdimensionen festhalten zu wollen, andererseits aber mit neuen und zunehmend nicht mehr parteiförmigen politischen Protest konfrontiert zu sein. Es liegt auf der Hand, dass davon die Möglichkeit betroffen ist, den sozialen Wandel in repräsentativen Ordnungen verbindlich zur Darstellung zu bringen.

Was heißt das nun für die Betrachtung der europäischen Parteiensysteme? Welche andere Sicht legt diese Deutung des neue Spaltungslinien generierenden Transformationsprozesses nahe? Die Frage lässt sich versuchsweise beantworten, wenn man die in der Einleitung und dann erneut in Kapitel 3 aufgeworfene Frage wieder aufnimmt: Warum hat sich die neue Kombination aus wirtschafts- und sozialpolitisch Links plus gesellschaftspolitisch Rechts aus ihrem ursprünglichen Kontext – dem Transformationsprozess Mittelosteuropas – herausbewegt und sich nachfolgend in allen Parteiensystemen Europas so erfolgreich etabliert?

Die Antwort erfordert eine Perspektivumkehr: Ausgehend von der These, dass wir es im Fall der Dekonsolidierung des Nationalstaats potenziell mit einer Dekonsolidierung, Neuausrichtung, Transformation *aller* auf seiner Ebene etablierten Spaltungsstrukturen zu tun haben, rückt das Globalisierungsprojekt selbst als maßgeblicher Bezugsrahmen des Wandels ins Zentrum. Es folgt als Konsequenz: Statt sich auf die ungewöhnliche und irgendwie als <unzulässig> oder frivol wahrgenommene neue programmatische Kombination zu konzentrieren (oder sie zu ignorieren), die die populistischen Parteien im Angebot haben, lässt sich vorgängig die seltsame Verbindung von Links und Rechts in Rechnung stellen, für die das Transnationalisierungsprojekt selbst steht, verbindet es doch – wir hatten es gesehen (Kapitel 2 und 3) – (neo-)

liberale, also rechte Wirtschaftspolitik mit einem (links-)liberalen Projekt der Gleichstellung und Anti-Diskriminierung: «die entfaltete Hegemonie des neuen Liberalismus» in seiner «links- und wirtschaftsliberalen Spielart» (Reckwitz, 2017; siehe oben).

Über den liberalen Doppelcharakter lässt sich aber konkreter sprechen – etwa in Bezug auf die politischen Mehrheiten, die sich zu seiner Unterstützung bilden. Nehmen wir die Europäische Union, die ja für uns hier der zentrale Beispielfall des transnationalen Projekts ist (ohne dass sich das Projekt in ihr erschöpft), dann schafft ihre spezifische Verfasstheit eine politische Konstellation, bei der – anders als in den jeweiligen Mitgliedsländern – nicht eine parlamentarische Mehrheit sich eine Regierung sucht, sondern eine – wesentlich von den Mitgliedsländern bestimmte – Regierung (die Kommission) sich fallweise parlamentarische Mehrheiten sucht. Dieses «fallweise» lief aber angesichts der Spezifik des politischen Raums in Europa bis vor kurzem auf zwei grundsätzliche Unterstützungscoalitionen hinaus – eine linksliberale und eine neoliberale (siehe oben, Kapitel 2). Björn Hoyland und Simon Hix beschreiben das Muster der Mehrheitsbildung wie folgt:

«Anders als in den nationalen Parlamenten der Mitgliedsländer gibt es im Europäischen Parlament keine regierende Mehrheit. Die Trennung von Exekutive und Legislative in der EU bedeutet, dass Koalitionen im Europäischen Parlament themenbezogen gebildet werden ... Das bedeutet, dass die Fraktionen im Europäischen Parlament Koalitionen entlang der Links-Rechts-Dimension bilden, wobei eine Mitte-Links-Mehrheit aus S&D, ALDE, G/EFA und EUL/NGL eine entscheidende Mehrheit in den Bereichen Umweltregulierung, Gleichstellung der Geschlechter sowie bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres bildet und eine Mitte-Rechts-Mehrheit aus EVP, ALDE und EKR eine entscheidende Mehrheit in den Bereichen Liberalisierung des Binnenmarktes und globale Handelsabkommen bildet. Infolge dieser sich wan-

delnden Koalitionen neigt das Europäische Parlament und damit die EU insgesamt dazu, eine Politik zu verfolgen, die sowohl im Hinblick auf die Liberalisierung des Binnenmarktes als auch auf die Liberalisierung der Freizügigkeit von Personen und die Gleichstellung der Geschlechter, der Rassen und der sexuellen Orientierung ›liberal‹ ist. Es überrascht nicht, dass Bürger, die diese Politik befürworten (mit einer politischen Präferenz für die Mitte), eher die EU unterstützen, während Bürger, die diese Politik ablehnen (entweder auf der radikalen Linken, die die marktwirtschaftliche Politik der EU ablehnt, oder auf der radikalen Rechten, die die liberale Sozialpolitik der EU ablehnt), eher gegen die EU und das Europäische Parlament sind.» (Hix und Høyland, 2022, S. 158)

Die liberalen Koalitionen der Mitte fügen sich also zusammen für die Verbindung aus *markets and morals* (Wendy Brown), stehen für die «Öffnung der Märkte und der Identitäten» (Andreas Reckwitz), für die Werte *und* die Ströme. Dagegen formiert sich im Parlament selbst, aber auch in den nationalen Parteiensystemen, ein ›spiegelbildlicher‹ (Reckwitz; siehe oben – *›tanquam in speculo‹*) politischer Protest.

Die zwei fallweisen parlamentarischen Koalitionen sind aber höchstens teilursächlich für den liberalen Doppelcharakter des Integrationsprojekts, denn es erhält ja viel stärkere rechtliche als parlamentarisch-politische Impulse, wird eher über die europäische Rechtsprechung als über die europäische Gesetzgebung prozessiert. Dadurch intensiviert sich aber nur sein liberales Profil, denn Recht individualisiert und subjektiviert Ansprüche. Beide Projekte, das ökonomisch- und das individuell-liberale Globalisierungsprojekt, werden mithilfe des Rechts vorangetrieben, das sich als gleichermaßen geeignet erweist, dem Besitzindividualismus und der Lebenswelt des Privatsubjekts – die natürlich nichts miteinander zu tun haben – ›zu seinem und ihrem Recht zu verhelfen‹ (Menke, 2018; Pistor, 2019). Dem Recht als *Code of Capital* tritt

das Recht als *Code of Culture* zur Seite – man wird das eine nicht kritisieren können, ohne dem anderen Zusammenhang Rechnung zu tragen: «Der Marktfundamentalismus und der Rechtfundamentalismus [sind] Teil ‹desselben Dispositivs›» (Marcel Gauchet, zitiert nach Knuth, 2025, S. 370) – und die Illusion, «ausgehend von den Rechten der Individuen lasse sich eine mit sich selbst übereinstimmende Gesellschaft» errichten (ebenda, S. 283), kehrt zweihundert Jahre nach ihrem erstmaligen Scheitern zurück. In der Unerbittlichkeit der Schlussfolgerung heißt das aber auch: Die selbsterklärte politische Mitte unterstützt mit ihrer Parteinahme für Offenheit *volens volens* die doppelt-liberale Dimension des transnationalen Projekts und ist daher in diesem politischen Raum nicht Mitte, sondern bildet den einen Pol einer neuen Konfliktachse.<sup>22</sup>

Wenn wir diesen liberalen Doppelcharakter des Projekts auf den Protest dagegen zurückbeziehen, bedeutete dies: Im *strange beast of populism* reflektiert sich das *strange beast of globalization*. Und die Frage des Liberalismus fände in der Gestalt des Populismus ihre Antwort (Manow, 2024, 2026). Man klassifiziert und formiert sich durch seinen Feind – und das gilt sowohl für die Parteien der ‹Neuen Rechten›, die sich den Prozess der Transnationalisierung zum Feind genommen haben, wie auch für die Parteien der ‹Neuen Linken›, die sich die Gegner der Transnationalisierung zum Feind genommen haben – es trifft aber generell zu für die Parteien, die wir gewohnt waren in der Mitte und an den Rändern zu verorten.

Daraus ergeben sich eine Reihe von Schlussfolgerungen, die sich vom bislang vorherrschenden Verständnis der Transformation europäischer Parteiensysteme abheben. Sie sollen im nächsten Kapitel systematischer in den Mittelpunkt gestellt werden. Als unmittelbare, sozusagen vorgezogene Schlussfolgerung ist hier

zunächst nur relevant, dass sich das Elend der (ehemaligen Volks-) Parteien der linken und rechten Mitte aus der Unvereinbarkeit beziehungsweise Inkongruenz jeweils *eines* Aspekts ihrer Parteiprogrammatik mit dem Globalisierungsprojekt erklären ließe (vgl. Hooghe und Marks, 2017). Wir hatten es gesehen: Konservativen Parteien bereitet das Libertäre in der sozio-kulturellen Dimension, insbesondere auch die Unterhöhlung nationalstaatlicher Souveränität, Probleme. Für linke Parteien ist es hingegen das neoliberale ökonomische Projekt, das mit der eigenen Programmatik im Konflikt steht. Für beide wird zudem die «Auflösung der Demokratie im Liberalismus» (siehe oben, Gauchet, 2007, S. 51) zum Legitimitätsproblem. Keine konsistente, in sich schlüssige programmatische Position bezüglich der immer bedeutsamer werdenden neuen politischen Konfliktdimension, des transnationalen Prozesses, formulieren zu können, übersetzt sich aber für beide Parteitypen in ihren elektoralen Niedergang.

Dieser ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich zentristische Parteien – in Regierungsverantwortung oder mit Aussicht auf sie – ideologisch-programmatisch, dann aber auch in ihrem konkreten Handeln aneinander anpassen müssen, weil die Gestaltung der Politik ja kaum mehr in ihren Händen liegt, wenn «das supranationale ‹Oben› als Ablageplatz für nationale politische Verantwortung [fungiert], die als solche nicht mehr ausgeübt werden kann oder soll» (Streeck, 2021, S. 31). Die Transnationalisierung der Politik – das ist keine neue Einsicht (Mair, 2009, 2013; vgl. Schäfer und Zürn, 2021) – führt auf nationaler Ebene zu ihrer Entwertung und Entleerung: «Die Auslagerung der Politik an unabhängige Institutionen ... schränkt die politische Angebotskurve effektiv ein ... Ist die Politikangebotskurve auf diese Weise verkürzt, werden die Parteien dazu ermutigt, den Status quo aufrechtzuerhalten, anstatt Veränderungen zu fördern. Politik wird zu einem Wettstreit zwischen politischen Führern, die in kosme-

tischen und symbolischen Fragen konkurrieren, sich aber im Allgemeinen über den grundlegenden Rahmen der politischen Ökonomie und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse einig sind.» (Hopkin und Blyth, 2018, S. 204)

Zur vornehmsten Aufgabe etablierter Parteien wird es dann, «*precisely not to govern*» (ebenda, S. 205, kursiv im Original). Das ist – solange es gut geht (also konkret in Europa: bis zur Euro- und fünf Jahre danach zur Migrationskrise) – der Traum des Wirtschaftsbürgertums: eine politische Kraft, *qui régne, mais qui ne gouverne pas*, die herrscht, aber nicht regiert. Zwischen den Mitgliedstaaten und der EU etabliert sich auf diese Weise eine neue Arbeitsteilung: *politics without policies* – national, und *policies without politics* – europäisch. Es ist einerseits das zunehmend polarisierte, aber substanzlose Aufeinandertreffen derjenigen, die die substanzielle Entscheidungsmacht gar nicht mehr in der Hand halten, andererseits das stille Schnurren der Maschine: lautstarker Leerlauf hier – Technokratie und *juristocracy* (Ran Hirschl) dort. Dem entspricht, dass nationalstaatliche Kernaufgaben – insbesondere die Kontrolle über Geld und über Grenzen – im politischen Niemandsland des europäischen Rechts schweben: Die Staaten haben diese Kontrolle nicht mehr, die Europäische Union hat sie politisch nicht und wird sie absehbar nicht haben. Sie muss Politik mit Recht substituieren. Das stößt allerdings an offenkundige Legitimierungsgrenzen.

Mit dem Niedergang mittiger Parteien lösen sich von ihnen damit aber zugleich neue potenzielle Wählerreservoirs, die Herausforderer, politische Entrepreneure, «abschöpfen» können, weil es ihnen möglich ist, in Hinblick auf die neuen, transnationalen Transformationsvorgänge konsistente(re) Programmatiken zu formulieren. Der mit der nationalstaatlichen Etablierung von Cleavage-Strukturen sich vollziehende historische Prozess einer «sukzessiven Schließung des Mobilisierungsmarkts» (Stein Rok-

kan; siehe Flora, 2000, S. 70) kehrt sich mit der ‹De-Etablierung› der Cleavages folglich um. Es sind Prozesse des De-Alignments und Re-Alignments, die aber nun nicht mehr primär durch sozialstrukturellen Wandel ausgelöst werden (wie Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre im Zuge von Ingleharts *silent revolution*), sondern durch einen Wandel in der Zuständigkeit für die politisch-exekutive Bewirtschaftung der (natürlich weiterhin dem Wandel unterliegenden) Sozialstrukturen. Deswegen ist dieser zweite Transformationsprozess auch nicht einfach nur als Wiederholung des ersten oder als seine Gegenbewegung zu verstehen – anders, als es die einschlägige Literatur meint (Bornschieer, 2010 a; Kriesi und Hutter, 2019).

Damit wäre die Antwort auf die Frage gegeben, warum sich die neue Kombination aus ökonomisch Links und kulturell Rechts so problemlos von Osten nach Westen ausbreiten konnte – und warum sie das *jetzt* konnte und nicht bereits früher. Die Antwort im Kontext des hier entwickelten Arguments lautet: weil sie die exakte politische Widerspiegelung des in den 1990ern und frühen 2000ern insbesondere in Europa ungemein an Fahrt aufnehmenden Globalisierungsprojekts darstellt. Sie wird geradezu als Kippen einer politischen Konstellation lesbar, in der sowohl prononciert linke als auch prononciert rechte Parteien sich bezüglich des Globalisierungsprojekts gegen einen integrationspolitischen ‹Extremismus der Mitte› positionieren (siehe Tabelle 1).

Wir kehren zurück zu dem in Kapitel 2 vorgestellten politischen Raum Europas, der seine besondere Form aus der Überlagerung des Ökonomischen und Kulturellen bekommt (siehe Abbildungen 1, 2, 3 und 5). Tabelle 1 stellt die neue Rechte und die neue Linke in den Bezug zum transnationalen Projekt, wahlweise als die Affirmation seines Liberalismus oder in Opposition zu beiden Dimensionen seiner liberalen Ausprägung, aber auch in diesem negativen Bezug eben kongruent.

Das transnationale Projekt		
	Sozio- ökonomisch	Sozio- kulturell
Nationaler Raum	Rechts  <b>Etablierte Parteien auf der Linken:</b> Problem mit dem Neo- Liberalismus des Globalisie- rungsprojekts  ↓	Links  <b>Etablierte Parteien auf der Rechten:</b> Problem mit De-Nationali- sierung und dem kulturellen Links- liberalismus des Globalisierungs- projekts  ↓
	die neuen «Ränder»	
Transnatio- naler Raum	Sozio- ökonomisch	Sozio- kulturell
	Links	Rechts
die liberalisierte «Mitte»		
	Rechts	Links

Tabelle 1: Das transnationale Projekt und seine Feinde (und deren Feinde)

Wie immer artikuliert und mobilisiert sich zunächst die Ablehnung, der Protest, das «Gegen» angesichts der starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, es formt sich also zunächst der negative Pol als Artikulation von Beschwerden, Missständen – in Reaktion auf die Verwerfungen, die das transnationale Projekt hervorruft.

Man könnte die den Protest transportierenden Parteien in Anlehnung an Stein Rokkans Terminologie «parties of national defense» nennen. Auf der anderen Seite ist das Einverständnis mit der Dekonsolidierung des Nationalstaats zunächst einfach nur das Einverständnis mit einem sich ohnehin vollziehenden Prozess, inso-

fern Verteidigung des Gegebenen. Dieses Einverständnis siedelt sich einerseits bei einer ‹vermittlungschichteten› beziehungsweise entproletarisierten Sozialdemokratie an, insbesondere aber bei den wirklich neuen Parteien der Linken, also den Parteien des grün-bürgerlichen Milieus, bei denen ‹der Neoliberalismus mit seiner, wie immer auch ideologischen, Forderung nach Überwindung der Nationalstaaten an ein universalistisch erweitertes Gerechtigkeitsverständnis andocken kann, das sich vor allem bei einer neuen Mittelschicht im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Globalisierung und dem Verschwinden der organisierten Arbeiterklasse ... herausgebildet und verfestigt hatte› (Streeck, 2021, S. 32).

Je folgenreicher die europäische oder internationale Politik in die nationale Politik hineinragt, so die These, umso dominanter wird diese Konfliktachse, die, es sei noch einmal unterstrichen, von der Behauptung einer gesonderten, kulturellen Spaltungslinie unterschieden werden muss. Wir können uns das als ‹Rückübersetzung› der europabezogenen Parteipositionen in den nationalen politischen Raum vorstellen, so wie dieser Vorgang in Abbildung 10 schematisch abgebildet wird. Wenn wir den politischen Raum Europas auf seine beiden Dimensionen zurückführen, auf das Zusammenwirken zweier linearer Beziehungen von links/rechts-ökonomisch und links/rechts-kulturell mit der Zustimmung zu oder Ablehnung des Integrationsprojekts (siehe oben, Abbildung 2), dann übersetzt sich diese doppelte Liberalität, so die These, in *einen* Pol einer neuen Konfliktachse, die die Herausbildung eines zweiten, illiberalen Pols provoziert. Genau diesen Prozess können wir seit etwa einem Jahrzehnt beobachten.

Die Positionierungen der Parteien sind daher wie doppelt eingetragen, zunächst nach dem uns vertrauten Nationalen, aber mehr und mehr nun auch in einem Transnationalen. Die Festlegungen

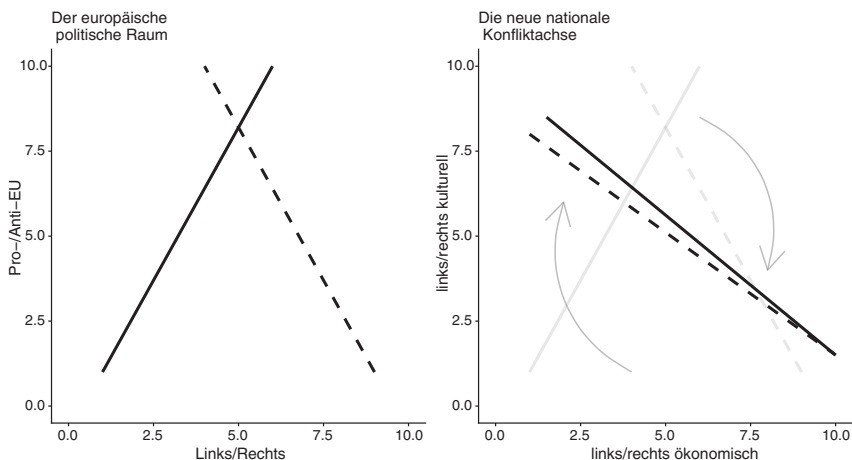


Abbildung 10: Die Rückübersetzung des europäischen in den nationalen politischen Raum – in eine neue Konfliktachse (--- kulturelle Dimension, ----- ökonomische Dimension)

dort wirken immer stärker auf die Festlegungen hier, überlagern sie, verändern sie, widersprechen ihnen. Methodisch ist das nicht einzuholen, wenn man Parteien mithilfe von Expertensurveys verortet, die diese Wechselwirkungen zwischen nationalen und transnationalen Positionen nicht in den Blick nehmen.

Denn der doppelte Liberalismus des Einigungsprojekts verortet – abgetragen im zweidimensionalen Raum der nationalen Politik – die Befürworter der Integration unvermeidlich im unteren rechten Quadranten und seine Gegner, ob nun aus dem linken oder rechten Lager kommend, in dem oberen linken Quadranten. Das wird somit zu einer eigenen Achse des politischen Konflikts.<sup>23</sup> Sie lässt sich visualisieren, wenn wir den europäischen Raum «zurückfalten» in den «konventionellen», heimischen, der entlang der zwei Links-Rechts-Dimensionen, ökonomisch und kulturell, aufgespannt ist (siehe Abbildungen 10 und 11).

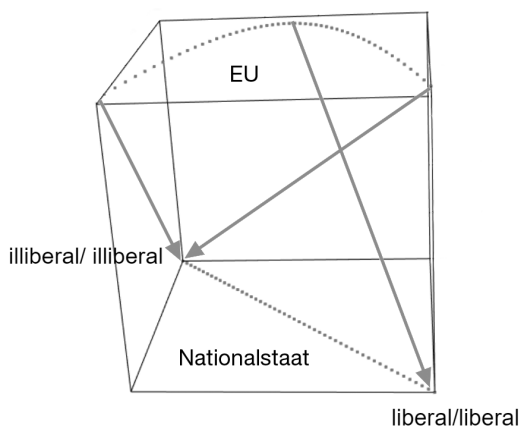


Abbildung 11: Die Überlagerung der Konfliktdimensionen und die doppelte Transformation von links und rechts

Beide Konfliktachsen, die herkömmliche nach links/rechts, die neue nach liberal/illiberal, sind dann wie in einem Kippbild enthalten, das je nach Blickwinkel eine andere Gestalt zeigt – je nach Konfliktgegenstand, wobei die neue Achse als Ausdruck einer Europäisierung der nationalen Parteiensysteme zu verstehen ist. Das nun folgende Kapitel wird einige der sich hieraus ergebenden Schlüsse erläutern, insbesondere auch klären, was die bis heute immer wieder postulierte These von den Europawahlen als ‹eigentlich› nationalen Wahlen noch zu bedeuten hat, wenn diese nationalen Wahlen zwischen Parteien ausgetragen werden, die sich mittlerweile substantiell europäisiert haben.

## 5.

### Das Offene, das Geschlossene und der Extremismus der Mitte

«Es gilt grundsätzlich, dass die Rechte das, was sie ist, auch aufgrund dessen ist, was die Linke ist.» (Hall 1988, S. 56)

Welche Konsequenzen und Auftrittsweisen hat die neue Konfliktachse in den Entwicklungslogiken der europäischen Parteisysteme? Wie dargelegt, haben etablierte Parteien aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten, auf die neue, den nationalstaatlichen Rahmen überschreitende Problemlage programmatisch zu antworten, weil sie sie selbst politisch befördert haben und sich weiterhin zum transnationalen Projekt intensiv bekennen (siehe oben, Abschnitt 4.1). Insofern bleibt der Aufstieg europakritischer Parteien ein valider Indikator für die zunehmende Relevanz der neuen Konfliktachse, bei der das Offene gegen das Geschlossene steht. Natürlich wird niemand politische Massenmobilisierung gegen *«multi-level-governance»* oder *«Überkonstitutionalisierung»* erwarten: Das Abstrakte wird nicht zum Gegenstand der Politik – sehr wohl aber die Wahrnehmung und Deutung seiner Folgen.

Träger der Politisierung des transnationalen Projekts sind, es kann nicht überraschen, die neuen populistischen Parteien, die sich – wie Andreas Reckwitz schreibt – dem liberalen Projekt in seinen beiden Dimensionen, der neo-liberal verteilungspolitischen und der links-liberal gesellschaftspolitischen Dimension, widersetzen (siehe oben). Ihren stetigen Stimmenzuwachs über die letzten 25 Jahre, der sich mittlerweile im Durchschnitt auf um die 20 Prozent der abgegebenen Stimmen beläuft, zeigt Abbil-

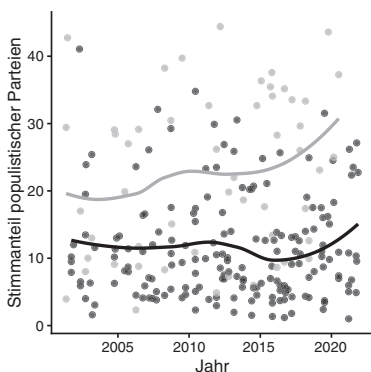


Abbildung 12: Stimmenanteile populistischer Parteien seit 2000, nach Regierung (hellgrau) und Opposition (schwarz); eigene Berechnungen nach ParlGov und PopuList

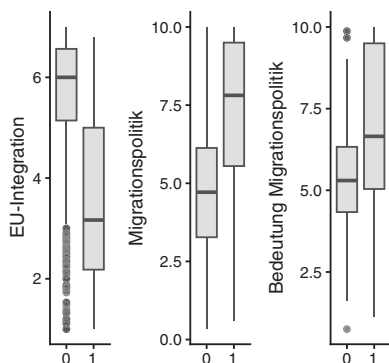


Abbildung 13: Positionen von populistischen und nicht-populistischen Parteien hinsichtlich ihrer EU-Zustimmung, der Migrationspolitik und ihrer Bedeutung; eigene Berechnungen nach PopuList, ParlGov und Ches

dung 12 mit der oberen Kurve für populistische Regierungsparteien (grau) und der unteren für populistische Oppositionsparteien (schwarz).

Das programmatische Profil der populistischen Parteien ist distinkt (Abbildung 13). Sie bewirtschaften vornehmlich das Thema



oben, Abbildungen 8 und 9), sondern auch einen *move to the right* einiger Linkspopulisten beobachten können, wie er sich in Deutschland etwa an der Abspaltung des Bündnisses Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linken manifestiert hat. Abbildung 14 zeigt für das BSW (im Vergleich zur Linken) und die französische La France Insoumise eine entsprechende Position im oberen linken Quadranten, der für die neue ideologische Ausrichtung steht. Das gilt – es wurde bereits erwähnt – in der Tendenz ebenfalls für die Linkspopulisten Südeuropas (Ivaldi u. a., 2017; Ivaldi, 2019, S. 33). Auch für die *etablierte* Linke, etwa die dänische *Socialdemokratiet* und nun seit kurzem die britische Labour Party, sind entsprechende Positionsnahmen zu beobachten.

Vor dem Hintergrund einer solchen ideologisch-programmatischen Entwicklung erscheint dann auch das tatsächliche Zusammengehen europäischer Links- und Rechtspopulisten weniger rätselhaft und bizarr, als es uns vor dem Hintergrund unserer etablierten Auffassung von der Hauptkonfliktachse des politischen Wettbewerbs erscheinen mag. Beispiele sind die italienische Koalition aus Lega und M5S von 2018 bis 2019 oder – bezeichnenderweise schon deutlich früher – 2005 die polnische ‚Regierung der Populisten‘ aus PiS, rechtspopulistischer LPR und linkspopulistischer *Samoobrona* oder die griechische Koalition von Syriza und der rechtsradikalen ANEL [die Unabhängigen Griechen] nach der Parlamentswahl von 2015.<sup>1</sup> Die beliebte Formel *«Les extrêmes se touchent»* bleibt dabei nicht mehr als eine geistreiche Bemerkung, analytisch hilflos, die Gründe für dieses Zusammengehen aufzuheben – sie liegen schlicht in der programmatisch-ideologischen Nähe hinsichtlich der Abwehr des transnationalen Projekts.

Den Aufstieg populistischer Parteien können wir folglich als symptomatisch für eine Zunahme der politischen Polarisierung in Hinblick auf dieses Projekt und für die Bedeutungszunahme die-

ser Konfliktdimension ansehen. Europas veränderter politischer Raum verdeutlicht das. Er lässt sich vermessen auf Basis der uns nun schon bekannten Datenquellen CHES ([www.ches.eu](http://www.ches.eu)) (Rovny *u. a.*, 2024) und ParlGov ([www.parlgov.org](http://www.parlgov.org)) (Döring und Manow, 2024). Neu hinzu kommt PopuList (<https://popu-list.org/>) (Roodujn *u. a.*, 2023), das uns hilft, populistische von nicht-populistischen Parteien zu unterscheiden.<sup>2</sup> Das methodische Vorgehen zur Ermittlung dieses politischen Raums wurde bereits erläutert: Durch die Addition der mit den jeweiligen Stimmanteilen gewichteten Positionen der Parteien in den verschiedenen politischen Dimensionen lassen sich durchschnittliche Positionen berechnen, beispielsweise ein ‹gewichtetes Mittel› der Europazustimmung für jede Wahl und damit für jedes Parlament und damit für jede aus parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen hervorgegangene Regierung (zum Vorgehen generell Gross und Sigelman, 1984).

Die Abbildungen 15 und 16 verdeutlichen die Entwicklung über die letzten fünfzig Jahre, nach Dekaden zusammengefasst: 1975–1985, 1985–1995, 1995–2005, 2005–2015, 2015–2024, für die Mitgliedsländer der EU einmal in Hinblick auf die Zustimmung zur EU – von extrem integrations skeptisch (0) bis extrem integrationsfreundlich (10) – oder in Bezug auf die Salienz – von völlig unwichtig (0) bis große Bedeutung (10).

Abbildung 16 berichtet entsprechend die Entwicklung der Bedeutung (der Salienz) des Integrationsthemas für die Parteien in den Mitgliedsländern.

Zusammengenommen belegen beide Abbildungen eine Zunahme der Integrations skepsis (Abbildung 15) bei gleichzeitiger Zunahme der Bedeutung der Integration als politischem Thema (Abbildung 16), also eine sich im Zeitverlauf ergebende Kombination aus zugleich skeptischeren und intensiveren Präferenzen in Bezug auf die EU (in Form einer Linksverschiebung bei der Zu-

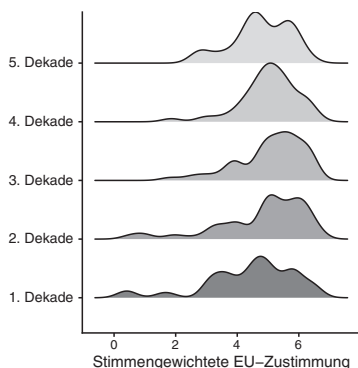


Abbildung 15: Gewichtetes Mittel der EU-Zustimmung in den Parlamenten der Mitgliedsländer, 1975–1985, 1985–1995, 1995–2005, 2005–2015, 2015–2024

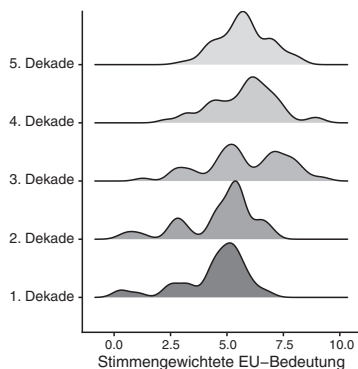


Abbildung 16: Gewichtetes Mittel der EU-Bedeutung [Salienz] in den Parlamenten der Mitgliedsländer 1975–1985, 1985–1995, 1995–2005, 2005–2015, 2015–2024

stimmung und einer Rechtsverschiebung bei der Salienz). Empirisch würde man das vielleicht weniger als Bestätigung der Diagnose vom Wandel eines ‚permissiven Konsens‘ hin zu einem ‚einschränkenden Dissens‘ in Bezug auf die europäische Integration deuten (Hooghe und Marks, 2009), sondern eher als Hinweis darauf, dass Europa als konkretes politisches Thema in den 1970er und frühen 1980er Jahren für die Parteien schlicht noch ohne Be-

lang war: Legitimation durch Desinteresse. Seit einiger Zeit – vor allem auch durch die verschiedenen Krisen des Einigungsprojekts – zeigt sich eine sukzessive Politisierung des Integrationsprojekts, damit zugleich aber auch die Europäisierung der nationalen Parteiensysteme (vgl. Hutter und Kriesi, 2019). Letzterer Befund wiederum ist von Bedeutung für die Erwartungen, die wir hinsichtlich der Europawahlen formulieren können, weil die in der Literatur immer und immer wieder empirisch vermeintlich bestätigte These, sie seien gar nicht europäische Wahlen, sondern schlicht «nationale Wahlen (nachrangiger Bedeutung)» (so der durchgehende Befund dieser Literatur, beginnend mit Reif und Schmitt, 1980, bis zuletzt Hix und Cunningham, 2025), allein schon deswegen problematisch wird, weil eine einfache Trennung des Nationalen und des Europäischen immer weniger sinnvoll erscheint.

Denn der Aufstieg der populistischen Parteien lässt sich insbesondere auch innerhalb desjenigen Projekts verzeichnen, gegen dessen Folgen sie sich wenden. Einzelne populistische Parteien – UKIP (beziehungsweise die Brexit-Party) in Großbritannien oder das Rassemblement National in Frankreich – waren in den Europawahlen im Vergleich zu den nationalen Parlamentswahlen besonders erfolgreich, was in diesen beiden Fällen insbesondere, aber nicht ausschließlich auf die zur Anwendung kommenden unterschiedlichen Wahlregeln zurückzuführen war (seit 2001 Verhältniswahlen in Europa, zugleich in Frankreich und Großbritannien die Mehrheitswahl in den nationalen Parlamentswahlen). Die Benachteiligung kleinerer Parteien durch die Regeln der relativen (Großbritannien) oder absoluten (Frankreich) Mehrheitswahl waren ab 2001 für beide Parteien in den Europawahlen Vergangenheit. Aber generell lassen sich die Verschiebungen in den Stimmenanteilen, die konventionell, aber eher irreführend als Schrumpfen der Mitte und Anwachsen der Ränder beschrieben werden und die man polemischer, aber nicht völlig unzutreffend

als Konsequenzen eines ‹Extremismus der Mitte› verstehen könnte, auch und gerade für das Europaparlament nachzeichnen.

Das ist der umfangreichen Literatur mit ihrer Fixierung auf die These von den Europawahlen als nachrangigen nationalen Protestwahlen bis dato entgangen. Ohnehin steht diese Literatur vor dem grundsätzlichen Problem der Überdeterminiertheit ihrer Befunde. Was in dieser von einer den Fünf-Jahres-Intervallen der Europawahlen folgenden Frage-, Antwort- und Publikationsroutine bestimmten Literatur<sup>3</sup> jedes Mal wieder bestätigt zu werden schien, ist vom Problem der *observational equivalence* geplagt. Denn wenn zuletzt noch Hix und Cunnigham nach Auswertung der Ergebnisse der Europawahlen vom Juni 2024 feststellen, «dass die wichtigsten Vorhersagen des Modells für nationale Wahlen zweiter Ordnung – dass Regierungsparteien und große Parteien Stimmen verlieren, während kleine Parteien Stimmen gewinnen – nach zehn Runden der Europawahlen im Durchschnitt weiterhin zutreffen» (Hix und Cunnigham, 2025, S. 18), steht das dem Umstand entgegen, dass sich die empirischen Befunde gar nicht eindeutig als Bestätigung dieser These werten lassen.

Wir wissen, dass die mittigen Parteien in den Parteiensystemen der EU-Mitgliedsländer immer noch im Regelfall größere, stimmstärkere Parteien sind. Als große und mittige Parteien befinden sie sich auch weitaus häufiger in Regierungsverantwortung (Döring und Manow, 2008). Da aber zugleich auch bekannt ist, dass sich die Zustimmung zum oder die Ablehnung des Einigungsprojekts nach Mitte und Rand verteilt (siehe oben, Kapitel 2), sind die Regierungen in den Ländern der EU auch überdurchschnittlich integrationsfreundlich (vgl. Döring und Manow, 2008) und systematisch integrationsfreundlicher, als es ihre Wählerschaften im Durchschnitt sind (vgl. Hobolt, Spoon und Tilley, 2008).<sup>4</sup> Dann

aber lässt sich gar nicht mit Sicherheit sagen, ob die erkennbaren Muster – große, mittige Regierungsparteien verlieren in den Europawahlen, kleinere, nicht mittige Oppositionsparteien gewinnen – nun auf ein nationales oder aber europäisches Protestwahlverhalten hindeuten.

Verlieren große/mittige/an der Regierung beteiligte Parteien in den Europawahlen Stimmenanteile, weil sie groß und an der Regierung befindlich oder weil sie im Regelfall pro-europäische Parteien sind? Und erklärt sich das komplementäre Muster für die kleinen, nicht-mittigen Oppositionsparteien, weil sie vom nationalen Protest oder weil sie vom Protest gegen das Einigungsprojekt profitieren? Vor dem Hintergrund, dass es auf der Basis der ermittelten Befunde unmöglich ist, zwischen diesen beiden Deutungen zu unterscheiden, überrascht es, wie die entsprechende Literatur die *second order national election*-These immer wieder zu bestätigen behauptet.

Und noch in einer weiteren Hinsicht unterläuft dieser Literatur ein Denkfehler. Sie misst Abweichungen von nationalen Wahlergebnissen und unterstellt damit, dass diese einen quasi neutralen Maßstab an die Hand geben, an dem eine mögliche Europäisierung (oder ihr Ausbleiben) der EP-Wahlen abgemessen werden könnte. Wir hatten nun aber gerade gesehen, dass die nationalen Parteiensysteme über die letzten zehn, fünfzehn Jahre vom Aufstieg des Populismus geprägt sind und dass diese populistischen Parteien in deutlicher Weise eine Skepsis gegenüber der Transnationalisierung von Politik zum Ausdruck bringen. Auch in dieser Hinsicht sind die Schlüsse der *second order national election*-Literatur also von ihren empirischen Befunden nicht gedeckt, wenn sich die nationalen Parteiensysteme, gegenüber denen immer das Europäische abgemessen wird, selbst bereits substanziell «euro-

päisiert› haben. Eine solche Entwicklung ließe sich sogar so deuten, dass Wähler und Wählerinnen durchaus verstanden haben, an wen sie ihren Protest wirkungsvoll adressieren können. Wenn sich der Protest gegen das Transnationale ja doch immer in erster Linie national artikuliert – auch politisch gilt: ›schuldig ist, wen man zu fassen bekommt› (Niklas Luhmann) –, dann sollte man nach der möglichen Europäisierung nationaler Parteiensysteme fragen, statt bei jeder Europawahl von neuem die angeblich nationale Prägung der Europawahlen feststellen zu wollen.

Abbildung 17 und Tabelle 2 belegen nun genau eine solche Entwicklung. Sie zeigen, inwiefern es den Wahlerfolg einer Partei beeinflusst, wenn sie dem EU-Thema Bedeutung zuweist oder sie als populistisch oder nicht einzuschätzen ist. Betrachtet werden nationale Parlamentswahlen seit 2000, in der Regressionstabelle sind jeweils verschiedene Zeitabschnitte ausgewiesen (seit 2000, seit 2010, seit 2015, seit 2020). Abbildung wie Tabelle zeigen, dass

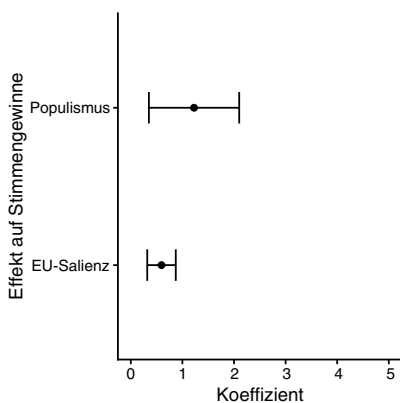


Abbildung 17: Koeffizientenplot – durchschnittlicher Effekt der EU-Bedeutung [Salienz] und des populistischen Status einer Partei auf die Stimmenanteile in den Wahlen zu den Parlamenten der Mitgliedsländer seit 2000; eigene Berechnungen auf Basis der ParlGov-Daten

genau eine solche Europäisierung zu beobachten ist. Im Umkehrschluss heißt das: Wenn Europawahlen von den nationalen Wahlergebnissen nicht substantiell abweichen, erlaubt das nicht den Schluss, ihnen würde nicht ein zunehmend europäischer Charakter zukommen.

Regressionsergebnisse Europäisierung nationaler Wahlen				
Abhängige Variable: Stimmenanteil				
	(seit 2000)	(seit 2010)	(seit 2015)	(seit 2020)
Stimmenanteil vorherige Wahl	-0203*** (0017)	-0213*** (0021)	-0219*** (0026)	-0217*** (0039)
<b>EU-Salienz</b>	<b>0.574***</b> (0139)	<b>0.492***</b> (0172)	<b>0.614***</b> (0203)	<b>0.595**</b> (0276)
Populismus	1302*** (0463)	1611*** (0540)	1675*** (0636)	1.226 (0875)
Konstante	-1.237 (0815)	-0.885 (1001)	-1.603 (1173)	-1.257 (1532)
Beobachtungen	889	604	409	204
Adjusted R <sup>2</sup>	0.139	0.144	0.151	0.125
Anmerkung:	*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01			

Tabelle 2: Lineare Regression, der Effekt der EU-Bedeutung [Salienz] und des populistischen Status auf die Stimmenanteile in den Wahlen zu den Parlamenten der Mitgliedsländer seit 2000 (Spalte 1), seit 2010 (Spalte 2), seit 2015 (Spalte 3) und seit 2020 (letzte Spalte) auf Basis der ParlGov-Daten

Durchgängig zeigt sich seit den 2000er Jahren die Positionierung von Parteien vis-à-vis des europäischen Einigungsprojekts als signifikant mit durchaus substantiellen Effekten – als durchschnitt-

licher Unterschied zwischen einer Partei, die der EU keinerlei, und einer Partei, die der EU höchste Bedeutung zumisst, von 5 Prozent.

Aber selbst wenn wir von den zwei grundsätzlichen Problemen der Literatur – dem Problem der *observational equivalence* ihrer empirischen Befunde und dem der Europäisierung der nationalen Politik – einmal absehen,<sup>5</sup> scheint sie in ihrer Fixierung auf die SOE-These zuletzt auch die Anzeichen für eine *zusätzliche* Europäisierung der Europawahlen selbst nicht wahrgenommen zu haben.

Nehmen wir die Pro-Anti-EU-Variable des CHES-Datensatzes, die von 0 bis 10 verläuft (von absoluter Ablehnung bis kompletter Zustimmung), und ziehen wir – da wir die Polarität des Konflikts abbilden wollen – von jedem Wert für jede einzelne Partei einen Wert von 5 ab, dann erhalten wir vermittels des *absoluten* Werts der so gewonnenen Variable eine Messung, die den Parteien, die die EU vehement ablehnen, wie auch den Parteien, die sie vehement befürworten, gleichermaßen denselben Wert (= 5) zuweist (während Parteien, die sich unentschieden oder ambivalent positionieren, den Wert 0 erhalten). Wenn man angesichts der zunehmenden Bedeutung dieser Konfliktdimension und vor dem Hintergrund der europäischen Krisen der jüngsten Vergangenheit erwartet, dass die Haltung zur EU in den Europawahlen zunehmend eine Rolle spielt, dann sollte die so gebildete Variable Varianz erklären können: Wer zum Projekt sehr eindeutig und sehr prononciert Position bezieht, ob nun affirmativ oder in Opposition zu ihm, sollte Stimmen hinzugewinnen, wer sich zum Projekt uneindeutig oder ambivalent positioniert, sollte Stimmen verlieren (vgl. Ferrara und Weishaupt, 2004).

Tabelle 3 berichtet die Ergebnisse eines Modells, das zentrale Annahmen der *second order*-Literatur aufnimmt, also danach fragt,

Regressionsergebnisse: Lineares Modell für EP-Stimmendifferenzen						
	(1979– 2024)	(EP 2009)	(EP 2014)	(EP 2019)	(EP 2024)	(EP 2024)
<i>Abhängige Variable: Stimmendifferenz zu vorherigen Parlamentswahl</i>						
Parteigröße	<b>-0.119***</b> (0018)	<b>-0.127***</b> (0048)	<b>-0.161***</b> (0053)	<b>-0.264***</b> (0057)	<b>-0.151***</b> (0054)	<b>-0.174***</b> (0061)
Regierung	<b>1.262**</b> (0503)	2.231 (1358)	1.639 (1416)	0.989 (1572)	-1.202 (1254)	-0.639 (1449)
Neue Partei	<b>3.019***</b> (0369)	<b>2.891***</b> (0973)	0.955 (0965)	1.453 (1128)	<b>5.359***</b> (1119)	<b>5.097***</b> (1305)
Anti/Pro-EU	<b>0.314***</b> (0116)	0.199 (0304)	0.356 (0313)	0.344 (0369)	<b>0.948***</b> (0318)	<b>1.294***</b> (0359)
Größe*Re- gierung	<b>-0.207***</b> (0026)	<b>-0.260***</b> (0069)	<b>-0.264***</b> (0076)	-0.090 (0088)	-0.088 (0073)	-0.128 (0080)
Konstante	0917** (0384)	1.071 (1014)	1.607 (1034)	1.770 (1188)	-0.155 (1078)	-1.132 (2574)
Beobach- tungen	1,626	216	234	237	207	207
Länder- Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
Adjusted R <sup>2</sup>	0.320	0.380	0.348	0.233	0.344	0.323
Note:	*p < 0.1 **p < 0.05 ***p < 0.01					

Tabelle 3: Die Europawahlergebnisse und die *second order election*-Hypothese (Hlavac, 2026)

ob große Parteien oder Parteien in Regierungsverantwortung in Wahlen zum Europaparlament systematisch schlechter abschneiden als in den vorangehenden ›heimischen‹ Parlamentswahlen. Zusätzlich berücksichtigt ist ebendie programmatische Position der Parteien in Hinblick auf das Integrationsprojekt. Modell 1 lie-

gen alle Europawahlergebnisse seit der ersten Direktwahl von 1979 zugrunde, die Modelle 2 bis 6 betrachten jeweils eine Europawahl von 2009 bis zur vorerst letzten in 2024, wobei die Spalten 5 und 6 die Ergebnisse für 2024 einmal ohne und einmal mit Einschluss von Kontrollen für die EU-Mitgliedsländer wiedergeben.

Tabelle 3 zeigt nun einerseits eine – wenn auch nicht durchgängige und zuletzt eher abnehmende – Erklärungskraft der *second order*-Literatur.<sup>6</sup> Für unseren Kontext aber entscheidender ist der sehr klare und sehr substanzielle Effekt, den die Positionierung hinsichtlich des Einigungsprojekts nun in der vorerst letzten Wahl für die Parteien in den Europawahlen selbst zeitigt.<sup>7</sup> Auch hier besteht der durchschnittliche Effekt, bewegt man sich von einer Partei, die gegenüber der EU völlig ambivalent ist, hin zu einer Partei, die die Integration entweder intensiv befürwortet oder intensiv ablehnt, in einem Stimmenzugewinnen von zuletzt 5 Prozent.

Diese Entwicklung, sowohl der Nachvollzug der nationalen Entwicklung in den Europawahlen als auch eine zusätzliche Europäisierung in den letzten Wahlen, schlägt sich dann in einer Zusammensetzung des Europaparlaments nieder, die mit dem Schrumpfen der Mitte und dem Anwachsen der Ränder die Entwicklungen in den nationalen Parteiensystemen der Mitgliedsländer spiegelt und in den Mustern der parlamentarischen Koalitionsbildungen vermutlich ihre Zukunft vorwegnimmt. Abbildung 18 zeigt für jede der bisherigen zehn Europawahlen die Entwicklung des politischen Raums in der Links-Rechts- und der Pro-Anti-EU-Dimensionen – also den Zusammenhang, der bereits in Kapitel 2 berichtet wurde.

In Abbildung 18 ist jeder dieser Wahlen eine lineare Schätzgerade hinzugefügt als Abbildung des nach Sitzanteilen gewichteten

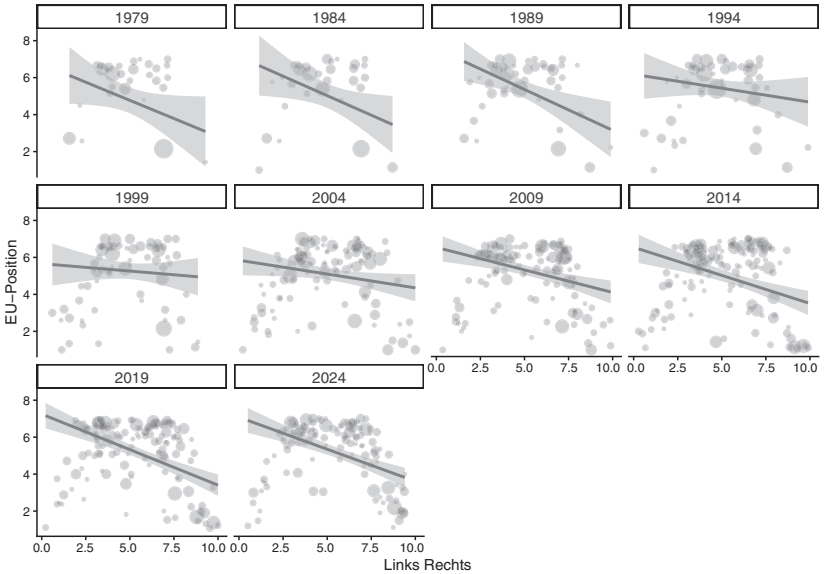


Abbildung 18: Europas politischer Raum – die zehn Europawahlen 1979 bis 2024

(linearen) Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Dimension und der Positionierung der Parteien in Bezug auf das Integrationsprojekt. Deren Steigung zeigt uns, wie Europazustimmung doch immer stärker auf eine Links-Rechts-Unterscheidung anzusprechen scheint – wobei wir in Erinnerung halten, dass sich zugleich der Charakter der rechtspopulistischen Parteien, die diese Entwicklung vor allem antreiben, gewandelt hat.

In Zeiten der ‚permissiven Ignoranz‘ (s. o.), also in den 1980ern, war das Europaparlament schon einmal durchaus europaskeptisch ausgerichtet – was vornehmlich dem relativ großen Block britischer Tories geschuldet gewesen sein dürfte (in den 2000ern überbieten die UKIP-Abgeordneten sie in dieser Rolle). Im Zeitverlauf, und das heißt auch mit zunehmender Bedeutung der europäischen Integration, gesellen sich aber dann viele andere

europaskeptische Parteien hinzu, insbesondere natürlich nach der Osterweiterung der EU 2006/2007. Damit lassen sich seit den 2000ern dann auch zunehmend stärker werdende – negative – Steigungskoeffizienten beobachten. Bemerkenswerterweise fällt in den letzten Wahlen zum Europaparlament, obwohl nach vollzogenem Brexit keine britischen Abgeordneten mehr im EP sitzen, dieser Zusammenhang nun besonders negativ aus. In Hinblick auf die Strukturierung des osteuropäischen politischen Raums könnte man von einer ‹Osteuropäisierung› des Europaparlaments sprechen.

Die Verschiebungen mögen teils nicht besonders dramatisch erscheinen. Aber – wie erwähnt und wie an den Schwierigkeiten politischer Mehrheitsbildung in so gut wie allen westeuropäischen Parlamenten unübersehbar wird – sie reichen aus, um die Grundlage des mittigen Konsenses aufzulösen, der sich in den Mitgliedsländern als Wechsel von Mitte-Links zu Mitte-Rechts und umgekehrt zeigte, im Europäischen Parlament seit 1979 als permanente Großkoalition dieser Mitteparteien. Aber nun scheint auch dort der etablierten, doppelt-liberalen Koalitionsbildung die Grundlage entzogen. Ob Entwaldungsrichtlinie, Verbrennerverbot, Lieferkettengesetz oder Mercosur (nebenbei bemerkt: alles keine Konfliktthemen, die in der zweiten, der kulturellen Dimension der Politik einzutragen wären)<sup>8</sup> – wechselnde Verhinderungs-koalitionen, die wesentlich von bezeichnenderweise zwischen rechts und links hin- und herchangierenden populistischen Parteien profitieren, zeigen sich als recht erfolgreich dabei, eine weitere ökonomische oder gesellschaftliche Liberalisierung zu stoppen oder die bisherige sogar zurückzunehmen.

Mit dem Vergleich der Sitzverteilung im ‹Vor-Krisen›-Parlament von 2009 mit der gegenwärtigen Sitzverteilung im Europäischen Parlament lassen sich die neuen Dynamiken verdeutlichen. Die

Pro-Europa-Fraktionen der Sozialdemokratie (S&D), der Christdemokratie (EVP), der Liberalen und der Grünen verfügten 2009 noch über 80 Prozent aller Sitze im EP, heute sind es knapp 60. Der Kern der Mitte aus S&D und EVP, die als Pro-Integrations-Großkoalition jahrzehntelang auf eine eigene parlamentarische Mehrheit zählen konnten, hat seine Mehrheit verloren (2009, S&D und EVP: noch 60 Prozent der Sitze; 2024: 45 Prozent). Nun reicht es, wenn eine der pro-europäischen Fraktionen, etwa die Grünen in der Frage des Freihandelsabkommens, der liberalen Mitte abhandeln können. Man wird realistischerweise Rückwirkeffekte dieser neuen Dynamiken der Mehrheitsbildung auf nationale Parteiensysteme und deren Koalitionslogiken erwarten müssen. Die neue Konfliktachse ist an den parlamentarischen Mehrheiten im Zentrum des transnationalen Projekts ablesbar.

## 6.

### Die doppelte Transformation

1994 stellte Norberto Bobbio seinem Essay über ‹Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung› eine These voran, die im offensichtlichen Widerspruch zu dem Argument steht, das auf den vorangehenden Seiten entwickelt wurde. Bobbio schrieb, als «antithetische Begriffe» seien links und rechts «ausschließlich», und «gemeinsam» seien die beiden Begriffe «erschöpfend»:

*«ausschließlich in dem Sinn, daß keine Doktrin, beziehungsweise keine Bewegung, gleichzeitig rechts und links sein kann; erschöpfend in dem Sinn, daß, zumindest in der klaren Bedeutung dieses Wortpaars .... eine Doktrin oder eine Bewegung entweder nur der Rechten oder nur der Linken angehören kann» (Bobbio, 1994b, S. 11, meine Hervorhebungen).*

Diese These, so denke ich, ist nicht erst in den letzten dreißig Jahren falsch geworden, sondern war es bereits zum Zeitpunkt ihrer Formulierung – zumindest, wenn man Politik nicht nur eindimensional abmisst. Der Liberalismus hat schon immer eine Verbindung von gesellschaftspolitisch links und wirtschaftspolitisch rechts repräsentiert. Anders formuliert: Er zielte in beiden Dimensionen auf die unbeschränkte Freiheit des Individuums – in der Illusion, diese Freiheit sei gegen eine Gesellschaft zu verteidigen und zu schützen, die diese Freiheiten überhaupt erst ermöglicht.

Sehr abstrakt und ‹begrifflich› gesprochen, verband sich dieser Liberalismus in den Nachkriegsjahrzehnten mit der Linken und der Rechten zu jeweils gemäßigeren Versionen ihrer selbst. Er

verband sich links mit Gleichheit – in der ökonomischen Dimension – und rechts mit Sicherheit – in der kulturellen Dimension (vgl. Gauchet, 1998, S. 142–145). Damit war schließlich der im Westeuropa der Nachkriegszeit aufgespannte politische Raum definiert: eine reformerische Linke, die verteilungspolitisch für Gleichheit und gesellschaftspolitisch für Freiheit kämpfte, und eine gemäßigte Rechte, die verteilungspolitisch für Freiheit und gesellschaftspolitisch für Sicherheit stand. Man könnte in diesem Sinne von einem jeweils auch *ideologisch* eingebetteten Liberalismus der Nachkriegszeit sprechen, umgekehrt von einer bedeutsamen Liberalisierung des linken und rechten Projekts, von dem Frieden, den beide mit dem machten, das sie zuvor gemeinsam mit großer Intensität gehasst und bekämpft hatten: dem Bürgertum (Furet, 1998, S. 16; Hindrichs, 2017, S. 383–391). Dass diesen Verbindungen auch eine spezifische politische Ökonomie entsprach, insbesondere eine, deren wirtschaftliche Offenheit wesentlich unter politischer Kontrolle blieb, ist bekannt (Ruggie, 1982). Nun aber hat sich, ganz hegemonial geworden, das Bürgertum von seinen vorherigen politischen Bindungen gelöst.

Im Zuge dessen ist auch das Außenverhältnis westlicher Ökonomien in den letzten vier Jahrzehnten aus dem Gleichgewicht geraten, der vormalige liberale Kompromiss mündete in einer *«Auflösung von Demokratie im Liberalismus»* (Marcel Gauchet, siehe oben), weil sich die Politik von der Kontrolle der Offenheit weitgehend zurückgezogen hat (Rodrik, 2011; Hopkin, 2020). Das ist der Hintergrund, vor dem mein Argument entfaltet wurde. Es ist die Freiheit selbst gewesen, die ihre Verbindung mit der Gleichheit und der Sicherheit aufgekündigt hat, als sie sich aus dem Nationalstaat herausbewegte. Dabei sind die Unterschiede dieser Analyse zur Pauschal-diagnose *«Neo-Liberalismus»* hervorzuheben (vgl. Mudge, 2008), denn *in ihrem Binnenverhältnis* haben sich nach 1980 nur die USA und das Vereinigte Königreich tiefgreifend libe-

ralisiert, hingegen *in ihrem Außenverhältnis* – und das heißt insbesondere auch auf der Ebene der EU – seit den 1990er Jahren alle entwickelten Industrieländer (Hall und Soskice, 2001; Simmons, Dobbin und Garrett, 2006), und zu dieser Liberalisierung gehört die enorm gesteigerte grenzüberschreitende Bewegung von Gütern, Kapital und Personen. Die Industrieländer des globalen Nordens tauschten die Möglichkeit der Selbstregierung gegen die Vorteile von Globalisierung und Transnationalisierung ein (Rodrik, 2011). Mittlerweile stehen wir inmitten einer sozialprotektionistischen Gegenbewegung, deren Aufkommen uns aber zumindest dann nicht zu überraschen braucht, wenn wir die ökonomischen Verteilungseffekte und -konflikte der Liberalisierungsphase in unser Kalkül einbeziehen (Polanyi, 1944; Milanovic, 2025). Es passt jedoch ins Bild, dass diejenigen, die meinen, die Diagnose der Gegenwart verlange nach einer Faschismusanalyse, nicht an Polanyi anknüpfen oder an andere Argumente, die im *Western Marxism* über das Verhältnis von ungezügelter Globalisierung und nationalistisch-protektionistischen Gegenbewegungen entwickelt wurden – für wie dringend renovierungsbedürftig man einzelne dieser Argumente auch immer halten mag –, sondern an Adornos Studien zum autoritären Charakter: Die Psychologisierung der Politik und die Kulturalisierung unserer Konflikte erweisen sich als zwei Seiten derselben Münze, die auf das Konto moralischer Werte einzahlt. Der vollständige Triumph des Liberalismus ist noch an der dominanten Deutung seiner gegenwärtigen Krise abzulesen.

Mit der Krise der Politik werden wir momentan auch Zeuge der Krise der vorherrschenden Schemata, sie zu erklären. Es ist bezeichnend, dass diese Schemata unsere Konflikte ganz überwiegend als Wertekonflikte interpretieren wollen – insbesondere als Konflikt zwischen ‹libertär-universalistischen und traditionalistisch-kommunitaristischen Werten› (siehe oben). Wertediskurse sind aber ein Symptom von Krisenzeiten, nicht deren Ursache. Es

wird daher immer schwieriger, die Defizite einer Erklärung zu übersehen, die meint, der Hauptkonflikt unserer Gegenwart werde auf einer zweiten Dimension der Politik zwischen Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen oder gar moralisch-ethischen Orientierungen ausgetragen. Und wenn nun, nach über fünfzehn Jahren der Diagnose von der neuen kulturellen Spaltungslinie, festgestellt wird, dass Positionierungen auf der zweiten Dimension der Politik doch auch in den Verteilungskonflikten der Gegenwart relevant werden (vgl. etwa Bornschieer *u. a.*, 2024, S. 5), wird das vor dem Hintergrund eigener Vorfestlegungen zur Erkenntnis.

Stellt man den doppelten Liberalismus des transnationalen Projekts in Rechnung, kann die konkrete politische Gestalt des Post-Liberalismus nicht überraschen (Selk und Hofmann, 2026). Die doppelte Transformation unserer politischen Ordnungsbegriffe schreibt *auf beiden Dimensionen* der Politik die neue Entgegensetzung von offen versus geschlossen ein. Damit doppeln sich auch die Parteiensysteme Europas – Links und Rechts treten nun jeweils in zwei Varianten auf. Das wird gerne im Schema von Mitte und Rand sortiert, allerdings um den Preis, dass damit lediglich die Geltung unserer Sicht auf eine alte Konfliktkonstellation in einer neuen Konfliktkonstellation behauptet wird.

Wenn es in den Konflikten der Gegenwart wirklich um einen ›Kampf über Grenzen‹ (de Wilde *u. a.*, 2019) geht, sollte bewusst sein, welche sozialen Energien und ökonomischen Kräfte damit auf den Plan gerufen sind. In den 1980er und 1990er Jahren wurde es chic, vom ›Container des Nationalstaats‹ zu sprechen, in Verbindung mit der Forderung, man müsse nun unbedingt aus ihm heraustreten (vgl. Agnew, 1987). Es ist allerdings ein absurder Witz, dass bei der Bezeichnung des Nationalstaats, den es nun zu überwinden gelte, kein anderer Begriff in den Sinn gekommen zu sein scheint als ausgerechnet der des Containers (Levinson, 2016). Die Werte und die Ströme ...

## Danksagungen

Ich bin ausgesprochen dankbar fürs Kommentieren, Kritisieren, Editieren, Korrigieren, Temperieren ... durch Michael Neumann, Susanne K. Schmidt, Jörg Döring, Thorsten Wilhelmy, Gertrude Lübbe-Wolff, Christian Stecker, Sebastian Huhnholz, Sven Hillen, Gerd Giesler, Martin Hoepner.

Bei C.H.Beck waren Matthias Hansl und Claire Zander äußerst umsichtige Lektoren.

Ebenfalls Dank an Jennifer Wöbs, Dominik Meyer und Arne Goedecking für die Aufbereitung und Aktualisierung der ParlGov-Daten sowie für die Bereinigung von Fehlern im Datensatz. Auch Sven Hillen und Hung Nguyen gebührt Dank für ihre wertvolle Unterstützung bei der Bereinigung und Aufbereitung der Daten.

Das Argument wurde in Varianten und in verschiedenen Stadien der Ausarbeitung vorgetragen u. a. in Stuttgart am ‹Hospitalhof›, am Zentrum liberale Moderne in Berlin, am Zentrum für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen, vor dem Bildungsverein Hannover, auf Einladung des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks in Aachen, am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst, an der Universität Marburg, am SFB 1472 der Universität Siegen. Ich danke für die Gelegenheit, die Thesen vor ganz unterschiedlichen Zuhörerschaften vorstellen und diskutieren zu dürfen. Die freundliche Einladung nach Stuttgart verdanke ich Wolfgang Pyta.

Sehr dankbar soll auch die Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des SFB 1472 ‹Transformationen des Populären› – 438 577 023 hervorgehoben werden.

## Literatur

- Abelshausen, W. (1984) «*The First Post-Liberal Nation: Stages in the Development of Modern Corporatism in Germany*», *European History Quarterly* 14 (3), 285–318.
- Abou-Chadi, T. und Wagner, M. (2019) «*The electoral appeal of party strategies in postindustrial societies: when can the mainstream left succeed?*», *The Journal of Politics*, 81(4), 1405–1419.
- Abou-Chadi, T. und Wagner, M. (2021) «Electoral fortunes of social democratic parties: do second dimension positions matter?», in Hobolt, S. B.; Rodon, T. (Hg.) *Domestic contestation of the European union*. London: Routledge, 86–112.
- Abou-Chadi, T., Cohen, D. und Wagner, M. (2022) «*The centre-right versus the radical right: the role of migration issues and economic grievances*», *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48(2), 366–384.
- Achen, C. H. und Bartels, L. M. (2016) *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Afonso, A. und Rennwald, L. (2018) «Social class and the changing welfare state agenda of radical right parties in Europe», in Manow, Philip; Palier, Bruno; Schwander, Hanna (Hg.) *Welfare democracies and party politics: Explaining electoral dynamics in times of changing welfare capitalism*. Oxford: Oxford University Press, 142–165
- Agnew, J. (1987) *Place and Politics. The Geographical Mediation of State and Society*. Boston: Allen & Unwin.
- Amlinger, C. und Nachtwey, O. (2023) *Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Amlinger, C. und Nachtwey, O. (2025) *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Aspinwall, M. (2002) «*Preferring Europe: Ideology and National Preferences on European Integration*», *European Union Politics*, 3(1), 81–111.
- Bartels, L. M. (2018) *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Bartels, L. M. (2023) *Democracy Erodes from the Top: Leaders, Citizens, and the Challenge of Populism in Europe*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bartolini, S. (2005) *Restructuring Europe. Centre formation, system building, and political structuring between the nation-state and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Bartolini, S. und Mair, P. (1990) *Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Benoit, K. und Laver, M. (2006) *Party Policy in Modern Democracies*. London: Routledge.
- Beramendi, P. u. a. (2015) *The Politics of Advanced Capitalism*. New York: Cambridge University Press.
- Biebricher, T. (2023) *Mitte/ Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Bobbio, N. (1994a) *Destra e Sinistra. Ragioni e significati di una distizione politica*. Rom: Donzelli Editore.
- Bobbio, N. (1994b) *Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Klaus Wagenbach.
- Bobbio, N. (1996) *Left and Right. The Significance of a political Distinction*. Cambridge: Polity Press.
- Boltanski, L. und Chiapello, È. (2006) *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Borbáth, E., Hutter, S. und Leininger, A. (2023) «*Cleavage politics, polarisation and participation in Western Europe*», *West European Politics*, 46(4), 631–651.
- Borg, S. (2024) «*In search of the common good: The postliberal project Left and Right*», *European Journal of Social Theory*, 27(1), 3–21
- Bornschieer, S. (2009) «*Cleavage Politics in New and Old Democracies*», *Living Reviews in Democracy*, 1(1), 1–25.
- Bornschieer, S. (2010) «*The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe*», *West European Politics*, 33(3), 419–444.
- Bornschieer, S. u. a. (2024) *Cleavage Formation in the 21st century: How social identities shape voting behavior in contexts of electoral realignment*. Cambridge University Press.
- Brown, W. (2015), *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Campbell, J. L. und Pedersen, O. K. (2001) *The rise of neoliberalism and institutional analysis*. Princeton University Press.
- Caramani, D. (2004) *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Carrubba, C. und Timpone, R. J. (2005) «*Explaining Vote Switching across First- and Second-Order Elections: Evidence from Europe*», *Comparative Political Studies*, 38(3), 260–281.
- Corbett, R. (2014) «*European Elections are Second-Order Elections: Is Received Wisdom Changing?*», *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 52(6), 1194–1198.
- Crulli, M. (2024) «*Thin or thick? Populist and radical right politics across European cities, suburbs, and countryside*», *Comparative European Politics*, 22(6), 792–838.
- Dalton, R. J. (2002) *Citizen Politics*. New York: Chatham House.
- Dalton, R. J. (2018) *Citizen politics: Public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. Cq Press.

- Davies, S. (2026) *The Great Realignment: Why the New Right is Here to Stay*. London: Polity.
- de Vries, C. E. u. a. (2021) *Foundations of European Politics. A comparative Approach*. Oxford: Oxford University Press.
- de Wilde, P. u. a. (2019) *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deegan-Krause, K. (2013) «Full and Partial Cleavages», in Berglund, St. u. a. (Hg.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*. Cheltenham / Northampton, MA: Edward Elgar, 35–51.
- Deneen, P. J. (2023) *Regime Change. Toward a Postliberal Future*. New York: Sentinel.
- Dinkel, R. (1977) «Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen», *Politische Vierteljahresschrift*, 18(2/3), 348–359.
- Dinkel, R. (1978) «Der Zusammenhang zwischen Regierungspopularität und ökonomischen Variablen. Einige theoretische und empirische Überlegungen», in Helmstädter, E. (Hg.) *Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften*. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 98).
- Döring, H. und Manow, P. (2008) «Electoral and Mechanical Causes of Divided Government in the European Union», *Comparative Political Studies*, 41(10), 1349–1370.
- Döring, H. und Manow, P. (2024) «Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in modern democracies», [www.parlgov.org](http://www.parlgov.org). Verfügbar unter: [www.parlgov.org](http://www.parlgov.org).
- Down, I. und Han, K. J. (2020) «Marginalisation or legitimization? Mainstream party positioning on immigration and support for radical right parties», *West European Politics*, 43(7), 1388–1414.
- Ehin, P. und Talving, L. (2021) «Still second-order? European elections in the era of populism, extremism, and Euroscepticism», *Politics*, 41(4), 467–485.
- Eley, G. (2002) *Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000*. Oxford: Oxford University Press.
- Ennsner-Jedenastik, L. (2018) «Welfare Chauvinism in Populist Radical Right Platforms: The Role of Redistributive Justice Principles», *Social Policy & Administration*, 52(1), 293–314.
- Ferrara, F. und Weishaupt, J. T. (2004) «Get Your Act Together: Party Performance in European Parliament Elections», *European Union Politics*, 5(3), 283–306.
- Flora, P. (1986) «Introduction», in Flora, P. (Hg.) *Growth to Limits. The Western European Welfare States Since World War II. Volume 1: Sweden, Norway, Finland, Denmark*. Berlin / New York: de Gruyter, 1–34.
- Flora, P. (2000), *Staat, Nation und Demokratie in Europa (Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora)*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Flora, P., Kuhnle, S. und Urwin, D. (1999) *State Formation, Nation Building*

- and Mass Politics in Europe: The Theory of Stein Rokkan*. Oxford: Oxford University Press.
- Fourquet, J. (2019) *L'Archipel français: Une nation multiple et divisée*. Paris: Editions de Seuil.
- Fratzscher, M. (2023), Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler\*innen, *DIW aktuell* 88.
- Furet, F. (1998) *Das Ende der Illusion: Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*. München Zürich: Piper.
- Furtado, C. (2020) *The Myth of Economic Development*. Cambridge (UK): Polity Press.
- Gattermann, K., De Vreese, C. H. und Van Der Brug, W. (2021) «Introduction to the special issue: No longer second-order? Explaining the European Parliament elections of 2019», *Politics*, 41(4), 423–432.
- Gauchet, M. (1998) *Gauche et Droit*. Paris: Gallimard.
- Gauchet, M. (2007) *La révolution moderne. L'avènement de la démocratie I*. Paris: Gallimard.
- Geiselberger, H. (2026), «Einleitung: Der vergessene Quadrant.» In: *Geiselberger, H. (Hg.), Oben rechts. Rechtspopulismus als Klassenprojekt*. Berlin: Suhrkamp, S. 7–25.
- Gethin, A., Martínez-Toledano, C. und Piketty, T. (2021) *Political Cleavages and Social Inequalities. A Study of Fifty Democracies, 1948–2020*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Goodhart, D. (2017) *The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics*. London: Penguin.
- Grande, E. und Kriesi, H. (2012) «The transformative power of globalization and the structure of political conflict in Western Europe», in Kriesi, H. u. a. (Hg.), *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge / New York: Cambridge University Press, 3–35.
- Grillo, E. u. a. (2024) «Theories of democratic backsliding», *Annual Review of Political Science*, 27(2024), 381–400.
- Gross, D. A. und Sigelman, L. (1984) «Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach», *Comparative Politics*, 16(4), 463–479.
- Guenther, L. (2025) «Political representation gaps and populism», Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2025: Revival of Industrial Policy (Konferenzpapier), ZBW – Leibniz Information Centre for Economics, Kiel & Hamburg.
- Haffert, L. (2026) «Staatsabbau als Erfolgsformel. Wahlsoziologische Erkundungen im Grenzgebiet zwischen FDP und AfD». In: Geiselberger, H. (Hg.), *Oben rechts. Rechtspopulismus als Klassenprojekt*. Berlin: Suhrkamp, S. 184–222.
- Hall, P. A. und Soskice, D. (2001) «An Introduction to Varieties of Capitalism», Hall, P. A.; Soskice, D. (Hg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–68.

- Hall, Stuart. 1988. Authoritarian populism: a reply to Jessop. In Stuart Hall (Hrg.), *The hard road to renewal: Thatcherism and the crisis of the left*. London: Verso, 115–124.
- Häusermann, S. u. a. (2025) «*Politicizing inequality in times of sociocultural conflict: How new left and far right voters think about inequality*», *Politics & Society*, 53(4), 630–655.
- Häusermann, S. und Kitschelt, H. (2024) «*Introduction and Theoretical Framework*», in Häusermann, S.; Kitschelt, H. (Hg.) *Beyond Social Democracy. The Transformation of the Left in Emerging Knowledge Societies*. Cambridge – New York: Cambridge University Press, 1–70.
- Hetherington, M. J. und Weiler, J. (2018) *Prius or pickup?: How the answers to four simple questions explain America's great divide*. Mariner Books.
- Hillen, S., und Steiner, N. D. (2020). *The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe*. *European Journal of Political Research*, 59(2), 331–353.
- Hindrichs, G. (2017) *Philosophie der Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Hix, S. und Cunningham, K. (2025) «*Still secondorder national elections? Evaluating the classic model after the 2024 European elections*», *West European Politics*, 49(1), 243–264.
- Hix, S. und Hoyland, B. (2022) *The Political System of the European Union*. London New York Dublin: Bloomsbury Academic.
- Hlavac, M. (2026) «*stargazer: Well-formatted Regression and Summary Statistics Tables*». Verfügbar unter: <https://CRAN.R-project.org/package=stargazer>.
- Hobolt, S. B. und Wittrock, J. (2011) «*The second-order election model revisited: An experimental test of vote choices in European Parliament elections*», *Electoral Studies*, 30(1), 29–40.
- Hobolt, S. B., Spoon, J.-J. & Tilley, J. (2009) «*A Vote against Europe? Explaining Defection at the 1999 and 2004 European Parliament Elections*», *British Journal of Political Science*, 39(1), 93–115.
- Hoeres (2025) *Rechts und Links. Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart*. Springe: zu Klampen.
- Hooghe, L. und Marks, G. (2006) «*Parties, Public Opinion, and Identity: A Postfunctionalist Theory of European Integration*», in: Marks, G. & Steenbergen, M. (Hg.), *European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press, 206–222.
- Hooghe, L. und Marks, G. (2009) «*A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus*», *British Journal of Political Science*, 39(1), 1–23.
- Hooghe, L. und Marks, G. (2017) «*Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage*», *Journal of European Public Policy*, 25(1), 109–135.
- Hooghe, L. und Marks, G. (2025) «*How does the education cleavage stack up*

- against the classic cleavages of the past?», *West European Politics*, 49(1), 1–33.
- Hopkin, J. (2020) *Anti-System Politics. The Crisis of Market Liberalism in Rich Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Hopkin, J. und Blyth, M. (2019) «*The Global Economics of European Populism: Growth Regimes and Party System Change in Europe (The Government and Opposition/Leonard Schapiro Lecture 2017)*», *Government and Opposition*, 54(2), 193–225.
- Hutter, S. und Kriesi, H. (2019) «*Politicizing Europe in Times of Crisis*», *Journal of European Public Policy*, 26(7), 996–1017.
- Iacoella, F., Justino, P. und Martorano, B. (2020) «*Roots of dissent. Trade liberalization and the rise of populism in Brazil*», *WIDER Working Paper – United Nations University World Institute for Development Economics Research*.
- Illouz, E. (2024) *Explosive Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Ingelhart, R. und Norris, P. (2017) «*Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse*», *Perspectives on Politics*, 15(2), 443–454.
- Ingelhart, R. (1977) *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Iversen, T. (2006) «*Capitalism and Democracy*», in Wittman, D. und Weingast, B. R. (Hrg.) *Oxford Handbook of Political Economy*. Herausgegeben von. New York: Oxford University Press, 202–218.
- Iversen, T. (2025) *Taming the Third Industrial Revolution: Inclusive Growth in the New Economy*. Cambridge, Mass.: Manuskript.
- Iversen, T. und Soskice, D. (2006) «*Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why Some Democracies Redistribute More Than Others*», *American Political Science Review*, 100(2), 165–181.
- Jäger, A. (2023) *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen*. Berlin: Suhrkamp.
- Jörke, D. und Selk, V. (2017) *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Karreth, J., Polk, J. T. und Allen, C. S. (2013) «*Catchall or Catch and Release? The Electoral Consequences of Social Democratic Parties' March to the Middle in Western Europe*», *Comparative Political Studies*, 46(7), 791–822.
- Kitschelt, H. (1994) *The Transformation of the European Social Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, H. (1995) «*Formation of party cleavages in postcommunist democracies: Theoretical propositions*», *Party Politics*, 1(4), 447–472.
- Kitschelt, H. (1997) «*European Party Systems: Continuity and Change*», in Rhodes, M. u. a. (Hg.) *Developments in West European Politics*. Houndmills: Macmillan.
- Kitschelt, H. (2007) «*Growth and Persistence of the Radical Right in Postin-*

- dustrial Democracies: Advances and Challenges in Comparative Research*, West European Politics, 30(5), 11761-206.
- Kitschelt, H. und McGann, A. J. (1995) *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*, Ann Arbor: University of Michigan Press
- Knuth, M. (2025) *Die stille Revolution. Marcel Gauchets historische Anthropologie der Demokratie*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Koepke, J. R. und Ringe, N. (2006) «*The Secondorder Election Model in an Enlarged Europe*», European Union Politics, 7(3), 321–338.
- Korpi, W. und Palme, J. (1998) «*The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries*», American Sociological Review, 63(5), 661–687.
- Krause, W., Cohen, D. und AbouChadi, T. (2023) «*Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties*», Political Science Research and Methods, 11(1), 172–179.
- Kriesi, H. (1998) «*The Transformation of Cleavages Politics. The 1997 Rokkan Stein Lecture*», European Journal of Political Research, 33(2), 165–185.
- Kriesi, H. (2014) «*The Populist Challenge*», West European Politics, 37(2), 361–378.
- Kriesi, H. u. a. (2006) «*Globalization and the transformation of the national political space: six European countries compared*», European Journal of Political Research, 45(6), 921–956.
- Kriesi, H. u. a. (2008) *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kriesi, H. u. a. (2012) *Restructuring political conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kuhn, T. S. (1996) *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lau, M. (2025) *Merz. Auf der Suche nach der verlorenen Mitte*. Berlin: Ullstein.
- Laver, M. J. und Budge, I. (1992) *Party Politics and Governmental Coalitions*. London: MacMillan.
- Lefkofridi, Z., Wagner, M. und Willmann, J.E. (2014) «*Left-authoritarians and policy representation in Western Europe: Electoral choice across ideological dimensions*», West European Politics, 37(1), 65–90.
- Lehmann, P. u. a. (2024) *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR)*. Version 2024 a. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Göttingen: Institut für Demokratieforschung (IfDem).
- Levinson, M. (2016) *The Box. How the Shipping Container made the World smaller and the World Economy bigger*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Linden, M. (2025) «*Jetzt fangen die Linken an, die Rechten zu kopieren*», Die Zeit, 18. Dezember.
- Lindstädt, R., Proksch, S.-O. und Slapin, J. B. (2020) «*When experts disagree*:

- Response aggregation and its consequences in expert surveys*», *Political Science Research and Methods*, 8(3), 580–588.
- Lipset, S. M. und Rokkan, S. (1967) «Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction», in Lipset, S. M. / Rokkan, S. (Hrg.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York/ London: The Free Press/ Collier-Macmillan, 1–64.
- Little, A. T. und Meng, A. (2024) «*Measuring Democratic Backsliding*», *PS: Political Science & Politics*, 57(2), 149–161.
- Mair, P. (2009) «*Representative versus Responsible Government*», Max-Planck Institute Working Paper.
- Mair, P. (2013) *Ruling The Void: The Hollowing Of Western Democracy*. London: Verso.
- Manin, B. (1997) *Principles of Representative Government*. New York: Cambridge University Press.
- Manow, P. (2005) «*National Vote Intention and European Voting Behavior 1979–2004: Second Order Effects, Election Timing, Government Approval and the Europeanization of European Elections*», MPIfG Discussion Papers.
- Manow, P. (2009) «*Electoral Rules, Class Coalitions and Welfare State Regimes – or how to explain Esping-Andersen with Stein Rokkan*», *SocioEconomic Review*, 7(1), 101–121.
- Manow, P. (2018) *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, P. (2021) «*The political economy of populism in Europe. Hyperglobalization and the heterogeneity of protest movements*», Chatham House Research Paper, Europe Program.
- Manow, P. (2024) *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, P. (2026) «*Postliberalismus: Die Frage des Liberalismus als Gestalt*», in Hofmann, J. und Selk, V. (Hg.), *Postliberalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mansbridge, J. (2003) «*Rethinking Representation*», *American Political Science Review*, 97(4), 515–528.
- Marks, G., Hooghe, L., Nelson, M. und Edwards, E. (2006) «*Party Competition and European Integration in East and West – Different Structure, Same Causality*», *Comparative Political Studies*, 39(2), 155–175.
- Marks, G. u. a. (2021a) «*Cleavage theory*», in M. Riddervold, J. u. a. (Hg.) *The Palgrave Handbook of EU Crises*. Cham: Springer International Publishing, 173–193. Verfügbar unter: [https://doi.org/10.1007/978-3-030-51791-5\\_9](https://doi.org/10.1007/978-3-030-51791-5_9).
- Marks, G. u. a. (2021b) «*Cleavage theory*», in Bickerton, Chr. u. a. (Hg.), *The Palgrave Handbook of EU Crises*. Cham: Springer, 173–193.
- Marks, G., Wilson, C. J. und Ray, L. (2002) «*National Political Parties and European Integration*», *American Journal of Political Science*, 46(3), 585–594.

- Marsh, M. (1998) «*Testing the SecondOrder Election Model after Four European Elections*», *British Journal of Political Science*, 28(4), 591–607.
- Marsh, M. (2005) «The results of the 2004 European Parliament election and the second-order model», in Niedermayer, O. und Schmitt, H. (Hg.), *Europawahl 2004*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23–45.
- McElroy, G. und Benoit, K. (2010) «*Party policy and group affiliation in the European Parliament*», *British Journal of Political Science*, 40(2), 377–398.
- Meaney, T. (2025) «*Die 89er. Lehrjahre einer Deutungselite*», *Zeitschrift für Ideengeschichte*, XIX(4), 69–86.
- Menke, C. (2018) *Kritik der Rechte*. Berlin: Suhrkamp.
- Milanovic, B. (2025) *The Great Global Transformation. National Market Liberalism in a Multipolar World*. London: Allen Lane.
- Möller, K. (2024) *Volk und Elite. Eine Gesellschaftstheorie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2007) *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mudge, S. L. (2008) «*What is Neoliberalism?*», *Socio-Economic Review*, 6(4), 703–731.
- Müller, S. und Louwerson, T. (2020) «*The electoral cycle effect in parliamentary democracies*», *Political Science Research and Methods*, 8(4), 795–802.
- Nachtwey, O. (2024) «*Die Trigger-Partei. Erfolg des BSW*», *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1 September.
- Naurin, E. und Thomson, R. (2020) «The fulfilment of election pledges», in Bäck, H. u. a. (Hg.), *Research Handbook on Political Representation*. Cheltenham / Northampton, MA: Edward Elgar, 289–300.
- Neto, O. A. und Cox, G. W. (1997) «*Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties*», *American Journal of Political Science*, 41(1), 149–174.
- Nguyen und Manow, P. (2026) «Texts, Voters, Experts – differing Assessments of the socio-economic Position of Radical-Right Parties», in *Vorbereitung* [Preprint].
- Nickel, C. (2023) «*Das Trilemma des bürgerlichen Politikbegriffs – eine Skizze*», *Berliner Debatte Initial*, 34(2), 104–115.
- Norris, P. (1997) «*Secondorder elections revisited*», *European Journal of Political Research*, 31(12), 109–114.
- Norris, P. und Inglehart, M. L. (2019) *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. New York: Cambridge University Press.
- Oesch, D. (2006) «*Coming to grips with a changing class structure: An analysis of employment stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*», *International Sociology*, 21(2), 263–288.
- Oesch, D. (2008a) «*Explaining Workers' Support for RightWing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland*», *International Political Science Review*, 29(3), 349–373.
- Oesch, D. (2008b) «*The changing shape of class voting: An individual-level*

- analysis of party support in Britain, Germany and Switzerland*», *European Societies*, 10(3), 329–355.
- Oesch, D. (2013) *Occupational change in Europe: how technology and education transform the job structure*. OUP UK.
- Oesch, D. (2015) «Occupational structure and labour market change in Western Europe since 1990», in Beramendi, P. u. a. (Hg.) *The Politics of Advanced Capitalism*. New York: Cambridge University Press, 77–101.
- Oesch, D. und Rennwald, L. (2018) «*Electoral competition in Europe's new tri-polar political space: Class voting for the left, centreright and radical right*», *European Journal of Political Research*, 57(4), 783–807.
- Ordeshook, P. C. und Shvetsova, O. V. (1994) «*Ethnic Heterogeneity, District Magnitude, and the Number of Parties*», *American Journal of Political Science*, 38(1), 100–123.
- Pabst, A. (2024) «Three Faces of Postliberalism», in Laruelle, M. (Hg.) *The Oxford Handbook of Illiberalism*. Oxford University Press, 1–22.
- Pappi, F. U. (1973) «*Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik*», *Politische Vierteljahresschrift*, 14(2), 191–213.
- Pétry, F. und Collette, B. (2009) «Measuring how political parties keep their promises: A positive perspective from political science», in Jann, W. u. a. (Hg.), *Do They Walk Like They Talk? Speech and Action in Policy Processes*. Berlin / Heidelberg: Springer, 65–80.
- Piketty, T. (2018) «*Brahmin Left vs. Merchant Right: Rising Inequality and the Changing Structure of Political Conflict – Evidence from France, Britain, and the US (1948–2017)*», WID Working Paper.
- Piketty, T. (2020) *Capital and ideology*. Cambridge, Mass.
- Pistor, K. (2019) *The Code of Capital. How Law creates Wealth and Inequality*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Plescia, C., Wilhelm, J. und Kritzinger, S. (2020) «First-order breakthrough or still second-order?: An assessment of the 2019 EP elections», in Costa, O. u. a. (Hg.), *Assessing the 2019 European Parliament Elections*. London / New York: Routledge, 76–95.
- Polanyi, K. (1944) *The Great Transformation. The political and economic origins of our time*. Boston: Beacon Press.
- Powell, G. B. (2000) *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven – London: Yale University Press.
- Powell, G. B. Jr. (2004) «*Political Representation in Comparative Politics*», *Annual Reviews of Political Science* 7, 273–296.
- Przeworski, A. (1991) *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, A. (2005) «*Democracy as an Equilibrium*», *Public Choice* 123(3–4), 253–273.
- Rathgeb, P. (2024) *How the Radical Right Has Changed Capitalism and Welfare in Europe and the USA*. Oxford: Oxford University Press.

- Rathgeb, P. und Busemeyer, M. R. (2022) «*How to study the populist radical right and the welfare state?*», *West European Politics*, 45(1), 1–23.
- Reckwitz, A. (2017) *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2019a) «*Die Krise des Liberalismus und die Suche nach dem neuen politischen Paradigma: Vom apertistischen um einbettenden Liberalismus*», in Reckwitz, A. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp, 203–232.
- Reckwitz, A. (2019b) «*Kulturkonflikte als Kampf um Kultur: Hyperkultur und Kulturessenzialismus*», in Reckwitz, A. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp, 29–61.
- Reckwitz, A. (2024) *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reif, K. (1984) «*National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984*», *Electoral Studies*, 3(3), 244–255.
- Reif, K. (1997) «*European Elections as Member State Second Order Elections Revisited*», *European Journal of Political Research*, 31(12), 109–114.
- Reif, K. und Schmitt, H. (1980) «*Nine Second Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*», *European Journal of Political Research*, 8(1), 3–44.
- Reif, K., Schmitt, H. und Norris, P. (1997) «*Second-order elections*», *European Journal of Political Research*, 31(1–2), 109–124.
- Rodrik, D. (2011) *The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy*. New York: Norton & Norton.
- Rodrik, D. (2018) «*Populism and the economics of globalization*», *Journal of International Business Policy*, 1(12), 12–33.
- Rokkan, S. (2000) «*Spaltungsstrukturen und Parteiensysteme*», in Stein Rokkan. *Staat, Nation und Demokratie in Europa (Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora)*. Frankfurt Main: Suhrkamp, 332–412.
- Roodujn, M. u. a. (2023) «*The PopuList 3.0: An Overview of Populist, Far-left and Far-right Parties in Europe*». [www.popu-list.org](http://www.popu-list.org). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/2EWKQ>.
- Rorty, R. (1992) *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. Frankfurt Main: Suhrkamp.
- Rovny, J. (2013) «*Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition*», *European Political Science Review*, 5(1), 1–26.
- Rovny, J. u. a. (2024) «*25 Years of Political Party Positions in Europe: The Chapel Hill Expert Survey, 1999–2024*», Working Paper [Preprint].
- Rovny, J. und Polk, J. (2020) «*Still blurry? Economic salience, position and voting for radical right parties in Western Europe*», *European Journal of Political Research*, 59(2), 248–268.
- Ruggie, J. G. (1982) «*International Regimes, Transactions and Change: Em-*

- bedded Liberalism in the Postwar Economic Order*», International Organization, 36(2), 379–415.
- Schäfer, A. (2022) «*Cultural Backlash? How (Not) to Explain the Rise of Authoritarian Populism*», British Journal of Political Science, 52(4), 1441–1460.
- Schäfer, A. und Steiner, N. (2025) «*How education, generation and gender jointly structure green and radical right voting*», West European Politics, 48(5), 1–28.
- Schäfer, A. und Zürn, M. (2021) *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Schmitt, H. (2005) «*The European Parliament Elections of June 2004: Still SecondOrder?*», West European Politics, 28(3), 650–679.
- Schneider, B. R. (2013) *Hierarchical Capitalism in Latin America. Business, Labor, and the Challenges of Equal Development*. New York: Cambridge University Press.
- Schneider, S. (2025) «*Von der Jauchegrube in den Mainstream. Zu Quinn Slobodian 'Hayek's Bastards'*», Merkur – Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, 79(919), 59–68.
- Selk, V. und Hofmann, T. (2026) *Postliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Simmons, B. A., Dobbin, F. und Garrett, G. (2006) «*Introduction: The international diffusion of liberalism*», International Organization, 60(4), 781–810.
- Slobodian, Q. (2025) *Hayek's Bastards: The Neoliberal Roots of the Populist Right*. London: Penguin.
- Sobolewska, M. und Ford, R. (2020) *Brexitland, Identity, Diversity, and the Reshaping of British Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spies, D. C. (2013) «*Explaining working-class support for extreme right parties: A party competition approach*», Acta Politica, 48, 296–325. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1057/ap.2012.37>.
- Steiner, N. D. u. a. (2024) «*Class voting for radical-left parties in Western Europe: The libertarian versus authoritarian class trade-off*», Party Politics, 30(4), 579–591.
- Steiner, N. D. und Hillen, S. (2025) «*Voting for the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) from a Policy Space Perspective*», German Politics, 1–25.
- Stoll, H. M. (2008) «*Social Cleavages and the Number of Parties: How the Measures You Choose Affect the Answers You Get*», Comparative Political Studies, 41(11), 1439–1465.
- Strohschneider, P. (2020) *Zumutungen: Wissenschaft in Zeiten von Populismus, Moralisierung und Szientokratie*. Hamburg: kursbuch:edition.
- Strohschneider, P. (2024) *Wahrheiten und Mehrheiten: Kritik des autoritären Szientismus*. München: C.H Beck (Mercator).
- Torre, C. de la (2017) «*Populism in Latin America*», in Kaltwasser, R. u. a. (Hg) *Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 369–387.
- TurnbullDugarte, S. J. u. a. (2025) «*Accommodating the Radical Right: The*

- Electoral Costs for Social Democratic Parties*», Preprint, veröffentlicht auf OSF Preprints, DOI: 10.31235/osf.io/zbmp3\_v1.
- Veblen, T. (1901) «*Industrial and Pecuniary Employments*», Publications of the American Economic Association, 2(1), 190–235.
- Waldner, D. und Lust, E. (2018) «*Unwelcome Change: Coming to Terms with Democratic Backsliding*», Annual Review of Political Science, 21(1), 93–113.
- Westheuser, L. und Zollinger, D. (2025) «*Cleavage theory meets Bourdieu: studying the role of group identities in cleavage formation*», European Political Science Review, 17(1), 110–127.
- White, H. (1991) *Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa*. Frankfurt Main: S. Fischer.
- Ypi, L. (2022) *Free. Coming of Age at the End of History*. London: Penguin.
- Zakaria, F. (2024) *Age of Revolutions: Progress and Backlash from 1600 to the Present*. New York: Allen Lane.
- Ziblatt, D., Hilbig, H. und Bischof, D. (2024) «*Wealth of tongues: Why peripheral regions vote for the radical right in Germany*», American Political Science Review, 118(3), 1480–1496.
- Zollinger, D. und Attewell, D. (2025) «*Updating Cleavage Theory for the Twenty-First Century*», West European Politics, (October), 1–26.
- Zürn, M. (1997) «*Was ist Denationalisierung und wieviel gibt es davon?*», Soziale Welt, 48(4), 337–359.
- Zürn, M. (2020) «*Zurück zur Sozialistischen Internationale?*», Leviathan, 48(2), 161–175.

## Anmerkungen

### 1. Rechte Arbeiterklasse gegen linkes Bürgertum / linkes Bürgertum gegen rechte Arbeiterklasse?

- 1 «*homines .... tanquam in speculo, sinistra dextra, dextra sinistra existimantes.*»
- 2 Wenn wir einer gängigen Definition folgen und Neoliberalismus als u. a. geprägt verstehen von «formalen Institutionen» wie zum Beispiel «einen Minimalismus in Hinblick auf den Sozial- und Steuerstaat sowie auf die Regulierung der Unternehmen; flexible Arbeitsmärkte und dezentrale Kapital-Arbeits-Beziehungen, die nicht durch starke Gewerkschaften und Tarifverhandlungen belastet sind» (Campbell und Pedersen, 2001, S. 5), ist es auch für die Zeit nach 1990 schlicht absurd, die keynesianischen Wohlfahrtsstaaten Europas als neoliberal kennzeichnen zu wollen. (Die Übersetzung sämtlicher fremdsprachiger Zitate erfolgte durch den Autor).
- 3 Entsprechende Daten sind leicht zu ermitteln, etwa unter <https://ourworldindata.org/government-spending>
- 4 Eine in dieser Debatte weitgehend «geteilte Diagnose [ist], dass die beiden dominanten Formen des Liberalismus nach 1945 – der Sozialliberalismus seit den 1960er Jahren und der Wirtschaftsliberalismus seit den 1980er Jahren – nicht diametral entgegengesetzt sind, sondern sich stattdessen in einem utopischen Projekt annähern, das grenzenlosen Fortschritt und maximale Autonomie für den Einzelnen verspricht» (Pabst, 2024). Fast wortgleich: «Die zentrale diagnostische Behauptung des Postliberalismus lautet, dass die beiden dominanten Formen des Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, der Marktliberalismus und der Sozialliberalismus, nicht in irgendeiner Weise gegensätzlich sind, sondern sich zu einem allumfassenden soziopolitischen Projekt zusammengeschlossen haben, das vor allem darauf abzielt, die individuelle Autonomie zu maximieren.» (Borg, 2024, S. 3) Übereinstimmend Deneen, 2023, und Reckwitz, 2017. Siehe dazu nun Selk und Hofmann, 2026.
- 5 Genauso, als Konflikt zwischen «the few», den liberalen Eliten, und «the many», wird der Zusammenhang dann ja auch bei Deneen interpretiert (2023).
- 6 «Die perfekte Verbindung zwischen der «progressiven» wirtschaftlichen Rechten und der gesellschaftlichen Linken, eine Kombination, die darauf abzielt, eine Bevölkerung hervorzubringen, die sich mit Zerstreuung, Konsum und Hedonismus zufrieden gibt und vor allem den Segen des Fortschritts nicht stört.» (Deneen, 2023, S. XII)

- 7 Auch Deneen spricht von den «ökonomisch linken und sozial-konservativen Populisten» (Deneen 2023: XIII).
- 8 Deneen 2023: «corrupt and corrupting liberal ruling class» – die korrupte und korrumpierende liberale Herrschaftsklasse (IVX).
- 9 Diagnostiziert wird eine Affektpolitik, die die «Wählerschaft zu populistischen und rechten Parteien treibt» (Illouz, 2024, S. 254). Rechtspopulismus stehe für eine «Politik der Narrative und der Affekte», die «Trauer, Angst, Wut und Empörung» mobilisiere (Reckwitz, 2024, S. 250), nun herrsche die Zerstörungslust als «affektive Negation des inklusiven Liberalismus», in den Konflikten der Zeit würden sich die destruktiven «Affektstrukturen» (Amlinger und Nachtwey, 2025, S. 10) der Gegenwartsgesellschaft offenbaren.
- 10 Als eines von zahllosen Beispielen: «‹Ich kämpfe jetzt für euch gegen die›. Auch wenn Vance mit dieser Erzählung buchstäblich Vizepräsident geworden ist, ist das reine Propaganda. ... Was dann dabei herauskommt: Steuersenkungen für Reiche und schwachsinnige Zölle, die den LKW-Fahrern schaden.» (Hanno Sauer im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6.9.2025)
- 11 Manchmal heißt es auch nur – prosaischer und lakonischer –, wir hätten es mit den Verlierern und den Gewinnern der Globalisierung zu tun (Kriesi u. a., 2006), der Konflikt verlaufe zwischen den Befürwortern «offener» und «geschlossener» Gesellschaften (Hetherington und Weiler, 2018; Crulli, 2024) oder, ebenfalls in neutralerer Bezeichnung, zwischen «neuer» und «alter Mittelschicht» (letztere in Koalition mit der Arbeiterschicht (Reckwitz, 2017).
- 12 «l'actuelle dilution de la démocratie dans le libéralisme».

## 2. À la recherche du centre perdu

- 1 Vgl. Lau, 2025.
- 2 Nicht enthalten im CHES-Datensatz ist Luxemburg.
- 3 Die Erhebungsmethode ist ein sogenanntes Expertensurvey, d. h., Experten – hier im Regelfall Politikwissenschaftler und Politikwissenschaftlerinnen mit Kenntnissen der in Frage stehenden politischen Systeme, insbesondere der Parteiensysteme – werden gebeten, die jeweiligen Parteien auf verschiedenen Skalen, die unterschiedliche Politikdimensionen abbilden, zu verorten.
- 4 Es stellt sich die interessante, vielleicht etwas ungewöhnliche, aber für unseren Zusammenhang durchaus relevante Frage, warum in dieser uns so vertrauten Strukturierung des politischen Raums die Linke einmal «staatsorientiert» ist, in der ökonomischen Dimension, das andere Mal aber eher individualistisch-liberal in der gesellschaftspolitischen Dimension – und umgekehrt die Rechte in der ökonomischen Dimension individualistisch und in der Wertedimension eher «kollektivistisch», zu-

mindest aber strikt staatsorientiert (*law and order*). Aus dieser Perspektive scheinen die ideologischen Kombinationen weniger selbstverständlich. Ich nehme die Frage weiter unten wieder auf.

- 5 Dass sich das gerade ändert, zeigt Kapitel 5.
- 6 In Kapitel 4 soll auf die auf der Hand liegende Frage eingegangen werden, warum die etablierten Parteien angesichts neuer politischer Konfliktlagen sich nicht einfach neu positionieren (können), um ihrem elektoralen Abstieg entgegenzuwirken (vgl. Hooghe und Marks, 2017).
- 7 Inwieweit und warum Wähler bereit sein könnten, sich selbst zu entmachten durch ihre Zustimmung zu einer autokratischen Führerfigur, wird momentan in der Politikwissenschaft sehr umfassend diskutiert (Waldner und Lust, 2018; Grillo u. a., 2024). Die Theorien sind vielfältig und kommen zu teils sehr konträren Einschätzungen, die Empirie bleibt ‹naturgemäß› überwiegend experimentell und daher nur eingeschränkt aussagekräftig.
- 8 Die politikwissenschaftliche Forschung zeigt, dass Parteien, wenn sie in Regierungsverantwortung kommen, häufiger als nicht ihre zuvor gemachten Versprechen einhalten [*do they walk like they talk?*] (Pétry und Collette, 2009; Naurin und Thomson, 2020).
- 9 Der grundlegende und äußerst bedeutsame Legitimationseffekt der Demokratie besteht darin, dass mit der Wahl und dem demokratischen Machtwechsel die enormen Energien ‹des Politischen› auf die Auseinandersetzung zwischen Parteien, die für unterschiedliche politische Programmatiken stehen, gelenkt werden, dadurch aber zugleich das politische System selbst außer Streit gestellt bleibt, also generelle Loyalität zum politischen System sich lösen kann von der fallweise vehementen Ablehnung derjenigen, die in ihm gerade Macht ausüben. Man kann mit Marcel Gauchet von der notwendigen ‹Differenz zwischen der Gesellschaft und der sie regierenden Macht› sprechen (Gauchet, 2007; vgl. Knuth, 2025, S. 283), dem ‹reflexiven Verhältnis zwischen den unterschiedenen Polen der Macht und der Gesellschaft, ohne die keine demokratische Macht zu haben› ist (Knuth, 2025, S. 288). Diese wichtige Er rungenschaft erscheint gefährdet, wenn Regierungswechsel keinen Effekt auf Politiken mehr zeitigen (können). Das ist der Zusammenhang zwischen ‹Konstitutionalisierung und Krise› (Manow, 2024). Automatisch kommt es dann mit der Konstitutionalisierung der politischen Ordnung zu Gegnern der Konstitutionalisierung selbst, also zur Proliferation von ‹Systemfeinden›. Lipset und Rokkan haben den zugrunde liegenden demokratischen Mechanismus prägnant gefasst: ‹Die Bürger werden dazu ermutigt, zwischen ihrer Loyalität zum Gesamtsystem und ihren Einstellungen zu den miteinander konkurrierenden Gruppen von Politikern zu unterscheiden und die Bewerber um die Macht werden, zumindest wenn sie die Chance haben, ein Amt zu erlangen, ein gewisses Interesse daran haben, diese Bindung aller Bürger an das

politische System und seine Regeln des Regierungswechsels aufrechtzuerhalten. Ein kompetitives Parteiensystem schützt die Nation gegen die Unzufriedenheit ihrer Bürger: Beschwerden und Angriffe werden vom Gesamtsystem abgelenkt und auf die im Augenblick regierenden Machtinhaber gerichtet.» (Lipset und Rokkan, 1967, S. 4; Rokkan, 2000, S. 333)

### 3. Spaltungen, alt und neu

- 1 *«on ne réfléchit pas volontiers sur ce qui vous permet de penser.»*
- 2 In der gegenwärtigen Diskussion über den Post-Liberalismus spricht Patrick J. Deneen explizit von den «left-economic and social-conservative populists» (Deneen, 2023, S. XIII), interpretiert diese Verbindung als «populistische Gegenreaktion gegen den Liberalismus sowohl in seiner ›rechten‹ als auch in seiner ›linken‹ Form» (XII; Hervorhebung im Original), er merkt weiter an: «Es ist deutlich geworden, dass die Rechte eher bereit ist, sich wirtschaftlich ›nach links zu bewegen‹, als die Linke, sich in sozialen Fragen ›nach rechts zu bewegen‹.» Als Beobachtung ist das meines Erachtens richtig, die Ursachenanalyse – gedeutet als Verschwörung liberaler Eliten – fällt allerdings ausgesprochen dürftig aus. Bemerkenswert ist auch, dass der Zusammenhang aus anderer politischer Perspektive spiegelbildlich gedeutet wird: «The closer to the economic center the left tacked on economics, the further to the Right conservatives moved on culture» (Zakaria, 2024, S. 261) – «Je mehr die Linke auf einen mittigen wirtschaftlichen Kurs einschwenkte, desto weiter rückten die Konservativen in kulturellen Fragen nach rechts.» Zu dieser sogenannten Konvergenz-These siehe bereits auch schon Kriesi *u. a.*, 2012.
- 3 Interessanterweise erscheinen in einer eindimensionalen Links-Rechts-Betrachtung Parteien, die in beiden Dimensionen extremer positioniert sind, wie etwa die FDP, die bürgerrechtsliberaler als die SPD und marktliberaler als die CDU ist, auf einmal als mittig (Pappi, 1973). Wie sich beide, der Sozialismus mit der gesellschaftlichen Freiheit und der Konservatismus mit der ökonomischen Freiheit, verbunden und insofern liberalisiert haben, nehme ich als Frage abschließend in Kapitel 6 wieder auf. Siehe auch unten, Endnote 17, S. 170.
- 4 Dass man die politische Auseinandersetzung über Migration nicht allein in der kulturellen Konfliktdimension verorten kann, werde ich im Weiteren argumentieren.
- 5 Dass Quinn Slobodian gerade *nicht* die Abkehr des Trumpismus und der Alt-Right vom Libertären in den Blick zu bekommen vermag, seine These also noch nicht einmal für die USA funktioniert (und dann insbesondere nicht für den europäischen Rechtspopulismus), argumentiert m. E. überzeugend Schneider, 2025. Ihre Beobachtungen, dass die Alt-

Right «in den letzten Jahren ... [von] den sogenannten Postliberalen» dominiert wurde, die gerade «libertäre politische und wirtschaftliche Ideen ausdrücklich ab[lehnen]», dass die «heutige extreme Rechte ... nicht nur die Freizügigkeit von Menschen als problematisch [empfunden], sondern auch die Freizügigkeit des Waren- und Kapitalverkehrs» (Schneider, 2025, S. 66 und 67), sind mit Slobodians Thesen vom autoritären Neoliberalismus nicht zu vereinbaren. Sie lassen es auch als fraglich erscheinen, ob wir im Rechtspopulismus Europas insbesondere die Wirksamkeit eines «national gefärbten libertären Besitzindividualismus» beobachten können (so aber Amlinger und Nachtwey, 2025, S. 23). Stattdessen sieht auch Branko Milanovic, wie ich denke zutreffend, im Aufstieg des Populismus vor allem eine «Abkehr von der Ideologie des globalen Neoliberalismus» (Milanovic, 2025, S. xiv), sieht bei ihm eine Politik am Werk, die «die Globalisierung begrenzen oder umzukehren» (ebenda, S. 141) sucht, eine «Reaktion auf die heimischen Folgen eines jahrzehntelangen globalen Neoliberalismus» (S. 144 und passim).

- 6 Einen guten Überblick hierzu hatten bereits Jörke und Selk geboten: «Wirtschaftspolitisch ist es in vielen Ländern zu einer Abwendung von ehemals neoliberalen Positionen gekommen. Vielmehr wird nun eine sozialprotektionistische, globalisierungskritische Agenda verfolgt, die mit einer scharfen Kritik der Europäischen Union verbunden ist.» (Jörke und Selk, 2017, S. 41) Jörke und Selk sprechen explizit von der neuen «winning formula» der Rechtspopulisten (ebenda): gesellschaftspolitisch rechts, verteilungspolitisch links; vgl. nun auch Rathgeb und Busemeyer, 2022.
- 7 Siehe <https://www.afd.de/wahlprogramm-rente-soziales/>. Das DIW spricht in einer Studie im Gegenteil von einer «extrem neoliberale[n] Wirtschafts- und Finanzpolitik» der AfD (Fratzcher, 2023, S. 4). Mir scheint diese Einschätzung falsch. Im Wahlprogramm der AfD zur 2025er-Wahl heißt es u. a.: «Das deutsche Rentenniveau ist mit nur 53% des letzten Nettogehalts nach Eurostat eines der niedrigsten in Westeuropa.» Ziel der AfD sei «vor allem eine signifikante Erhöhung ihrer Renten». Das AfD-Wahlprogramm verweist in diesem Zusammenhang auf das Rentenniveau in Österreich (nach 45 Erwerbsjahren eines Durchschnittsverdieners, das mit 2.600 Euro angegeben wird). Das deutsche Niveau: 1.500 Euro. Als Ziel wird formuliert: «Das heißt aber auch: Eine ähnlich hohe Rente wie in Österreich ist langfristig auch bei uns möglich.» Eine der angestrebten Maßnahmen ist die Ausweitung des Versichertenkreises (eine traditionelle Forderung der SPD unter dem Stichwort Bürgerversicherung). Unter den generellen Maßnahmen, die die Erwerbsquote und damit auch das Beitragsaufkommen erhöhen könnten, nennt das Programm die «Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende Alleinerzie-

hende». Weiter werden im Programm Probleme des Lohnabstands, des geringen Vermittlungserfolgs, der versicherungsfremden Leistungen in der Sozialversicherung angesprochen. Eine der Forderungen der AfD bezieht sich auf die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für langjährige Beitragszahler – was auf die Rücknahme einer der zentralen Komponenten der Agenda-Reformen der Schröder-Regierung hinauslief (gegen die damals IG Metall, WASG [Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit] und andere anrannten; [https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2019\\_09/659580-659580](https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2019_09/659580-659580)). Man könnte weitere Beispiele anführen. Die DIW-Studie bezieht sich auf die Wahl-O-Mat-Fragen zur Bundestagswahl von 2021 und die Positionen der AfD in Bezug auf diese Fragen. Die Fragen mit verteilungspolitischer Dimension im Wahl-O-Mat lauten: Mindestlohn auf 12 Euro anheben; Mieterhöhungen begrenzen; gesetzliche Rentenversicherung für alle; elternunabhängiges BAföG; Solidaritätszuschlag abschaffen; Steuer auf hohe Vermögen erheben; Abrechnung über Fallpauschalen. Nach allem, was man über die Wählerschaft der AfD weiß, kann es wohl nicht überraschen, dass weder elternunabhängiges BAföG noch Mietpreisbindungen aus Sicht der Partei sozialpolitische Forderungen sind, die sie sich unbedingt zu eigen machen müsste. In ihrer Ablehnung von Fallpauschalen weiß sich die AfD mit SPD und Linke einig, wie auch in der Forderung «Rentenversicherung für alle» (hier zusätzlich mit den Grünen, gegen CDU/CSU und FDP). Ich lasse es hier dahingestellt, wie man angesichts dieser Forderungen von einer «extrem neoliberalen» Positionierung der AfD sprechen kann und warum man das möglicherweise will. Es trifft hingegen zu, dass die steuerpolitischen Positionen der AfD sie eher auf der rechten Seite der verteilungspolitischen Dimension verorten. Hier manifestiert sich vermutlich die innerparteiliche Spannung zwischen Selbstständigen- und Arbeitnehmerfraktion (siehe hierzu nun der wichtige Beitrag von Haffert 2026).

8 Tax Cuts and Jobs Act, Pub. L. 115–97 von 2017.

9 Wie der kürzliche Prozess der EU-Kommission gegen die irische Regierung und ihre Besteuerung des Apple-Konzerns bekannt machte, betrug die *effective tax rate* von Apple in Irland 0,005 Prozent (in Worten: null Komma null null fünf). Amazon unterlag in Luxemburg einer «... *effective corporate tax rate of 0.3 percent on certain profits in Luxembourg for about a decade*» <https://www.politico.eu/article/amazons-luxembourg-tax-setup-faces-judgment-day-in-eu-court/>. Im Jahr 2022 setzte Amazon über 50 Milliarden Euro innerhalb der Europäischen Union um, zahlte auf diesen Umsatz allerdings keine Steuern. Muss man das weiter kommentieren? In der gängigen Europa-Rhetorik heißt es, nur gemeinsam, mit der Wirtschaftsstärke der EU, könne man gegen die US-amerikanischen Datenkraken bestehen. Ungefähr das Gegenteil trifft zu: Die EU in ihrer Konstruktion als Steuerunterbietungsgebiet ist konstitutiver Be-

- standteil des Geschäftsmodells dieser Konzerne, wichtiger Grund ihres ökonomischen Aufstiegs und ihrer gegenwärtigen Größe.
- 10 Ein anderes mitunter angeführtes Beispiel ist die Kürzung des Bürgergeldes durch die Regierung unter Giorgia Meloni. Aber auch hier liegen die Dinge etwas komplizierter. Man wird nicht einfach als «sozialen Kahlschlag» oder neoliberale Maßnahme bewerten können, was vermutlich eher als Ausdruck eines Verteilungskonflikts zwischen dem Norden Italiens und dem Süden zu verstehen ist. Melonis Fratelli stellen sich damit gegen die (Links-)Populisten von Cinque Stelle mit ihrer Forderung nach einem bedingungslosem Grundeinkommen, mit dem sie 2018 in die Parlamentswahlen gegangen sind, und das heißt gegen starke Transferzahlungen, von denen besonders der Süden profitieren würde, also die Region, in der das Movimento besonders erfolgreich ist. Zum anderen dürfte man diese Entscheidung als Ausdruck dessen werten müssen, dass die italienische Regierung in Zeiten steigender Zinsen keinen Zweifel an der staatlichen Zahlungsfähigkeit aufkommen lassen darf. Dass in dieser Hinsicht zwischen der Technokratenregierung von Draghi und der rechtspopulistischen Meloni-Regierung kaum Unterschiede auszumachen sind, ist vielleicht gerade eine besonders deutliche Veranschaulichung, dass transnationale Zwänge zu einer Uniformierung der Politik führen, der sich selbst jene politischen Kräfte unterwerfen müssen, deren Aufstieg sich dem Protest gegen diese Zwänge verdankt (siehe unten). Schließlich trägt auch die kürzlich erfolgte Erhöhung der Gehälter im staatlichen Gesundheitswesen Italiens oder die Einführung von Vaterschaftszeiten kein hässliches neoliberales Gesicht.
- 11 Gleiches wird für den lateinamerikanischen Populismus der späten 1990er, frühen 2000er konstatiert: «die Wiedergeburt des radikalen Populismus in Lateinamerika lag in dem weit verbreiteten Widerstand gegen den Neoliberalismus begründet» (Torre, 2017, S. 200; vgl. Iacoella, Justino und Martorano, 2020). In den Wellenbewegungen des lateinamerikanischen Populismus sieht sich dieser radikale Populismus der Lulas, Morales, Chavez (Maduros), Uribes, Correas – die *pink tide* der frühen 2000er Jahre, die man selbst als Reaktion auf die vorgängigen neoliberalen Episoden unter Fujimori oder Menem verstehen kann (vgl. auch Jörke und Selk, 2017, S. 29–32) – nun selbst wiederum erneut durch eine liberalisierende Gegenbewegung (Milei, Bolsonaro oder nun Kast) konfrontiert. Im Rahmen des hier entwickelten Arguments lässt sich der lateinamerikanische Populismus als eine sequentielle Abfolge von Episoden ökonomischer Offenheit und Geschlossenheit verstehen, was m. E. wesentlich auf die politische Ökonomie Lateinamerikas (Schneider, 2013) und deren asymmetrische Weltmarkteinbindung (Furtado, 2020) zurückgeführt werden kann, auf wechselnde Koalitionen aus Arbeiterschaft, urbanem Bürgertum und industrieller Klasse (so schon

klassisch ausformuliert bei Przeworski, 1991). In Europa und Nordamerika steht ein ganzes Nachkriegsregime der Offenheit – das nach 1990 besonders ungleichgewichtig geworden ist – in Frage. Hier ist nicht der Platz, das vergleichende Argument vollständig zu entwickeln. Im Weiteren soll es aber nun wesentlich um Europa und die europäischen Parteiensysteme gehen.

- 12 Vielleicht ist die Schweizer SVP diejenige Partei, die diesen programmatischen Wandel *nicht* vollzogen hat. Allerdings ist ja gerade der Protest gegen eine weitere Assoziierung oder gar einen Beitritt zur EU die für viele Schweizer Wähler und Wählerinnen entscheidende anti-liberale Positionierung dieser Partei. Hier zeigt sich genau die Transformation der verteilungspolitischen Dimension durch die Transnationalisierung von Politik. Unsere Schemata müssen also berücksichtigen, wie die ‹transnationale Frage› in den heimischen politischen Raum hineinragt. Auch dieser angeblich ‹neoliberale› Ausnahmefall passt also in ein Interpretationsschema, das Konflikte über Offenheit und Geschlossenheit als im Zentrum der populistischen Revolte stehend ansieht (Manow, 2018).
- 13 Norris und Inglehart ‹lösen› die Problematik einer eindeutigen Links-Rechts-Zuordnung der neuen populistischen Parteien so konsequent wie eigenartig: Sie schlagen alle populistischen Parteien, die auf der sozio-ökonomischen Dimension links der Mitte verortet sind, einfach dem linkspopulistischen Lager zu. Zu den Linkspopulisten gehören bei ihnen dann unter anderem die dänische Volkspartei, die Wahren Finnen, der Front National, die NPD, die Goldene Morgenröte, Jobbik und Fidesz, die Fratelli d'Italia usw. usf. (Inglehart and Norris, 2016, S. 44)!
- 14 In der politischen Auseinandersetzung ist es für die Konkurrenz natürlich opportun, die eine Dimension hervorzuheben und die andere zu übergehen: ‹Während die illiberalen Haltungen dieser Parteien zu sozialen und kulturellen Themen viel Aufmerksamkeit erhalten, werden ihre illiberalen Haltungen zu wirtschaftlichen Themen oft übersehen, obwohl sie eine Ablehnung des vorherrschenden Denkens implizieren, das dem neoliberalen Wachstumsregime zugrunde liegt.› (Hopkin und Blyth, 2018, S. 209)
- 15 Vgl. hierzu insbesondere Illouz, 2017.
- 16 Werner Abelshausen hat das Deutschland des Kaiserreichs als ‹first post-liberal nation› bezeichnet, das bezog sich allerdings exklusiv auf die Organisierung des Ökonomischen (Abelshausen, 1984).
- 17 Eine umfangreichere Literatur will den Nachweis führen, dass es sich für etablierte Parteien ohnehin gar nicht lohne, in Fragen insbesondere von Migration restriktivere Positionen einzunehmen (Abou-Chadi und Wagner, 2019, 2021; Down und Han, 2020; vgl. etwa Abou-Chadi, Cohen und Wagner, 2022; Krause, Cohen und Abou-Chadi, 2023; Turnbull-Dugarte *u. a.*, ohne Datum). Zum Status der vorgebrachten Argumente

ließe sich einiges anmerken. *Erstens* folgt die Literatur – soweit ich sehe, durchgängig – der eher absurden Klassifizierung des Migrationsthemas als rein ‹kulturell›. Viele der Studien referenzieren, *zweitens*, zentral auf die CHES-Daten, die – wie hier dargelegt – gerade in der relevanten Dimension grundlegende Fragen aufwerfen. *Drittens* ist nicht klar, warum man die Befürwortung einer restriktiveren Migrationspolitik als Anpassung an rechtspopulistische Positionen versteht, wenn sie – wie die Daten sehr robust zeigen – von der Mehrzahl der Wähler und Wählerinnen deutlich befürwortet wird und wenn in dieser Hinsicht eine eklatante Repräsentationslücke besteht (Guenther, 2025). In dieser Hinsicht wäre eine entsprechende Positionierung schlicht eine Anpassung an den Wählerwillen – also Ausweis demokratischer Responsivität. Die Befunde zu den elektoralen Konsequenzen fallen auch regelmäßig weniger eindeutig aus, als dann in ihrer medialen Aufbereitung der Anschein erweckt wird (siehe etwa Cas Mudde im *Guardian* ‹research by social scientists overwhelmingly shows›; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2025/nov/22/danish-model-centre-left-parties-labour-doesnt-work>; letzter Zugriff vom 7.12.2025), was angesichts der komplexen Datenlage alles andere als überraschend ist. Schließlich wird man umgekehrt fragen müssen: Hat es sich denn bislang als eine elektoral besonders erfolgreiche Strategie erwiesen, entweder Migration de-thematisieren zu wollen oder sich in dieser Frage deutlich jenseits der Wählerpräferenzen aufzustellen? Man könnte auch darauf hinweisen, dass die urban-progressiven Schichten, bei denen die genannten Studien für die Sozialdemokratie Möglichkeiten für Stimmzugewinn (auf Kosten der ‹regressiven› ehemaligen Wählerschaft der Sozialdemokratie) ausmachen, sich mitunter als relativ flüchtiges Elektorat erwiesen haben (Karreth, Polk und Allen, 2012). Und schließlich wäre auch noch Raum für Meta-Betrachtungen über Szientismus und über die Gründe für den intensiven Wunsch, Politik durch Wissenschaft zu substituieren (Strohschneider, 2020, 2024).

- 18 Nur zwei Abschnitte nachdem sie eine persistierende ‹links-autoritäre Repräsentationslücke› festgestellt haben, bekennen sich Häusermann und Kitschelt zum räumlichen Modell der Politik, das von der Grundannahme ausgeht, dass Parteien ‹vote- and/ or office-seeking› seien und sie daher ‹darauf zielen, sich nahe bei Wählern in den relevanten Dimensionen zu platzieren› (Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 50).
- 19 Hierzu nun etwa das Interview der *Die Zeit* mit Maurice Glasman ‹*Redet doch mal mit Arbeitern*›; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-11/maurice-glasman-labour-party-grossbritannien-spd-gxe>
- 20 Siehe die offizielle Stellungnahme: <https://www.gov.uk/government/publications/asylum-and-returns-policy-statement/restoring-order-and-control-a-statement-on-the-governments-asylum-and-returns-policy>
- 21 Die Befunde entstammen einem gemeinsamen Projekt mit Dr. Hung

- Nguyen. Ich bin ihm für seine wertvolle Unterstützung bei der Datenaufbereitung und -auswertung sehr zu Dank verpflichtet.
- 22 Zu diesen Weiterungen würde es gehören, dass der Zusammenhang in Abbildung 2 a oben zwischen ökonomisch links positionierten Parteien und der Ablehnung des europäischen Integrationsprojekts dann noch deutlicher ausfiele; ich verdanke den Hinweis hierauf Sven Hillen.
  - 23 Für die grundsätzlichere Diskussion der Vorteile und Nachteile von Expertensurveys bei der Ermittlung von Politikdimensionen siehe etwa (Hooghe und Marks, 2017; Lindstädt, Proksch und Slapin, 2020). Dabei wird die Frage des kollektiven Coder-Bias – soweit ich sehe – bislang kaum diskutiert.
  - 24 Falls das implizieren würde, dass wir ein unterschiedliches Ausmaß an Anfälligkeit für diesen kollektiven Bias bei ost- und westeuropäischen Experten annehmen, dann ist das weniger unplausibel, als es vielleicht zunächst klingen mag. Eine zugleich höhere Varianz (größere Unsicherheit) in der Einschätzung der Parteipositionen kann man auch als Hinweis darauf verstehen, dass nicht notwendigerweise die Parteien ihre Position zu verwischen (to blur) trachten (Rovny, 2013; Rovny und Polk, 2020), sondern dass im Übergang und Wandel die Kodierer untereinander stärkere Uneinigkeit – bei möglicherweise aber trotzdem auch einer kollektiven Verzerrung – zeigen.
  - 25 Mit den Daten der Comparative Studies of Electoral Systems (CSES).
  - 26 Wobei diese eben schon zwei Versionen <des Linken> widerspiegeln – einer nationalen und einer globalisierten.
  - 27 In den reifen, vollentwickelten Wohlfahrtsstaaten Europas geht es einerseits nicht mehr substantiell um Ausbau, sondern eher um Anpassung an den demographischen Wandel und ein langfristig niedrigeres Wirtschaftswachstum. Zum anderen drehen sich insbesondere dann (und im Lichte starker Zuwanderung) verteilungspolitische Fragen zentral um Leistungszugang. Das alles wird mit den herkömmlichen Operationalisierungen nicht erfasst.
  - 28 In Übereinstimmung mit dem hier gemachten Argument merken auch Rathgeb und Busemeyer an, dass «die traditionelle Unterscheidung nach links und rechts nicht notwendigerweise den angemessen konzeptionellen Apparat bereit stellt, um die sozio-ökonomische Agenda der radikalen Rechten zu analysieren» (Rathgeb und Busemeyer, 2022, S. 8).
  - 29 Schweden *Bondeförbundet*, gegründet 1913, umbenannt 1958 in *Centerpartiet*. Analog Norwegen 1920 *Bondepartiet*, umbenannt 1959 in *Senterpartiet*, in Dänemark die *Venstre*-Partei, die Finnische Zentrumspartei (*Suomen Keskusta*), bis 1965 Landbund (*Maalaisliitto*).
  - 30 Etwa: «Das GALTAN-Konzept wurde von Hooghe et al. (2002) eingeführt, um eine zweite, nicht-wirtschaftliche oder kulturelle, neue politische Dimension zu charakterisieren, die seit den 1970er Jahren an Bedeutung gewonnen hatte.» Das Konzept wurde von Marks u. a. (2006:

157 und Anmerkung 3) weiterentwickelt: «Diese Dimension fasst mehrere nicht-wirtschaftliche Themen zusammen – Ökologie, Lebensstil und Gemeinschaft – und ist entsprechend vielfältiger als die Links-Rechts-Dimension. In einigen Ländern orientiert sie sich am Umweltschutz und nachhaltigem Wachstum, in anderen fasst sie Konflikte über traditionelle Werte auf, die in einer säkular-religiösen Spaltung verwurzelt sind, und in wieder anderen dreht sie sich um Einwanderung und die Verteidigung der nationalen Gemeinschaft. Daher beschreiben wir die Pole dieser Dimension mit zusammengesetzten Begriffen: grün/alternativ/ libertär (GAL) und Traditionalismus/ Autorität/ Nationalismus (TAN) ... Geschlechts- und Farbkonnotationen beabsichtigt.» (Marks *u. a.*, 2021 a, S. 177) Im CHES-Codebook lässt sich zur GALTAN-Variable nachlesen: «Parteien lassen sich anhand ihrer Ansichten zu demokratischen Freiheiten und Rechten klassifizieren. ‹LIBERTÄRE› ODER ‹POST-MATERIALISTISCHE› Parteien befürworten erweiterte persönliche Freiheiten, beispielsweise das Recht auf Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehen und demokratische Teilhabe. ‹TRADITIONELLE› ODER ‹AUTORITÄRE› Parteien lehnen diese Ideen zugunsten von Ordnung, Tradition und Stabilität ab und sind der Ansicht, dass die Regierung in sozialen und kulturellen Fragen eine strenge moralische Autorität sein sollte.» (Rovny *u. a.*, 2024, S. 18) Bemerkenswerterweise ist hier von der transnationalen Dimension also gar nicht die Rede.

- 31 Übereinstimmend hatten Kriesi und seine Mitautoren in etwa zeitgleich eine neue Konfliktlinie identifiziert, entlang der Pole nationaler ‹demarkation› versus transnationaler ‹integration› (Kriesi *u. a.* 2006, 2008; Kriesi und Hutter, 2019) und vor dem Hintergrund des Aufkommens dieser neuen Spaltungslinie ebenfalls eine Transformation europäischer Parteiensysteme diagnostiziert. Dazu mehr unten.
- 32 Hix und Hoyland (2022, S. 359) sprechen bezeichnenderweise von einem «European integration Cleavage».
- 33 Damit deuten sie die «transnationale Spaltungslinie als Reaktion auf Reformen, die die nationale Souveränität geschwächt, den internationalen Handel gefördert, die Einwanderung verstärkt und die kulturelle und wirtschaftliche Unsicherheit verschärft haben» (Hooghe und Marks, 2017, S. 2).
- 34 In dieser Linie steht auch Inglehart selbst mit seiner ursprünglichen Theorie des Wertewandels, den er explizit mit so etwas wie dem europäischen Einigungsprozess in Verbindung brachte: «Wir würden erwarten, dass Postmaterialisten eine deutlich weniger ‹parochiale› und kosmopolitischere Weltanschauung haben als Materialisten. ... Postmaterialisten sind weniger mit unmittelbaren konkreten Bedürfnissen beschäftigt als Materialisten; unter sonst gleichen Umständen sollten sie mehr psychische Energie haben, um sich für relativ weit entfernte Abstractionen wie die Europäische Gemeinschaft zu engagieren. Darüber

hinaus ... hat die relative Priorität, die der nationalen Sicherheit eingeräumt wird, abgenommen ... [daher] hat eines der wichtigsten Symbole des Nationalismus viel von seiner Kraft verloren – insbesondere unter Postmaterialisten.» (Inglehart, 1977, S. 151) Postmaterialistisch meinte bei Inglehart also auch postnational.

- 35 Insbesondere in (Kriesi *u. a.*, 2008) wird die demarcation/integration-Unterscheidung auf beide Dimensionen, die sozio-ökonomische wie auch die sozio-kulturelle, angewendet (siehe insbesondere Kriesi *u. a.*, 2008, S. 15, Schaubild 1.1). Das wird aber im Folgenden nicht weiterentwickelt.
- 36 «... dass grüne/linksliberale Parteien heute zunehmend in der gebildeten Mittelschicht verankert sind, die in der Tendenz recht progressive Einstellungen zu Migration, gesellschaftlicher Liberalisierung und Sozialleistungsberechtigung hat – ein Einstellungsmuster, das als Universalismus beschrieben wird (...). Rechtsextreme Parteien profitieren überproportional von der Unterstützung durch Arbeiter und Kleinunternehmer, deren Weltanschauung eher dem partikularistischen Gegenpol zuzuordnen ist, der durch eine skeptischere Haltung gegenüber Einwanderung, der Anerkennung von Minderheiten und der Berechtigung von Sozialleistungen gekennzeichnet ist» (Westheuser und Zollinger, 2025, S. 112–113).
- 37 Reckwitz stellt diesen Doppelcharakter in einen Interpretationsrahmen, der eine Abfolge behauptet zwischen einem zunächst (in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten, den *trente glorieuse*) dominanten Regulierungsparadigma und dann, nachfolgend und das vorherig Dominierende ablösend, ein Dynamisierungsparadigma. Beide Paradigmen haben jeweils linke und rechte Ausprägungen – die besondere Pointe von Reckwitz' Erklärung liegt gerade darin, den politischen Prozess gar nicht im Wechsel von Links nach Rechts zu verstehen, sondern als Abfolge grundlegender Paradigmen mit ihren jeweiligen Ausdeutungen oder Ausprägungen. Gibt es aber jedes Paradigma sowohl in einer regulierenden als auch in einer dynamisierten Variante, kommt es – zumindest in den Zeiten des Übergangs, des Paradigmenwechsels – zu spannungsreichen Überlagerungen von Regulierung und Öffnung. Links gibt es nun sowohl «Regulierer» – in Gestalt der etatistischen Sozialdemokratie – als auch «Dynamisierer und Öffner» – in Gestalt diverser linksliberaler Emanzipationsbewegungen». Und gleichermaßen sind Rechts «beide Versionen vertreten: Der klassische Konservatismus setzt auf Regulierung und Ordnung, der Wirtschafts- und Marktliberalismus auf Dynamisierung.» (Reckwitz, 2019, S. 251)
- 38 «Der Populismus seit 2010 hat etwas «Rechtes», aber er hat auch etwas «Linkes», und das Establishment, das hier getroffen wird, ist auf seine Weise ein liberales, linkes und konservatives zugleich. Es reicht – plakativ gesprochen – von den neoliberalen Bankern und Managern in Lon-

- don oder New York bis zu den progressiven Bobos in Paris oder Berlin.» (Reckwitz, 2019 a, S. 241)
- 39 Würden Literaturwissenschaftler solche Passagen einem *close reading* unterziehen, dürften sie vermutlich darauf aufmerksam werden, wie die Anführungszeichen bei *«cultural»* im nächsten Satz schon verschwinden und einem klaren *cultural* Platz machen, und sie würden vielleicht auch etwas länger über die seltsam heterogene Aufzählung von *«Immigration, Grenzen, Identitäten und internationaler Governance»* ins Grübeln geraten – und sich fragen, was der kulturell gemeinsame Nenner dieser Liste wohl wäre.
- 40 Quinn Slobodian drückt seine Verwunderung über die ideologische Einordnung der radikalen Rechten in den USA in der einschlägigen Literatur aus: «Die Annahme scheint zu sein, dass die Ideologie der extremen Rechten entweder post- oder prämateriell ist: Sie bewegt sich in einem kulturellen Raum, der von Fragen der Produktion und Verteilung losgelöst ist. Dies ist überraschend angesichts des Umstands, dass das zentrale Thema der radikalen Rechten die Einwanderung von Nicht-Weißen ist, ein eminent wirtschaftliches Thema.» (Slobodian, 2025, S. 69) Bei Slobodian lässt sich auch nachlesen, wie sich in dieser Frage die neue Rechte von einer älteren ultra-libertären *Open Borders*-Rechten unterscheidet (siehe etwa ebenda, S. 65–83) – was nun zu seiner eigenen These vom autoritären Neoliberalismus in Widerspruch steht.
- 41 Ganz identisch nun die Argumentation bei Davies (vgl. etwa Davies, 2026, S. 7): «links und rechts unterscheiden sich nicht mehr hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, sondern in den Einstellungen zur nationalen Identität und in Fragen wie der der Migration» – und passim.

#### 4. Offene Märkte, offene Identitäten

- 1 Reckwitz, 2017, S. 414.
- 2 White Anglo-Saxon Protestant.
- 3 Mit allen auch praktischen, organisatorisch-institutionellen Implikationen, die die Verwendung des Begriffes bei Thomas Kuhn hat (Kuhn, 1996).
- 4 Ganz übereinstimmend: «Die Theorie der Spaltungslinien postuliert einen engen Zusammenhang zwischen Werten und sozialer Struktur.» (Marks *u. a.*, 2021 a, S. 175)
- 5 Das Argument findet sich in mindestens zwei Varianten. Einer historischen: Nachdem die Linke (etwa unter Schröder und Blair) sich in den späten 1990ern und frühen 2000ern in den neoliberalen Konsensus einsortiert habe, sei dadurch der Parteienwettbewerb auf der verteilungspolitischen Dimension mehr oder weniger stillgelegt und von der Rechten kompensatorisch aufs Kulturelle verlegt worden (Kitschelt, 2007; vgl. Mouffe, 2007; Grande und Kriesi, 2012, S. 18–19; Zakaria, 2024). Die

zweite Variante lautet: Ginge es nur um Fragen der Umverteilung, würden Wähler unterhalb des Einkommensmedians links wählen. «Wenn jedoch eine zweite Dimension eingeführt wird, kann die rechte Partei arme religiöse oder rassistische Wähler ansprechen, und die linke Partei ist gezwungen, darauf zu reagieren, indem sie mehr wohlhabende antikerikale oder antirassistische Wähler anzieht. Während dieser ›Austausch‹ von Wählern stattfindet, werden sich die beiden Wählergruppen in Bezug auf das Einkommen tendenziell angleichen. Die ursprüngliche Pro-Sozialkoalition wird somit durch Appelle an Gemeinsamkeiten in einer anderen, nicht-wirtschaftlichen Dimension gespalten. Wie Riker (1986) vor vielen Jahren informell erkannt hat, ist die (Neu-)Bündelung von Themen ein entscheidender Bestandteil der Koalitionspolitik und hilft zu erklären, ›why the poor don't soak the rich‹.» (Iversen, 2006, S. 610) Wie Torben Iversen hierzu trocken anmerkt, gibt es für die daraus abzuleitende Folgerung, dass in Ländern mit ›mehrdimensionaler‹ Politik die Umverteilung geringer ausfalle, bislang keine empirischen Belege.

- 6 «Am libertären Ende dieser kulturellen Kluft erwarten wir soziokulturelle Fachkräfte und Semi-Fachkräfte: Sie sind hochgebildet und arbeiten in Berufen, die durch direkten Kundenkontakt gekennzeichnet sind, wie beispielsweise im Bildungs-, Pflege- und Gesundheitswesen. Ihre Präferenzen stehen in starkem Kontrast zu denen von gering qualifizierten Produktionsarbeitern und Kleinunternehmern wie Landwirten, selbstständigen Handwerkern und Ladenbesitzern. Letztere Klassen werden voraussichtlich am autoritären Ende der politischen Präferenzskala angesiedelt sein.» (Oesch, 2006, S. 329)
- 7 Ganz prinzipiell stellt sich die Frage, ob eine politische Soziologie, die behauptet festgestellt zu haben, dass eine bestimmte Gesellschaftsgruppe diese oder jene Einstellungen ›hat‹, andere Gesellschaftsgruppen hingegen andere Einstellungen (oder Werte und Haltungen) ›haben‹, sich auf der Höhe ihrer Zeit bewegt (vgl. Rorty, 1992, S. 32–33).
- 8 Entsprechende Fremd- und Selbsteinschätzungen halten sich bis heute (vgl. Häusermann und Kitschelt, 2024, S. 26).
- 9 Auf der kulturellen Dimension werden «Fragen der Identität und Gemeinschaft: kulturelle Vielfalt und internationale Offenheit vs. kulturelle Homogenität und nationale Abgrenzung» verhandelt (Oesch, 2008 a, S. 334). Konflikte über ›Offenheit‹, so lernen wir, sind also prinzipiell kulturelle Konflikte.
- 10 Unter anderem mit dem Nebeneffekt, dass bei sprunghaft ansteigender Zuwanderung (beispielsweise 2015 ff.) der Anteil der Respondenten, die eine Begrenzung befürworten, vermutlich zunimmt, wir es dann ergo mit einer höheren Zahl ›autoritärer Wähler‹ zu tun haben.
- 11 *The items you choose (and frame), the responses you get.* Von Interesse wäre es zu erfahren, wie die sozio-ökonomische Positionsverteilung auf

einer Sicherheit- (autoritär) vs. Freiheit- (libertär) Skala aussehen würde, wenn man Eingruppierungen auf der Basis der Befürwortung oder Ablehnung restriktiver Corona-Maßnahmen vorgenommen hätte. Mit wessen (Berufs-)Arbeitslogiken dann wohl eher autoritäre Einstellungen zu erklären wären?

- 12 Neuere Beiträge, die sich offensichtlich auf das eher statische Argument von den Arbeitslogiken – Westheuser und Zollinger sprechen nun von «structural determinism» (Westheuser und Zollinger, 2025, S. 113) – nicht mehr (ausschließlich) stützen wollen, ersetzen «Arbeitslogik» mit «Gruppenidentität», verbunden unter anderem mit der in diesem Kontext dann doch überraschenden Einschätzung, dass die Rolle der Identität ja lange vernachlässigt worden sei und nun wieder in den Fokus der Analyse um die Konflikte der Gegenwart gestellt werden müsse (Bornschiefer *u. a.*, 2024, S. 72). Auch hier dient die Kategorie vornehmlich der Erklärung, warum Arbeiter kein Klassenbewusstsein mehr besäßen, sondern sich stattdessen möglicherweise als «down-to-earth individuals» verstünden und sich deswegen zum Beispiel gegen Kosmopoliten stellten (Bornschiefer *u. a.*, 2024, S. 72–73). Das ist – nach allem Guten, was ihnen der Kosmopolitismus beschert hat – anders als identitätspolitisch natürlich nicht zu erklären. Der Fokus auf Identität beziehungsweise Gruppenidentität unterläuft dabei zugleich das, was eigentlich als Voraussetzung dafür galt, überhaupt von «cleavage» reden zu können – nämlich eine organisatorisch verfestigte *Kollektividentität* (Bartolini und Mair, 1990). So bildet die Theorie die Privatisierung des Politischen lediglich nach.
- 13 Nicht zuletzt das Chapel Hill Expert Survey hat regelmäßig die Eingruppierung von Parteien in der ökonomischen Links-Rechts-Dimension anhand der Unterscheidung nach «links»: höhere Steuern, höhere Staatsausgaben und mehr Umverteilung, versus «rechts»: niedrigere Steuern, geringere Staatsausgaben und Umverteilung, vorgenommen. Vgl. auch Kitschelt, 1994.
- 14 Aber es gilt wohl auch hier: «habits of thoughts are the outcome of habits of life» (Veblen, 1901, S. 226). Denkgewohnheiten sind Ausdruck von Lebensgewohnheiten. Ich verdanke den Hinweis auf Veblen Michael Neumann. Die Zeit- und Ortlosigkeit dieser neuen Wertephilosophie wäre selbst zu historisieren. Als prototypisch können vielleicht Lea Ypis «kantianischer Marxismus» beziehungsweise moralischer Sozialismus und sein enormer Rezeptionserfolg gelten (Ypi, 2022).
- 15 Um dies auch in eigener Sache klarzustellen: Wenn ich argumentiert habe, dass es in Bezug auf die Wahl populistischer Parteien recht gut funktionierende ökonomische Faktoren geographischer und zeitlicher Varianzerklärung gibt (Manow, 2018, 2021), wurde damit an keiner Stelle behauptet, dass sie allein zählen. Der dagegen erhobene Vorwurf des materialistischen Determinismus (vgl. Bornschiefer *u. a.*, 2024, S. 18

- und 29) findet in meinen Argumenten keine Anhaltspunkte. Er mutet umso seltsamer an, wenn er aus einer Position formuliert wird, die ihre ganze Argumentation auf die ›Kulturalisierung‹ des Problems ausrichten *mus*s, weil sie sich konzeptionell auf die These von der Transformation eines sozio-kulturellen Cleavages festgelegt hat. Mir ist auch nicht klar, in welchem Universum die Aussage ›es sind die Armen, die sich politisch radikalisieren‹ (siehe ebenda, S. 29) auch nur als polemisch zugespitzte Zusammenfassung meines Arguments gelten könnte.
- 16 Davies sieht in den wissenschaftlichen Reaktionen auf den Populismus gerade mal die erste der fünf Stufen der Trauerverarbeitung durchlebt: ›denial‹, das Nicht-wahrhaben-Wollen (Davies, 2026, S. 10).
- 17 Dass die Fusion der vier Cleavages zu zwei Dimensionen, einer kulturellen und einer ökonomischen, einhergehend mit einer Positionierung der Parteien, bei der die zwei Dimensionen entlang einer Hauptachse des politischen Konflikts nach ›links und rechts‹ korrelierten, führt zur Frage, warum sich genau diese Konstellation ergab. Selbstverständlich ist sie nicht, wenn wir in Rechnung stellen, dass links nun heißt, dem Staat ökonomisch zu trauen und gesellschaftlich zu misstrauen (und umgekehrt, rechts heißt, dem Staat ökonomisch zu misstrauen und gesellschaftlich zu trauen). Eine Antwort auf diese Frage kann hier nicht gegeben werden. Auch in Bobbio (1996) und Gauchet (1998) gibt es eine solche nicht, zumal auch beide keine Differenzierung nach einer gesellschaftspolitischen und einer verteilungspolitischen Dimension des politischen Raums vornehmen. Hier nur als vorläufige Überlegungen: 1789 steht dafür, dass das Individuum politisch freigesetzt wurde, doch diese Freisetzung steht im Kontext auch seiner religiösen Freisetzung. Das ›linke‹, emanzipative Freiheitsversprechen konnte einerseits kollektive Formen der Solidarität finden, hatte aber andererseits immer eine individualisierende Stoßrichtung. Wenn die Kollektivformen verschwinden, bleibt nur der Individualismus. Sich gegen diese Entwicklung zu stellen, liegt nun wiederum für die Rechte nahe. Wenn es die Orientierung auf die Gleichheit ist, die laut Norberto Bobbio die Linke von der Rechten unterscheidet, dann fragt sich heute: gleich in Bezug auf wen oder was? Die Menschheit?
- 18 Darauf hat mich Christian Stecker hingewiesen.
- 19 Das ist mit eigenen Problemen verbunden: ›Neues Denken tritt immer auf als verworrenes Denken.‹ (Heiner Müller)
- 20 Etwa: ›Zwar verfügen nur wenige Wähler über detaillierte Kenntnisse konkreter Policies, doch viele können diejenigen Parteien erkennen und unterstützen, die ihre allgemeinen wirtschaftlichen Interessen vertreten. Umgekehrt zählen ambitionierte Parteien und Kandidaten auf den anhaltenden Rückhalt der Wähler, wenn sie deren Interessen wirksam fördern. Dahinter steht die Annahme, dass Politiker und Parteien in fortgeschrittenen Demokratien den Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig

tig sind und sich als wirksame Vertreter ihrer Wählerschaft profilieren wollen.» (Iversen, 2025, S. 22–23) Es scheint bezeichnend, dass diejenigen, die bestreiten, dass es so etwas wie funktionierende demokratische Repräsentation geben kann (Achen und Bartels, 2016), zugleich einer Deutung unserer heutigen Lage anhängen, die sie als Elitenverschwörung darstellen will (Bartels, 2018, 2023).

- 21 Vgl. «Denationalisierung» (Zürn, 1997).
- 22 In dieser Hinsicht ist es dann zutreffend, von der SPD als «extrem links-liberaler Partei» und «Verteidigerin des Kapitals» zu sprechen und davon, dass die Partei «den Souveränitätsgedanken nicht entwickeln kann, weil sie so sehr an der EU hängt»; siehe <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-11/maurice-glasman-labour-party-grossbritannien-spd-gxe>
- 23 Eine Analyse der gegenwärtigen politischen Konfliktlage, die vom «entscheidenden Dreikampf zwischen Rechts, neoliberalen Zentrum und Links» spricht (so die Linken-Vorsitzende Ines Schwerdtner, zitiert nach Linden, 2025), trifft die Situation daher durchaus, auch wenn sich die Linken-Vorsitzende wahrscheinlich nicht im Klaren darüber ist, wie sehr Links und Rechts hier einen gemeinsamen Feind haben.

### 5. Das Offene, das Geschlossene und der Extremismus der Mitte

- 1 Oder: Die slowakische SMER-Partei, Mitglied der sozialistischen Internationalen, erwägt den Beitritt zur rechtspopulistischen Fraktionsgemeinschaft «Patrioten für Europa».
- 2 Damit schreibe ich eine frühere Analyse fort (Manow u. a., 2004; Manow u. a., 2008).
- 3 1979: «*nine second-order national elections*» (Reif und Schmitt, 1980). 1984: «*second order election thesis revisited*» (Reif, 1984). 1994: «*still second order?*» (Marsh, 1998); «*second order elections revisited*» (Norris, 1997; Reif, Schmitt und Norris, 1997; Reif, 1997). 2004: «*still second order?*» (Schmitt, 2005; Koepke und Ringe, 2006). 2009: «*The second order election model revisited*» (Hobolt und Wittrock, 2011). 2014: «*European Elections are Second-Order Elections: Is Received Wisdom Changing?*» (Corbett, 2014). 2019: «*First-order breakthrough or still second-order?*» (Plescia, Wilhelm und Kritzing, 2020). «*No longer second-order?*» (Gattermann, De Vreese und Van Der Brug, 2021). 2024: «*still second-order national elections?*» (Hix und Cunningham, 2025).
- 4 Das umgekehrte Argument: «je wahrscheinlicher an der Regierung beteiligt, desto mittiger» ist ebenfalls sehr plausibel (siehe Mair, 2009, 2013). Parteien, die regieren, regieren unter Zwängen, insbesondere europarechtlichen Zwängen, die sie in die Mitte zwingen.
- 5 Es gibt auch noch ein drittes, methodisches Problem dieser Forschungsliteratur, das allerdings eher von disziplinär-politikwissenschaftlichen

Interesse ist: Die üblichen Studien verwenden durchgängig eine falsche Modellspezifikation, die unberücksichtigt lässt, dass wir es mit «nested observations» zu tun haben. Bei den Europawahlen beobachten wir nicht Parteien, sondern Parteien *in Ländern*. Das würde eigentlich die Verwendung hierarchischer Modelle erforderlich machen (die hier präsentierten Ergebnisse bleiben davon unberührt, sie sind gegengerechnet).

- 6 Auch Hix und Cunnigham hatten konstatiert: «das Modell erklärt die Ergebnisse der Wahlen 2024 nicht so gut wie in früheren Wahlgängen» (Hix und Cunningham, 2025, S. 2).
- 7 Wenn Ablehnung oder Zustimmung versus Ambivalenz mit einer Variablen gemessen werden, die zwischen 0 und 5 verläuft, dann sagen die Modelle 5 und 6 einen Zugewinn von 5 bis 6 Prozent voraus für Parteien, die die EU entweder bedingungslos befürworten oder aber fundamental ablehnen – gegenüber Parteien, die in dieser Hinsicht uneindeutig sind.
- 8 Nun auch in der Abstimmung des Europaparlaments über die sicheren Herkunftsländer und die Drittstaatenlösung vom 10.2.2026 – auch hier wäre zu bestreiten, dass es sich um ein Thema handelt, das *exklusiv* auf der kulturellen Dimension angesiedelt wäre.





